



Plenarprotokoll

27. Sitzung

Mittwoch, 29. Mai 2013

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“	2151	Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	2183
Dringlichkeitsantrag der CDU Drucksache 18/861		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes.....	2183
Tobias Koch [CDU].....	2151	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/436	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	2152	Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 18/763	
Wachstumslücke schließen.....	2153	Wolfgang Dudda [PIRATEN], Berichtersteller.....	2183
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/793		Wolfgang Baasch [SPD].....	2183, 2193
Torsten Albig, Ministerpräsident...	2153	Heike Franzen [CDU].....	2184, 2193
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2158	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	2185, 2191
Johannes Callsen [CDU].....	2163	Anita Klahn [FDP].....	2186
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	2166		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2172		
Torge Schmidt [PIRATEN].....	2177		
Lars Harms [SSW].....	2179		

Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	2188	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss.....	2203
Flemming Meyer [SSW].....	2189		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2190		
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	2194		
Beschluss: Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/436...	2195		
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes.....	2195		
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/826 (neu)		a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein sowie Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 - BVAnpG 2013-2014).....	2203
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss.....	2195	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/816	
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes.....	2195	b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein für die Jahre 2013 und 2014.....	2203
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/848 (neu)		Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/820	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	2195	Monika Heinold, Finanzministerin Dr. Heiner Garg [FDP]..... Johannes Callsen [CDU]..... Dr. Ralf Stegner [SPD]..... Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... Torge Schmidt [PIRATEN]..... Lars Harms [SSW]..... Tobias Koch [CDU].....	2203, 2205 2207 2210 2211 2214, 2215 2216 2219 2221
Regionale Kompetenz erhalten und nutzen!.....	2195	Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	2226
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/849		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung des Glückspiels.....	2226
Johannes Callsen [CDU].....	2196	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/508 (neu)	
Regina Poersch [SPD].....	2196	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/856	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2197		
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	2199		
Angelika Beer [PIRATEN].....	2199		
Flemming Meyer [SSW].....	2200		
Astrid Damerow [CDU].....	2201		
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	2202		

Simone Lange [SPD], Bericht- statterin.....	2226
Petra Nicolaisen [CDU].....	2226
Beate Raudies [SPD].....	2228
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2229
Dr. Heiner Garg [FDP].....	2230
Torge Schmidt [PIRATEN].....	2231
Lars Harms [SSW].....	2232
Andreas Breitner, Innenminister....	2233
Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/508 (neu) in der Fassung der Drucksache 18/856.....	2234

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 11. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist der Abgeordnete Thomas Rother. - Wir wünschen ihm gute Besserung!

(Beifall)

Frau Ministerin Spoorendonk ist am 29. Mai nachmittags und ganztags am 30. Mai 2013 beurlaubt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der CDU hat im Wege der Dringlichkeit folgenden Antrag eingebracht:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“

Dringlichkeitsantrag der CDU
Drucksache 18/861

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist der Fall. Ich erteile Herrn Abgeordneten Tobias Koch von der CDU-Fraktion das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die formale Dringlichkeit für unseren Gesetzentwurf ergibt sich daraus, dass der überraschende Sinneswandel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwar noch rechtzeitig vor der Kommunalwahl eingetreten ist, aber einen Tag nach Ablauf der Antragsfrist für diese Landtagstagung. Ich glaube, die inhaltliche Dringlichkeit brauche ich an dieser Stelle nicht weiter zu erläutern. Wenn selbst die Grünen bereit sind, mehr Mittel für den **Straßenbau** einzusetzen, dann stimmen wir wohl fraktionsübergreifend darin überein, dass bei unseren Landesstraßen ein **dringender Sanierungsbedarf** besteht.

(Beifall CDU und FDP)

Es gibt allerdings eine terminliche Dringlichkeit, auf die ich Sie besonders hinweisen möchte: Wenn man Mittel aus dem **Sondervermögen PROFi**, wie von Frau von Kalben vorgeschlagen, für den Straßenbau umwidmen möchte, dann bedarf es dazu einer **Gesetzesänderung**. Die Mittel von PROFi stehen nämlich nicht als normale Haushaltstitel zur Verfügung, sondern sind auf gesetzlicher Grundlage in ein externes Sondervermögen ausgelagert.

(Tobias Koch)

Dieses Sondervermögen ist einzig und allein für die energetische Gebäudesanierung vorgesehen. Wenn Sie also Mittel für den Straßenbau umwidmen möchten, dann bedarf es einer Gesetzesänderung. Diese Gesetzesänderung, die üblicherweise in erster und zweiter Lesung beraten wird, könnten wir heute auf Basis unseres Gesetzentwurfes mit der ersten Lesung beginnen. Das würde uns die Möglichkeit einräumen, mit einer zweiten Lesung spätestens in der Juni-Tagung dieses Vorhaben auch in die Tat umzusetzen.

Greifen Sie die Dringlichkeit heute nicht auf, sondern legen als Regierungsfractionen in ein paar Wochen einen eigenen Gesetzentwurf vor, dann würden sich diese Gesetzesberatungen bis nach der Sommerpause verschieben. Erst im Anschluss daran könnten im Herbst Auftragsausschreibungen und -vergaben durchgeführt werden. Die ersten Baumaßnahmen könnten dann im Winter beginnen. Das ist sicherlich nicht in Ihrem und in unserem Interesse.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Schonen Sie Ihre Kräfte, Sie brauchen sie noch!)

- Das stimmt, Herr Stegner.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie sind überzeugt? - Dann freue ich mich, zu vernehmen, dass Sie zwar eine tolle Pressemitteilung gemacht haben, dass es aber der tatkräftigen Opposition bedurfte, Ihnen Formulierungshilfe dahin gehend zu geben, wie dieses Vorhaben auch praktisch in die Tat umgesetzt wird.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne unseren Gesetzentwurf wären wir jetzt nicht im Verfahren. Nur Dank unseres Gesetzentwurfes können wir zu einer zeitnahen Verabschiedung kommen und dafür sorgen, dass auch in diesem Jahr Gelder für den Landesstraßenbau fließen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, wir sind gut als Opposition. Das stimmt, Herr Dr. Stegner. - Herzlichen Dank, ich bitte um Zustimmung zur Dringlichkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Weiter Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Dringlichkeit der Vorlage in Drucksache 18/861 abstimmen. Es gibt das Erfor-

dernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Bei einigen wenigen Gegenstimmen ist damit die Dringlichkeit bejaht. Die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln wurde erreicht.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf als Tagesordnungspunkt 15 A in die Tagesordnung einzureihen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer mögen sich über die Redezeiten verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 5, 7, 8, 11, 13, 14, 15, 36, 38 bis 42, 44 bis 47 sowie 55, 56 und 57 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 17, 22, 23, 31, 33 sowie 52.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 9 und 10, Gesetzentwürfe zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung, 20 und 32, Zukunft des Messestandortes Husum und Rolle des Westküstenbeirates, 28 und 43, Anträge zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien sowie zur Stärkung der Aktionärsrechte, 50 und 54, Sicherung der Theater und ihrer Standorte sowie Entwicklung der Kulturförderung.

Anträge zu einer Fragestunde oder zu einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 11. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine einstündige Mittagspause von 13 bis 14 Uhr vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Auf der Tribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Schenefeld. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 53 auf:

(Präsident Klaus Schlie)

Wachstumslücke schließen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/793

Ich erteile dem Ministerpräsidenten Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich beginne, erlauben Sie mir Dank zu sagen für die sehr vielen und die sehr herzlichen Glückwünsche, die mich aus allen Teilen des Hauses erreicht haben. Es war mir eine große Freude, das zu lesen und zu hören. Es hat mich durchaus bewegt, vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir reden über **Wachstum** und über die **Wachstumslücke**. Ziel dieser Regierung ist es, Schleswig-Holstein zu einem Land zu machen, das durch mehr nachhaltiges Wachstum auch mit anderen Ländern in Deutschland gleichzieht, das wirtschaftlich und sozial besser dasteht als heute, das damit auch seinen Haushalt besser konsolidieren kann als heute. Diesen Erfolg wollen wir, und diesen Erfolg braucht Schleswig-Holstein für eine gelingende Zukunft, weil ein Mehr an Wirtschaftskraft auch ein Mehr an sozialer Teilhabe ermöglicht.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Konsolidierung des Haushalts schaffen wir nur, wenn wir gleichzeitig in die Zukunft investieren. Deshalb setzen diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen auf einen wachstumsorientierten Konsolidierungskurs.

(Beifall SPD - Zurufe)

- Hören Sie noch drei, vier Minuten zu, dann wird das schon klarer.

Der Bericht führt das im Einzelnen aus. Denn wer Wachstum und damit Einnahmen erhöhen will, der muss den Mut aufbringen, mit möglichst effizienten Investitionen die erforderlichen Impulse in unserem Land zu setzen.

(Beifall SSW)

Ich habe im Januar sehr bewusst ein sehr großes Ziel für diese Regierung und für dieses Land benannt. Wir sollten versuchen, die **Wachstumslücke** zwischen uns und **vergleichbaren anderen Bundesländern** Schritt für Schritt zu schließen. Wenn unsere wirtschaftliche Entwicklung mit anderen

Schritt hält, dann haben wir auch hier bei uns andere Bedingungen, um Schuldenbremse und solidarisches Miteinander besser hinzubekommen.

Einige mögen das ja bezweifeln, dass Schleswig-Holstein es schaffen kann. Ich und wir sind davon überzeugt, dass es machbar ist. Es ist ein dickes Brett, aber es ist bohrbar. Wir in Schleswig-Holstein sollten uns das ernsthaft zutrauen.

Lieber Herr FDP-Fraktionsvorsitzender Kubicki, Sie mögen das bezweifeln. Darauf kommt es aber auch nicht an. Die Wählerinnen und Wähler bezweifeln das nicht, und deshalb haben sie uns gewählt, lieber Herr Kubicki.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben den festen Glauben, dieses Land nach vorne bringen zu können, eben nicht nur zu resignieren, nur weil zu wenig Geld da ist. Wir sind gewählt worden, um zu gestalten und eben nicht nur um zu verwalten.

Wer Wachstum das Feld bereiten will, der muss zuerst eine Lichtung aus **Vertrauen und Verlässlichkeit** schaffen. Dazu braucht es eine planbare und nachvollziehbare Finanz- und Wirtschaftspolitik, ergänzt um kraftvolle Visionen und kraftvolle Ideen, die die Wirtschaft in diesem Land in den letzten Jahren so schmerzhaft vermisst hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn ein Unternehmen wie **Amazon** Interesse zeigt, bei Neumünster ein großes **Versandzentrum** zu bauen, dann sage ich Ja. Wir haben in Schleswig-Holstein die Fläche, wir haben die Arbeitskräfte, wir haben die Autobahnanbindung. Doch ich sage auch: Wir können noch viel mehr, als nur ein Standort für ein Versandzentrum zu sein. Unternehmen wie Amazon, wie Yahoo oder Google können auch ihre nächsten **Rechenzentren** bei uns bauen. Gekoppelt mit einem eigenen Windpark an der Westküste bekämen sie den Strom zur Kühlung ihrer Server umweltfreundlich, quasi zum Nulltarif. Was wäre das für ein ökologischer Imagegewinn für diese Konzerne, die das durchaus nach so mancher Debatte gebrauchen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen die Stärken unseres Landes in Zukunft viel kreativer und phantasievoller zur Schau stellen, und wir müssen Wachstumspotenziale in ihrer ge-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

samten Bandbreite erkennen und auf dieser ganzen Bandbreite anregen.

Dazu gehören für mich aufeinander abgestimmte langfristige Überlegungen und kurzfristiges Handeln. Kurzfristig werden wir in der **Wirtschaftsförderung** nachjustieren, um die notwendigen Anreize zu setzen. Wir sind uns einig, dass wir als Land unsere **Akquisitionsbemühungen** endlich intensivieren müssen. Wir werden diesen Standort auch zum Beispiel dadurch stärken, dass wir noch in diesem Jahr eine fundierte Standort- und Imagekampagne auf den Weg bringen.

Wir werden unsere knappen finanziellen Mittel auf die **Wirtschaftsbereiche** mit den höchsten **Wachstumspotenzialen** konzentrieren. Da reden wir über Energieerzeugung, über Gesundheitswirtschaft, Ernährungswirtschaft, maritime Wirtschaft, Tourismus sowie Nano- und Mikrotechnologie.

Wir wissen, dass wir in der nächsten **EU-Förderperiode** weniger Mittel nach Schleswig-Holstein bekommen werden. Darum werden wir die bestehenden Cluster und ihre Wachstumspotenziale analysieren und gegebenenfalls neu ausrichten. Daneben müssen wir in mindestens fünf großen Feldern arbeiten, um zusätzliche Wachstumsanreize in unserem Land zu schaffen. Diese fünf Felder heißen: Bildung, Arbeit, Infrastruktur, Wirtschaft und Erschließung von Zukunftsmärkten, meine Damen und Herren.

Eine **nachhaltige Wachstums- und Konsolidierungsstrategie** bearbeitet all diese Felder gleichmäßig und mit langem Atem. Denn wir müssen, wenn wir die ehrgeizigen Ziele, die wir uns setzen, erreichen wollen, einen langen Atem für eine lang angesetzte Strategie haben. Es ist ein langer Prozess, und alle Ressorts werden an diesem Prozess mitarbeiten.

Lassen Sie mich zu jedem der Felder einige Ziele bereits heute formulieren und beschreiben. **Bildung:** Schleswig-Holstein muss zu einem der führenden Bildungsländer Deutschlands werden. Wenn unser Land wirtschaftlich nicht zurückfallen soll, dann darf es trotz des insgesamt richtigen Sparkurses eben keine Einschnitte in die Bildungs- und Forschungsinfrastruktur in Schleswig-Holstein geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Gegenteil, wir müssen die Akzente zugunsten des Bildungs- und Forschungsbereichs verschieben, meine Damen und Herren.

Die Grundlage für den beruflichen Erfolg wird in der Schule, vielleicht sogar noch davor, in der Krippe, gelegt. Beruflicher Erfolg und Bildungsstand stehen im direkten Zusammenhang, und zwar messbar. Ökonomen sagen, wer vier Jahre erfolgreich studiert, verdient 40 % mehr. Die Arbeitslosenquote bei Akademikern liegt bei 2,5 %. Ökonomen sagen, wenn wir erfolgreich in die 20 % der Schülerinnen und Schüler investieren würden, die bei PISA nicht erfolgreich abschneiden, dann würde das das Wachstumspotenzial um 4 % erhöhen. - So jüngst das ifo-Institut zu dieser Herausforderung einer Gesellschaft.

Darum ist es unser Ziel, allen Kindern den bestmöglichen Bildungsweg in unserem Land zu ebnen. Wir brauchen ein Schulsystem, das nach oben hin durchlässig ist und jeder Schülerin und jedem Schüler alle Möglichkeiten offenhält.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darum, meine Damen und Herren, ist es mir auch so wichtig, dass alle Wege zum Abitur gleich gut und gleichwertig sind.

Nicht nur in der Schulbildung, sondern auch in der **Hochschulbildung** und in der **Forschung** wollen wir in die Spitze aufrücken. Wir wollen uns als innovatives Wissenschaftsland wieder einen Namen machen. Dafür müssen sich unsere Hochschulen mit ihren Stärken noch intensiver profilieren. Sie müssen sich mit diesen Stärken noch stärker als ein Wissenschaftsland verstehen. Denn gemeinsam können wir in diesem Land mehr erreichen. Bestes Beispiel sind die Exzellenzcluster in den Meereswissenschaften und in der Entzündungsforschung. Wir werden die Forschungsschwerpunkte über die Laufzeit der Initiative bewahren und weiterentwickeln. Wir wissen, unsere Universitäten brauchen eine moderne und eine zukunftsweisende Infrastruktur. Deshalb haben wir trotz Konsolidierungspfad neben den normalen Hochschulbaumitteln ein Sondervermögen „Hochschulsanierung“ mit 40 Millionen € aufgelegt. Hilfe bekommen wir vom Bund, das ist auch gut so. Für Studium und Lehre sind für die nächsten Jahre 25 Millionen € bereitgestellt.

Unsere Hochschullandschaft ist der Zukunftsgarant für unser Land. Deshalb setzen wir auf eine langfristige Förderung unserer Institutionen. Wir werden im Rahmen des Hochschulpaktes bis einschließlich 2018 voraussichtlich rund 158 Millionen € Landesmittel in zusätzliche Studienanfängerplätze investieren. Wir werden einschließlich bis zum Jahr 2017 weitere rund 19,5 Millionen € als KoFinanzie-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

rung in die **Exzellenzinitiative** stecken. Wir fördern die **außeruniversitären Forschungseinrichtungen**. Bis 2015 wird allein der Landesanteil ihrer Förderung jährlich um 5 % gesteigert. Das entspricht rund 5,7 Millionen € bei einem derzeitigen Landesanteil von 115 Millionen €. 28 Millionen € in diesem Jahr sind für Projekte der Fraunhofer-Gesellschaft vorgesehen.

Natürlich weiß ich, dass diese Mittel allein nicht alle Probleme lösen werden - natürlich nicht -, aber sie werden für spürbare Verbesserungen sorgen. Dahinter steht die klare Grundsatzentscheidung: Nichts ist teurer, als bei Bildung zu kürzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der zweite zentrale Bereich ist **Arbeit**. Das Zukunftsprogramm „Arbeit“ läuft Ende 2013 aus. Deshalb arbeiten wir mit Nachdruck an unserem **Landesprogramm „Neue Arbeit“**. Es wird die nächste ESF-Förderperiode 2014 bis 2020 abdecken und sich auf die größten Herausforderungen konzentrieren, nämlich wie wir Fachkräfte sichern und gewinnen, wie wir in das Potenzial junger Menschen investieren und wie wir Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integrieren, für die es besonders schwer ist, Frauen und Ältere, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten. Das neue Programm wird frühzeitig in 2014 starten, damit keine Förderlücken entstehen. Allerdings müssen Bund und EU erst noch ihre Rahmenbedingungen formulieren, damit wir unser Programm zur Genehmigung einreichen können.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das wird hoffentlich im Herbst dieses Jahres geschehen. Unabhängig davon stellen wir in Schleswig-Holstein in diesem Jahr bereits 33 Millionen € für die Arbeitsmarktförderung bereit.

Vor knapp einem Jahr haben wir die **Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“** ins Leben gerufen. Wir sind im Endspurt mit unserem Aktionsplan; im Sommer wird er vorliegen. Unter der Mitarbeit von 47 Institutionen wird er konkrete Projekte und Strategien enthalten, mit denen wir den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnen. Zum Beispiel werden wir ein landesweites Beratungsnetzwerk zur Fachkräftesicherung aufbauen. Die Berater dieses Netzwerks werden gezielt unsere kleinen und mittleren Unternehmen für das wichtige Thema sensibilisieren.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir unternehmen große Anstrengungen, noch mehr junge Leute in den Beruf zu bekommen. Jugendberufsagenturen nach dem Modell „Hamburg“ können da helfen. Diese Ideen aus den Koalitionsfraktionen greifen wir gern auf.

Meine Damen und Herren, Reserven gibt es auch bei den **älteren Beschäftigten**. Wir brauchen mehr altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitszeitmodelle, Weiterbildungsmaßnahmen und Gesundheitsvorsorge. BMW hat es schon vor einigen Jahren mit seinem Demografieprogramm „Heute für Morgen“ vorgemacht und damit altersgerechte Arbeitsplätze im Konzern geschaffen. Warum nicht solche Förderungen auch bei uns in Schleswig-Holstein und unsere Förderrichtlinien nach solchen Kriterien ausrichten?

Allerdings - das wissen wir, und das hat auch gestern der Integrationsgipfel bei der Bundeskanzlerin gezeigt -: Wir können uns noch so anstrengen; allein mit Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern, die schon im Land sind, werden wir die Kluft zwischen ausscheidenden und nachwachsenden Personen nicht schließen. Das heißt, wir werden uns noch erfolgreicher als **Einwanderungsland** um qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland bemühen müssen. Wir müssen auch dort miteinander für Attraktivität sorgen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Ein Blick auf die **Infrastruktur** ist schon angesprochen worden. Ja, wer Straßen kaputtspart, riskiert nicht nur, dass Amazon seine Pakete nicht mehr ausliefern kann. Damit würgen wir unsere gesamte Wirtschaft ab, wenn wir wie bisher unsere bestehende Infrastruktur verkommen lassen.

(Beifall CDU und FDP)

- Es ist schön, dass alle diejenigen klatschen, die in den letzten Jahrzehnten Verantwortung für diese Infrastruktur getragen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Lachen CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich freue mich über die Aufregung. Dahinter steckt der Wille, dass wir das jetzt besser machen.

(Christopher Vogt [FDP]: Genau!)

Ich glaube, es ist wichtig, dass man erkennt, dass Politik aus ihren Fehlern lernt, Herr Kubicki.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie machen doch gerade neue!)

Meine Damen und Herren, der Substanzverlust ist Fakt. Wir nehmen uns deshalb vor, den **Straßenbestand** des Landes so schnell wie möglich weitgehend zu **sanieren**. Wir wissen, dass das eine Aufgabe ist, die sich nicht in Jahren bemisst, eher in Jahrzehnten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In Jahrtausenden!)

Dafür sind wir in den letzten Jahrzehnten zu sehr in die falsche Richtung gegangen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein Prioritätskriterium wird sein, die umfassende Sanierung längerer Strecken vor kleinteiligen Ausbesserungen vorzusehen. Wir nehmen in diesem Jahr für Bauleistungen auf Landesstraßen insgesamt 24 Millionen € in die Hand. Das sind 5 Millionen € mehr als ursprünglich geplant.

Aber wir wissen, das allein reicht nicht. Um den Sanierungsstau abzarbeiten, braucht das Land Geld. Wir werden also prüfen: Können wir von dem, was in Skandinavien gelernt wurde, auch aus anderen Finanzierungsformen lernen? Sind **private Finanzierungsmodelle**, die weiter gedacht sind als das schlechte ÖPP-Modell, für uns attraktiv? Können wir es so machen wie bei der Fehmarnbelt-Querung?

Wir sollten das miteinander - ich glaube, dieses Miteinander ist wichtig - bei der Bundesregierung in die Diskussion bringen: Können wir zusätzliche Investitionen in diesem Bereich zeitweise auf unsere Konsolidierungsbemühungen anrechnen, wenn wir belegen können, dass damit Haushaltsmittel über einen festen Zeitraum auch tatsächlich eingespart werden?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, klar!)

Denn wenn ich in einigen Jahren das Zehnfache für eine Straßensanierung ausgeben muss, weil ich mir heute den einfachen Betrag mit Blick auf die Schuldenbremse erspare, dann ist das haushalterisch geradezu absurd.

(Beifall SPD)

Wenn ich jetzt nicht in die Straße investiere - das gilt für jede Infrastruktur, die verfällt -, rächt sich das später bei den Kosten, und es stellt uns vor schier unlösbare Aufgaben, dann die Schuldenbremse auch dauerhaft über 2020 einzuhalten.

Ich finde, wir sollten dies hier offen miteinander diskutieren. Es stärkt das „Schuldenbremsedenken“, und es stärkt die Konsolidierungsbemühungen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, insgesamt geben Bund und Land in diesem Jahr 363 Millionen € für wirtschaftliche und wirtschaftsnahe Investitionen in die Infrastruktur aus, Jahr für Jahr 363 Millionen € an Investitionen in Schienenverkehr, in unsere Häfen, in Straßen und in Gewerbegebiete.

Entscheidend für unseren Wirtschaftsstandort wird es jedoch sein, dass es uns gelingt, den **Nord-Ostsee-Kanal** endlich wieder auszubauen, die **B 5**, die **A 7** und die **A 20** endlich voranzubringen, damit das, was wir uns in unserem Koalitionsvertrag vorgenommen haben, auch tatsächlich passiert.

Für den **NOK** haben wir dank der Hilfe aller in diesem Land beim Bund einen Investitions- und Maßnahmeplan mit einem Volumen von rund 1,4 Milliarden € erreicht. Ich sage allen, auch in diesem Haus allen, herzlich Dank dafür, dass wir dort mit einer Stimme gesprochen haben. Das war gut und richtig so und hat gezeigt, dass bei den wichtigen Maßnahmen in Schleswig-Holstein mit einer Stimme gesprochen wird.

Wir sind und bleiben mit unseren berechtigten Forderungen gegenüber dem Bund sehr beharrlich. Dass wir damit nicht ganz unerfolgreich sind, zeigt, dass Bundesminister Ramsauer nun auch erkannt hat, dass die Fehmarnsund-Brücke einer Lösung zugeführt werden muss, wenn das Projekt feste **Fehmarnbelt-Querung** nicht ein Misserfolg werden soll. Dafür braucht man Antworten. Man denkt endlich darüber nach.

Wir dürfen aber nicht nur - damit komme ich zum nächsten Bereich - bei der Förderung von Wirtschaft über Straßenasphalt nachdenken. Nein, wir brauchen auch bessere virtuelle Straßen in unserem Land. Die flächendeckende **Breitbandversorgung** muss kommen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Die virtuellen Straßen sind die Verkehrswege der Zukunft. Sie nivellieren die Standortnachteile, die man dem ländlichen Bereich gern nachsagt. Mit Glasfaser ist es egal, ob Sie in Berlin oder auf Eiderstedt kreativ sind.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Mit unserer **Breitbandstrategie** haben wir uns vorgenommen, die flächendeckende Glasfaserversorgung bis spätestens 2030 zu erreichen.

(Zuruf)

Ja, wir wissen, wir sind Jahrzehnte zurück, wenn wir uns mit den baltischen Staaten vergleichen. Aber auch die haben dafür 15 Jahre gebraucht. Wir begingen dort, wo die vor 15 Jahren standen. Das müssen wir realistisch sehen, und wir sollten auch nicht mit unrealistischen Zahlen hantieren.

Ich glaube, das Ziel 2030 ist ehrgeizig. Aber es ist machbar, jedenfalls dann, wenn der Bund dem, was alle Länder von ihm fordern, nachkommt und ein unterstützendes Förderprogramm bereitstellt. Das Breitbandkompetenzzentrum des Landes berät derzeit Bürger, Unternehmen und Kommunen, wie sie mit kreativem und gemeinschaftlichem Einsatz schneller zu Ergebnissen kommen. Die Bürgerbreitbandinitiative in Dithmarschen und Nordfriesland macht es vor. Für Planungs- und Beratungsleistungen stellen wir in diesem Jahr zusätzlich 3 Millionen € bereit.

Ich habe bei der Reise in die baltischen Staaten gesehen, wie positiv die Versorgung dort mit drahtlosem Internet auf die Wirtschaftskraft wirkt. Wenn wir **WLAN** bei uns in Dörfern und Städten erst einmal haben, dann werden diese Wachstumshemmnisse bei uns ebenfalls beseitigt werden - ebenso wie es in Estland, Lettland oder Litauen funktioniert.

Wir brauchen in Deutschland bundesweit **Rechtssicherheit**, damit Privat- und Geschäftsleute ihre Zugänge gefahrlos für die Nutzung öffnen können.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Diese Rechtssicherheit streben wir an, und mit Ihrer Hilfe werden wir Schritt für Schritt vorankommen. Ich will das Prinzip des offenen HotSpots in ganz Schleswig-Holstein zur Geltung bringen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen nicht nur im Café an der Holtenauer Straße, sondern auch im Bauernhof in Bönningstedt oder Gammellund WLAN haben und damit arbeiten können.

Sie haben im Baltikum übrigens sehr schöne Beispiele dafür, was das beim Abbau von Bürokratie bringt. Vieles kann man dort online erledigen. Man muss eben nicht extra aufs Amt gehen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Es ist interessant, dass immer die lachen, die in den letzten Jahren da nichts getan haben. Wir finden das vor, was wir vorfinden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie wissen, dass wir nur zwei Jahre hier saßen und Sie 20 Jahre!)

- Zum Glück, Herr Kollege!

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, lassen Sie uns gucken, wo wir heute stehen. Wir stehen heute in einem extremen Wettbewerbsnachteil mit den baltischen Staaten, weil es diese Gesellschaft insgesamt nicht verstanden hat - -

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Christopher Vogt [FDP]: Was haben Sie im Haushalt vorgelegt?)

- Es ist doch völlig egal, wer was gemacht hat.

(Heiterkeit und Zurufe FDP)

Wir finden das vor, was Sie uns hinterlassen haben. Irgendwann werden Sie auch einmal akzeptieren, dass Sie vor uns dran waren, dass Sie etwas übergeben haben und dass das Defizite hat.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Dass es vor Ihnen dann andere waren, geschenkt, Herr Kubicki, geschenkt! Heute ist es das, was wir vorfinden.

Und diese drei kleinen **baltischen Staaten** sind uns um Lichtjahre voraus. Das ist das, was wir vorfinden, und das ist das, was wir verändern wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was wir dort erlebt haben, ist für mich **lebensnaher Bürokratieabbau**. So etwas hilft den Bürgern, und es hilft den Unternehmen. Ich will mit meiner Regierung die Bürokratiekosten für Unternehmen in Zeit und in Geld bis Ende des Jahrzehnts halbieren, indem wir E-Government-Lösungen entwickeln, weiterentwickeln und für sie werben. Der einheitliche Ansprechpartner des Verfahrens E-Gewerbe, der Zuständigkeitsfinder, der Geo-Server, das Umweltinformationssystem und IMI, das Europäische Binnenmarkt-Informationssystem, sind nur erste Angebote, mit denen Bürger, Verwaltung, Unternehmen Zeit und Kosten sparen können.

Wenn Sie in Estland Ihre Steuererklärung in drei Minuten abgeben können, dann ist das der Weg, auf

(Ministerpräsident Torsten Albig)

den wir uns konzentrieren müssen. Da wollen wir hin. Und da werden wir auch hinkommen.

Wir werden auch auf die **Zukunftsmärkte** dieser Welt gehen. Ja, Schleswig-Holstein und Hamburg sind Partner, Schleswig-Holstein und Dänemark allemal. Aber wir wollen unsere Zusammenarbeit über diesen Bereich hinaus forcieren, meine Damen und Herren. Wir werden noch stärker über die Grenzen Europas blicken. Wir schauen uns zum Beispiel die **BRICS-Staaten** an, von denen ich glaube, dass sie für Wachstum in Schleswig-Holstein von großer Bedeutung sind. Unsere WTSH ist hier bereits sehr intensiv aktiv. Sie ist gerade für viele kleinere Unternehmen das Scharnier zwischen Schleswig-Holstein und den BRICS-Staaten. Wir werden dieses Scharnier gut pflegen, damit unserer Wirtschaft die Chancen auf die Zukunftsmärkte eben nicht entgehen.

Ich werde im Herbst mit einer **Wirtschaftsdelegation in China** sein. Und wir planen gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium eine ähnliche Reise nach Südamerika. Wir werden dort für unser Land und für unsere Wirtschaft werben, unser Know-How durch die Energiewende, unsere Stärken im Gesundheitssektor, der maritimen Wirtschaft oder im Tourismus vorstellen und zeigen, dass Schleswig-Holstein ein guter Ort ist, um zu investieren. Ich bin sicher, wir werden dort Widerhall finden.

Meine Damen und Herren, all die strategischen Überlegungen und Ziele, die ich Ihnen vorgestellt habe, werden wir schrittweise konkretisieren. Wir werden den Ansatz des nachhaltigen Wachstums auch in unsere **Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030** einfließen lassen. Das heißt, wir werden den Landesentwicklungsplan Mitte des Jahres fortschreiben und ihn dann um wesentliche Zukunftskomponenten ergänzen. Damit erhält der Plan eben nicht nur Visionen und Planungen, wie das Land 2030 aussehen könnte; er erhält auch Strategien und Handlungsansätze, damit aus der Vision Wirklichkeit werden kann.

Wir leiten damit eine Debatte über die Zukunft des Landes ein. Der **Bürgerkongress** am 8. Juni 2013 wird den Auftakt zur gemeinsamen Arbeit aller gesellschaftlichen Gruppen an der Zukunft unseres Landes bilden.

Die Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030 wird Orientierungsrahmen und Entscheidungshilfe für die Landesregierung und für die Akteure im Land sein. Sie wird auf Freiwilligkeit, auf Verantwortungsbewusstsein und auf eine fach- und grenzenübergreifende Zusammenarbeit setzen. Sie

soll Antworten auf die Fragen geben: Wo wollen wir gemeinsam hin in diesem Land? Was macht dieses Land stark? Was können, und was müssen wir besser machen?

Es wird im Prozess auch darum gehen, wie wir neues Wachstum in Schleswig-Holstein generieren können. Das wird den Akteuren im Land Orientierung geben und hat Vorteile für eine bessere **Vermarktung des Landes nach außen**. Ziel muss es sein, dass wir gemeinsam in die Offensive gehen - stärker als bisher, um das Land nach vorne zu bringen und auch mit mehr Haltung und mit mehr Mut unser Land draußen darzustellen. Es muss uns gelingen, Kräfte, Ressourcen und alle Handelnden im Land zu bündeln. Das ist eine große Aufgabe, aber es sind auch große Chancen für unser Land.

Unendlich viele arbeiten an diesem Land mit. So unendlich viele haben es sich seit Jahrzehnten zur Aufgabe gemacht, sich engagiert für ein stärkeres und noch lebenswerteres Schleswig-Holstein einzusetzen. Meine Regierung wird gemeinsam mit diesen Menschen entlang der beschriebenen Leitplanken hart daran arbeiten, dass die Wachstumslücke, die wir vorgefunden haben, von Jahr zu Jahr kleiner wird. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 13 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt auch allen anderen Fraktionen, falls dies gewünscht wird, zur Verfügung.

Mein Vorschlag zur Worterteilung: Zuerst spricht die Fraktion der FDP, die den ursprünglichen Berichts Antrag in der Drucksache 18/573 gestellt hat. Dann folgen die Fraktionen nach Stärke.

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums für diesen Bericht danken. Die Absicht meiner Fraktion war es ja zu erfahren, wie der wachstumsorientierte Konsolidierungskurs, den der Ministerpräsident im Januar 2013 in diesem Hohen Hause verkündet hat,

(Wolfgang Kubicki)

durch diese Landesregierung konkret unterlegt wird.

(Zuruf Heike Franzen [CDU])

- Wie dies geschehen soll, Frau Kollegin Franzen, dazu komme ich später. Aber ich kann noch einmal sagen: Die Rede des Ministerpräsidenten enthielt außer Phrasen nichts Konkretes. Wie gesagt, zu den **Bedingungen des Wachstums** komme ich noch, weil ich die Regierung jedes Mal fragen werde, wie sie sich dazu positionieren will.

Zunächst ist festzustellen, dass der Bericht, jedenfalls in der rückblickenden Analyse, ehrlich ist, denn er rechnet brutal mit der sozialdemokratischen Politik in diesem Land ab.

(Beifall FDP und CDU)

In dem Bericht lesen wir - ich zitiere jetzt -:

„Aufgrund der Wachstumsschwäche des Landes ist das Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein seit 1991 lediglich um rund 56 % gewachsen, während es im Durchschnitt der westdeutschen Länder ... um rund 65 % ... zugenommen hat.“

Von den 22,5 Jahren, Herr Kollege Stegner - so weit können Sie bestimmt auch noch rechnen -, zwischen 1991 und heute, regierten die Sozialdemokraten 20 Jahre in diesem Land. Mit anderen Worten besagt dieser Bericht: 20 Jahre Regierung mit SPD-Beteiligung haben uns die Situation beschert, die wir derzeit im Land vorfinden.

(Beifall FDP)

20 Jahre Regierungen mit SPD-Beteiligung haben bewirkt, dass sich zwischen Schleswig-Holstein und den übrigen westdeutschen Bundesländern eine **Wachstumslücke** aufgetan hat.

(Beifall FDP)

20 Jahre Regierungen mit SPD-Beteiligung haben damit verursacht, dass Schleswig-Holstein etwa 550 Millionen € strukturell weniger an Einnahmen für den Landeshaushalt zur Verfügung hat, als wenn es den westdeutschen Wachstumsschnitt erreicht hätte. Das ist die Leistungsbilanz der Sozialdemokratie in diesem Lande. Und Ihr Bericht, Frau Ministerin, bestätigt das.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Leistungsbilanz der Sozialdemokraten bedeutet natürlich auch, dass die falsche **wirtschaftspolitische Prioritätensetzung** uns jetzt zu harten Einschnitten zwingt. Wer also behauptet, Schwarz-Gelb sei an dem Leid in dem Land schuld, der hat entweder, Herr Minis-

terpräsident, keine Ahnung oder sagt die Unwahrheit. Der Bericht bestätigt das.

Sie sagten bei den Haushaltsberatungen am 23. Januar 2013 hier im Hohen Hause - ich zitiere -:

„Jeder gute Haushalt muss von Wachstum reden. Jeder gute Haushalt muss die Wachstumskerne, die ein Land hat, identifizieren und freisetzen.“

Ihre Worte, Herr Albig, waren richtig, Ihre Taten waren es nicht. Das lässt für mich nur den Schluss zu, dass Sie entweder nicht wissen, wie Sie Ihre Worte umsetzen können, oder nichts tun, um Ihre Worte umzusetzen. Es ist gleichgültig, was davon zutrifft. Beides ist nichts, womit man einen starken Ministerpräsidenten identifiziert.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist Zeit umzusteuern. Das Land und die Menschen können sich kein verlorenes Jahr mehr leisten. Herr Ministerpräsident, Sie haben sich bei Ihrer Reise ins Baltikum vor wenigen Tagen ein Bild über die dortigen Reformen gemacht und dazu Folgendes ausgeführt. Auch das darf ich zitieren:

„Hier“

- im Baltikum -

sind Dinge in der Krise angepackt worden, wir in Deutschland hätten uns da erstmal ein paar Jahre im Keller eingeschlossen und geweint.“

(Heiterkeit FDP)

Herr Albig, das mag für Sie gelten, für uns sprechen Sie jedenfalls nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Politik betreibt man nicht, um repräsentieren zu können. Politik betreibt man, um die Lage der Menschen zu verbessern und um das Land nach vorn zu bringen.

Herr Ministerpräsident, Sie sind Ministerpräsident dieses Landes. Nehmen Sie das endlich wahr, und beginnen Sie endlich, entsprechend zu handeln.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Martin Habersaat [SPD]: Hat er!)

Schaffen Sie die Rahmenbedingungen dafür, dass die Wirtschaft in unserem Land wieder wachsen kann. Die Bilanz Ihrer ersten zwölf Monate ist diesbezüglich eine absolute Katastrophe.

(Wolfgang Kubicki)

Was sind die **Bedingungen für Wachstum**? - Wirtschaftsfreundliches Klima, Herr Minister Meyer. Weniger Bürokratie. Schnelle Entscheidungen. Ein qualifiziertes Bildungssystem mit motivierten Menschen und eine gute Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur - neben steuerlichen und sonstigen Rahmendaten?

Ich gehe davon aus, dass Sie, da Sie bei Herrn Steinbrück waren, ein bisschen was davon verstehen, Herr Ministerpräsident, sonst empfehle ich Ihnen das Buch „Unterm Strich“, die Autobiografie von Peer Steinbrück, in dem er die Bedingungen des Wachstums sehr klar definiert.

(Christopher Vogt [FDP]: Keine Schleicherwerbung!)

- Ich kann das wirklich nur empfehlen, weil es ein gutes Buch ist.

Sie benennen doch in Ihrem Bericht zumindest ansatzweise die richtigen Stellschrauben. Darin heißt es - ich zitiere -:

„Mobilität ist ein bedeutender Faktor für Wachstum und Beschäftigung.“

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Herr Kollege Rasmussen, Sie sollten vielleicht erst einmal selbst in einem Unternehmen tätig werden.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Andresen! - Weitere Zurufe - Heiterkeit)

- Sehr geehrter Kollege Rasmus Andresen. Das müssen Sie jetzt einfach meinem Alter zuschreiben.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Andresen, Sie sollten vielleicht erst einmal in einem Unternehmen tätig sein, um zu verstehen, was es bedeutet, zu investieren und damit Gewinne zu generieren, um zu überleben, bevor Sie sich hier zu wirtschaftlichen Fragestellungen äußern.

(Beifall FDP und CDU)

Zitat:

„Mobilität ist ein bedeutender Faktor ...

(Unruhe)

- Herr Kollege Tietze, da Sie als Eminenz auch für die Kirchensynode sprechen: Die Kirche versteht auch etwas von Wirtschaft, allerdings nicht so, wie manche sich das bei der Kirche vorgestellt haben.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„**Mobilität** ist ein bedeutender Faktor für Wachstum und Beschäftigung. Sie sichert Bewegungsfreiheit für einzelne Personen und einen effizienten Güterverkehr und gewährleistet dadurch das arbeitsteilige Wirtschaften. ... Die Logistik ermöglicht Wertschöpfungsprozesse und ist damit wesentliche Basis für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein.“

Was machen Sie, um diesen Anspruch zu verwirklichen? - Die einzige Kürzung in Ihrem Haushaltsentwurf 2013 haben Sie bei den Verkehrsinvestitionen getätigt. Den Landesverkehrswegeplan in Höhe von 7 Millionen € haben Sie ersatzlos gestrichen, zusätzlich haben Sie noch beim **kommunalen Straßenbau** 5 Millionen € abgezweigt und sie dem **Radwegbau** zugewiesen.

(Beifall FDP)

Stellen Sie sich so einen effizienten Güterverkehr vor: Schlaglöcher auf Landstraßen, aber zusätzliche Fahrspuren für Fahrräder?

(Zuruf Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Glauben Sie wirklich, dass wir Güter- und Pendlerströme über Radwege leiten können? - In welcher Welt leben Sie eigentlich?

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU - Zurufe)

- Ja, Herr Kollege Tietze, fahren Sie einmal nach Peking. Da gibt es relativ viele Fahrräder. Es gibt einen Song, in dem es heißt „Nine Million Bicycles in Beijing“. Trotzdem können Sie eine Wirtschaft nicht dadurch fördern, dass Sie versuchen, Güter auf Fahrrädern zu transportieren. Das müsste auch Ihnen klar sein.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Hans-Jörn Arp [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Werter Herr Kollege Kubicki, ist Ihnen bekannt, dass schon nach dem alten Haushaltsplan

(Wolfgang Kubicki)

Mittel in ungefähr derselben Größenordnung in den Radwegbau gesteckt worden sind, dass es sich also bloß um eine Umlabelung handelt, wenn man die jetzt ausdrücklich als Mittel für den Radwegbau bezeichnet?

- Nein!

(Martin Habersaat [SPD]: Jetzt schon! - Zuruf SPD: Nicht bekannt, oder?)

- Der Inhalt der Aussage ist unzutreffend. Aber darüber müssen wir hier jetzt nicht weiter reden. Herr Kollege Breyer, in der Frage war eine Behauptung enthalten, die falsch ist. Deshalb habe ich Nein gesagt.

Herr Ministerpräsident, Sie sind immer der Erste und der Lauteste, der sich auf Bundesebene darüber beschwert, dass der Bund unzureichend in seine **Infrastruktur** investiere. Haben Sie sich eigentlich schon einmal Ihre eigene Bilanz angeschaut? - Die **eigenfinanzierten Investitionen** haben Sie auf das Niveau von 1974 zurückgefahren, also von vor 40 Jahren. Der von Ihrer Landesregierung eingereichte und beschlossene Haushalt 2013 hat mit nur noch 7,9 % die niedrigste Investitionsquote aller Zeiten. Noch nie hat eine Landesregierung so wenig investiert wie Sie.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Moment, das kommt ja noch, Herr Kollege Koch. Immer ein bisschen warten - insofern hat der Ministerpräsident recht -, bis man mit seinem Gedankengang zu Ende ist, bevor man dazwischenruft. Das habe ich jedenfalls in der Schule gelernt: Man soll sich ein bisschen zurückhalten.

(Heiterkeit - Beifall Christopher Vogt [FDP])

Ihr Kanzlerkandidat, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, Peer Steinbrück, hat Ende der 90er-Jahre hier im Landtag gesagt, dass sich ein Staat, der weniger als 10 % seiner Mittel investiere, an **künftigen Generationen** versündige und eigentlich seiner Aufgabe nicht gerecht werde.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Mit Ihrer Haushaltspolitik, Herr Albig, berauben Sie die künftigen Generationen ihrer Chancen. Nicht nur, dass Sie ihnen mit Ihrer Schuldenpolitik kaum mehr tragbare Altlasten in die Wiege legen, nein, Sie hinterlassen ihnen einen derart miserablen Zustand der Infrastruktur, dass diese Kinder nur noch die Wahl haben werden, sich entweder mit der schlechten Situation abzufinden oder woanders ihr Glück zu suchen.

Ich will einmal auf etwas hinweisen: Die Tatsache, dass eine Reederei erklärt, dass sie die Destination Kiel nicht mehr anlaufe, sondern jetzt Rostock-Warnemünde anlaufen werde, hat nicht nur etwas damit zu tun, dass Rostock ein bisschen näher an Berlin liegt, sondern dass die Zeit, die Sie von Kiel nach Berlin brauchen, ungefähr doppelt so lang ist wie die Zeit, die Sie von Rostock nach Berlin brauchen, obwohl die Distanz nicht doppelt so groß ist. Das dokumentiert eben, dass Sie die **Verkehrsinfrastruktur** ausbauen müssen, wenn Sie Wertschöpfung in Schleswig-Holstein generieren wollen.

(Beifall FDP und CDU)

Die Tatsache, dass 25 % unserer **akademischen Jugend** ihr Glück außerhalb Schleswig-Holsteins suchen muss, hat etwas damit zu tun, dass sie hier keine entsprechenden **Arbeitsplätze** vorfinden, das hat etwas damit zu tun, dass Sie die politischen Rahmendaten in Schleswig-Holstein nicht geschaffen haben, um entsprechende Arbeitsplätze zu generieren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wenn Sie hier sagen, Sie freuen sich darauf, dass Amazon nach Neumünster komme, dann gehen Sie einmal nach Neumünster und fragen Sie Ihre dortigen Genossen: Die haben gerade plakatiert, dass sie das gerade nicht wollen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das ist die sozialdemokratische Politik der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein.

Lieber Herr Kollege Koch, das scheint erst der Anfang der Politik zu sein. Mit dem Haushaltseckwertebeschluss zum Haushalt 2014 setzen Sie diese falsche Politik auch noch konsequent fort. Die bereits niedrigen Investitionen sollen im Vergleich zum bereits niedrigsten Niveau im Haushalt 2013 um sage und schreibe weitere 81 Millionen € gekürzt werden und damit die 7-%-Quote unterschreiten. Es gibt kein anderes Bundesland mit einer so niedrigen Investitionsquote im Haushalt. Ist das die Zukunftsfähigkeit, die Schleswig-Holstein auf einen Weg des Wachstums bringen soll? Glauben Sie das im Ernst, Herr Ministerpräsident? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

In Ihrer Haushaltsrede am 23. Januar 2013 sagten Sie einen sehr bemerkenswerten Satz, den ich Sozialdemokraten jetzt auch im Bundestagswahlkampf immer wieder gern vorhalten möchten, weil er im Kern zutreffend ist.

(Wolfgang Kubicki)

(Zuruf: Sind Sie im Bundestagswahlkampf?)

- Ja, ich bin im Bundestagswahlkampf, wie Sie auch. Oder machen Sie keinen Wahlkampf mehr, weil die Sozialdemokratie - von Glück beseelt - glaubt, dass die Stimmen bei der Bundestagswahl wie Manna vom Himmel fallen werden, weil der liebe Gott ein Einsehen haben wird mit den Armen und Beladenen? - Das glauben Sie doch nicht im Ernst!

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

In Ihrer Haushaltsrede vom 23. Januar 2013 haben Sie Folgendes ausgeführt- das „Wir“ entscheidet -:

„Wir wissen, dass Steuermehreinnahmen im Kern nicht über Steuererhöhungen zu generieren sind. Im Kern geht es um Wachstum.“

Das kann man übrigens auch bei Peer Steinbrück in seiner Autobiografie „Unterm Strich“ nachlesen.

(Christopher Vogt [FDP]: Schon wieder Werbung!)

Wachstum braucht **Rahmenbedingungen**. Wachstum schafft sich weder von selbst, noch wird es durch die Landesplanung geschaffen. Der Gedanke, man könnte mit der Landesplanung Wachstum steuern, ist derart postsozialistisch, dass ich mich frage, bei wem Sie eigentlich Pressesprecher waren.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Beim **Breitband** haben Sie beschlossen, dass Sie die flächendeckende Versorgung mit Glasfasernetzen im Land um zehn Jahre nach hinten verschieben. Nicht 2020, sondern erst 2030 soll eine flächendeckende Versorgung mit Glasfasernetzen entstehen. Eine Mehrzahl der Bewohnerinnen und Bewohner von vielen Dörfern wird bis dahin bedauerlicherweise entweder dort nicht mehr wohnen oder gestorben sein. Bis dahin müssen sich die Betroffenen im Zweifelsfall mit Schmalspurleitungen zufriedengeben. Wollen Sie so Ansiedlungspolitik in der Fläche betreiben? - Ich halte das für eher unwahrscheinlich.

Herr Ministerpräsident, Sie setzen nicht nur Ihre finanziellen Mittel falsch ein, nein, Sie betreiben auch ansonsten eine durch und durch wirtschaftsfeindliche Politik - entgegen Ihren Reden. Mit der Änderung des **Sparkassengesetzes** haben Sie dafür gesorgt, dass die Sparkassen im Land Ihr Kreditengagement zurückfahren werden. Filialsterben und Arbeitsplatzabbau - das sage ich Ihnen voraus - werden Folgen dieser Politik sein.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Sie haben im Kabinett beschlossen, zum 1. Januar 2014 die **Grunderwerbsteuer** um 1,5 Prozentpunkte zu erhöhen und damit den höchsten Satz bundesweit zu erheben. Glauben Sie, das hat keine Auswirkungen auf Unternehmensansiedlungen, glauben Sie, das hat keine Auswirkungen auf den Kauf von Wohnungseigentum für junge Familien? Denken Sie wirklich, dass Sie dadurch den Neubau von Wohnungen fördern und den Anstieg der Mieten begrenzen können? - Wenn Sie das wirklich glauben, dann tun Sie mir leid.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Herr Ministerpräsident, glauben Sie wirklich, dass Überlegungen Ihres Koalitionspartners, die **Ausbaggerung der Elbe** - die Fahrrinnenanpassung - nicht vorzunehmen, die Wertschöpfung in Schleswig-Holstein steigern wird? Glauben Sie das wirklich? Glauben Sie wirklich, dass der Verzicht darauf, die **westliche Elbquerung** der A 20 zu bauen, zur Wertschöpfung in Schleswig-Holstein beitragen wird? - Glauben Sie das wirklich?

Ich warte ja darauf, was passiert, wenn die **A 7** erweitert wird, wie viele Urlauberinnen und Urlauber das Tourismusland Schleswig-Holstein noch ansteuern werden, wenn sie feststellen müssen, dass sie ein oder zwei Tage auf dem Hin- oder Rückweg im Stau stehen. Das wird Auswirkungen auf unsere Tourismuswirtschaft haben, die exorbitant sind. Wenn wir dort nicht gegensteuern, Herr Ministerpräsident, und zwar rechtzeitig mit einer offensiven Politik, dann werden Sie erleben, wie viele Wertschöpfungspotenziale dabei kaputtgehen.

(Beifall FDP und CDU)

Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihrem **Tariftreue- und Vergabegesetz** zu weniger Bürokratie beigetragen und damit die wirtschaftsfreundliche Politik der Regierung ins Werk gesetzt haben? Glauben Sie das ernsthaft? - Das genaue Gegenteil ist der Fall, wie Ihnen Ihr Wirtschaftsminister bei der Anhörung bereits selbst attestiert hat.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Für Eminenz immer.

(Wolfgang Kubicki)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Kubicki, das ging jetzt etwas zu schnell. Ich bin noch bei Ihrem vorherigen Argument. Glauben Sie tatsächlich, dass Wachstum um jeden Preis heute die Antwort ist? Sie sind ja sehr belesen.

(Zurufe)

Ich gehe davon aus, dass Sie Meadows, „Die Grenzen des Wachstums“ gelesen haben. Glauben Sie, dass man alles Wachstum auf Kosten der Natur vorantreiben soll? Ist das Ihre Auffassung, hemmungsloses Wachstum auf Kosten der Natur?

- Herr Kollege Tietze, an Ihrer Frage merke ich, dass Sie gar nicht wissen, wie Wachstum definiert wird. Sie können das **Bruttoinlandsprodukt** beispielsweise auch durch die energetische Sanierung von Häusern steigern, deren Förderung Rot-Grün im Bundesrat gerade verhindert.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wenn Sie Meadows „Die Grenzen des Wachstums“ noch einmal nachlesen, werden Sie feststellen, dass keine der Prognosen eingetroffen ist; sonst wären wir heute schon tot.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Von 1972 bis 2013 ist keine der Prognosen eingetroffen.

(Beate Raudies [SPD]: Deswegen können wir so weitermachen?)

- Es geht doch nicht darum, so weiterzumachen.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich empfehle, dass Sie Ihre regierungstragende Fraktion einmal auf Auslandsreisen mitnehmen und auch auf Ökonomen treffen lassen.

(Beifall Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Denn beispielsweise die Frage, mit welchen **Fahrzeugen** Sie auf Straßen fahren, um die **Mobilität** zu sichern, ist keine Frage des Wachstums, sondern eine Frage der Entscheidung. Sie können auch Elektroautos auf Straßen fahren lassen. Damit haben Sie etwas für den Klimaschutz getan und die Mobilität gewährleistet. Aber auch dafür brauchen Sie Straßen. Gnädige Frau, Güter können Sie nicht auf Fahrrädern transportieren und auch nicht durch das Internet. Wenn Sie bei Amazon bestellen, wird das in echt geliefert und nicht nur auf den Bildschirm.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

Herr Ministerpräsident, glauben Sie ernsthaft, dass Sie die Verwaltung durch das motivieren, was Sie bei der **Beamtenbesoldung** gerade machen, dass Sie Lehrer motivieren, die Schule so auszugestalten, dass nicht alle gleich werden, aber jeder besser? Glauben Sie das ernsthaft? Wenn wir keine vernünftige, entscheidungsfreudige Verwaltung haben - das sehen wir in Griechenland und anderswo -, ist das ein Wachstumshemmnis.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Wenn die Motivation der Mitarbeiter in der Verwaltung nachlässt, ist das ein Wachstumshemmnis. Wenn Sie Wachstum generieren wollen, verhalten Sie sich anständig gegenüber den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes! Sonst wird das nichts.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Peer Steinbrück hat in seiner Zeit als Wirtschaftsminister Frau Simonis damals richtigerweise vorgeworfen, sie betriebe Politik im Klein-Klein, auf Pepita-Niveau. Herr Ministerpräsident, Sie schaffen nicht einmal dieses Niveau. Es geht nicht einmal in kleinen Schritten voran. Seit zwölf Monaten geht es in Schleswig-Holstein rückwärts. Vor lauter kleinen Symbolen und hohlen Phrasen haben Sie das große Ganze aus Ihrem Blickfeld verloren. Sie bieten dem Land keine Perspektive. Sie haben sich von anderen vor den Karren spannen lassen und haben die Weichen dafür gestellt, dass der Abstand zwischen uns und den anderen Bundesländern weiter wächst. Das werden wir in den nächsten Jahren beobachten.

Herr Ministerpräsident, Ihre Politik ist weder sozial, noch gerecht, noch vernünftig. Sie ist einfach nur falsch, und Ihre Äußerungen über ein starkes Land bleiben hohl und peinlich. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Johannes Callsen, das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Den Oppositionsführer haben wir doch gerade eben gehört!)

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke der Finanzministerin, Frau Heinold, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Frau Heinold ist wohl etwas überraschend zu diesem Bericht ge-

(Johannes Callsen)

kommen - als für die Finanzen des Landes zuständige Ressortchefin -, zu dieser wissenschaftlichen Abhandlung zur Wachstumslücke und zur wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein. Herr Ministerpräsident, dass Sie sich am Ende dieses Berichts selbst annehmen, zeigt mir, dass Sie zuerst offenbar gar keine Lust auf das Thema hatten, als Sie es an das Finanzministerium abgeschoben haben.

Vor einem Jahr - und auch in vielen Passagen Ihrer jetzigen Rede - haben Sie den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern **neue Horizonte** versprochen. Schwerpunkt Ihrer Arbeit sollten neben Bildung und Energiewende eine solide Haushaltspolitik und Wirtschaftswachstum sein, mit dem Sie Schleswig-Holstein sozial gerechter machen wollten.

Vor einem Jahr haben Sie betont, dass es zur **Haushaltskonsolidierung** keine Alternative gebe. Schon ein Jahr später kann jeder feststellen, dass Sie schon an den einfachsten Grundrechenarten scheitern: Statt 40 Millionen € hätten Sie 54 Millionen € Vorsorge im Haushalt treffen müssen. Statt 26 Millionen € übrig zu haben, haben Sie 14 Millionen € Defizit. Statt einer faktischen schwarzen Null im Jahr 2012 machen Sie 450 Millionen € neue Schulden - und das in einer Zeit, in der wir historisch hohe Steuereinnahmen in diesem Land haben.

(Beifall CDU)

Ich finde es schon bemerkenswert, dass Frau Heinold diesen Bericht verfasst hat, obwohl die Fachleute für Wachstumspolitik doch im Ministerium von Herrn Meyer sitzen. Am Ende hören wir hier eine Rede des Ministerpräsidenten, eine faktische Regierungserklärung über ein Jahr der Ankündigungen, mit Versprechungen und pathetischen Illusionen.

(Zurufe Birgit Herdejürgen [SPD] und Olaf Schulze [SPD])

Das alles sagt mehr über das Innenleben Ihrer Koalition aus als jeder Bericht. Denn es zeigt doch eines: Frau Heinold hat Angst um das grüne Profil in der Koalition und vertraut Herrn Meyer kein Stück. Deshalb muss der Ministerpräsident hier in die Bresche springen,

(Lachen, Beifall, Zurufe SPD und Lars Harms [SSW])

um die angeblich neuen Horizonte am Fenster der Staatskanzlei aufzumalen. Herr Albig, Inhalte haben wir heute Morgen von Ihnen nicht gehört.

Bevor Sie in die Ferne schweifen, begeben Sie doch erst einmal die Kurzsichtigkeit Ihrer Politik! Das Ergebnis Ihres Berichts ist doch eindeutig: Schuldenpolitik kostet Zukunft, und Wachstumspolitik kostet Geld und Einsatz. Ihre Koalition hat das Problem offensichtlich erkannt, aber anstatt zu sparen, machen Sie 450 Millionen € mehr Miese. Gleichzeitig - der Kollege Kubicki hat es gesagt - sinken die **Investitionen** auf einen historischen Tiefstand.

Bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW wächst außer Schulden überhaupt nichts. Sie brauchen das Geld für die **Klientelpolitik** in ihren Bereichen. Da ist die BioInformanta mit 380.000 € dabei, die schon in Mecklenburg gescheitert ist. Da ist die Machbarkeitsstudie, die allein 130.000 € kosten soll. Es gibt den zusätzlichen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, den niemand braucht, und ihr Lieblingsprojekt PROFI, bei dem sich noch zeigen wird, ob Sie das Programm mit 50 Millionen € nicht viel zu hoch angesetzt haben und die Ergebnisse der energetischen Sanierung am Ende überhaupt halten, was Sie versprechen. Frau von Kalben scheint schon ihre Zweifel daran zu haben. Sonst kommt es mir schon etwas spanisch vor, dass jetzt ausgerechnet die Fraktionsvorsitzende der Grünen freiwillig für die Instandsetzung der Landesstraßen 10 Millionen € aus diesem Projekt ins Spiel bringt. Wir werden Sie daran messen, was Sie am Ende mit unserem Gesetzentwurf in diesem Landtag beschließen.

(Beifall CDU)

Das ist schon eine Form von Gesinnungswechsel, die ich für die CDU ausdrücklich begrüße.

Meine Damen und Herren, besonders interessant ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts seit 1991. Ich zitiere aus Seite 6 des Berichts: Dort heißt es zum BIP:

„Dabei ist auffällig, dass die Entwicklung in Relation zu den westdeutschen Ländern insbesondere seit der Jahrtausendwende auseinanderläuft.“

Mit anderen Worten: Es waren schon damals, in den 90er-Jahren, die Sozialdemokraten und die Grünen, die das Land regiert und den Zug verpasst haben. Es waren sozialdemokratische Geschenke, die nichts zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben. 15 Jahre SPD-Regierung haben Schleswig-Holstein vom Rest der Republik abgehängt. Herr Albig, diese **Wachstumslücke** haben Sie nicht vorgefunden, die haben Sie, die hat die SPD, die haben

(Johannes Callsen)

die Grünen in Schleswig-Holstein verursacht. Das ist die Wahrheit.

(Beifall CDU und FDP)

Auf Seite 8 schreiben Sie:

„Die Konsolidierung der Landesfinanzen und damit die Einhaltung der Vorgaben zur Begrenzung der Neuverschuldung sind nach Auffassung der Landesregierung deshalb von entscheidender Bedeutung für das Schließen der Wachstumslücke.“

- Ja, dann machen Sie das doch endlich einmal! Begrenzen Sie sich selbst! Begrenzen Sie Ihre Ausgaben! Fangen Sie endlich an, vernünftige Wirtschaftspolitik zu machen! Herr Albig, mit Beratern allein wird es in Schleswig-Holstein nicht getan sein.

Lassen Sie uns vergleichen, was der Ministerpräsident im letzten Jahr ungefähr zur gleichen Zeit von diesem Pult aus über die Entwicklung der vergangenen Jahre, über seine Wünsche für die Zukunft erklärt hat. Sie wollten vor einem Jahr mit uns über Wirtschaft und Arbeit in Schleswig-Holstein reden. Sie sind angetreten, unser Land zu stärken und Kräfte freizusetzen, die in Schleswig-Holstein vorhanden sind. Vor einem Jahr sagten Sie, unser Land sei stark, weil es starke Unternehmen hat, Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe, mittelständische Unternehmen und auch solche der Industrie. Diese Betriebe seien es, die für Ausbildung und Arbeit sorgten, sie seien es, die erarbeiteten, was wir bräuchten, um ein gerechtes, soziales Netz zu knüpfen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie Ihre eigenen Worte von vor einem Jahr ernst nehmen, wie kann es dann sein, dass Sie bereits ein Jahr später zwei Frontalangriffe auf den **schleswig-holsteinischen Mittelstand** verüben?

(Beifall CDU und FDP)

Das ist zum einen das **Tariftreuegesetz**, mit dem Sie nicht nur die schleswig-holsteinischen Handwerksbetriebe von öffentlichen Aufträgen abhalten und ihnen zusätzliche Lasten aufbürden. Der Würgegriff der Bürokratie, den Sie damit verursachen, wird auch dadurch kein Stück besser, dass die Betriebe Ihre ganzen Auflagen irgendwann möglicherweise online erfüllen können.

Sie haben in einem Anflug von Arroganz dann auch gleich noch die Kommunen in die Mithaftung genommen und ihnen Prüfaufträge aufoktroziert, ohne sie unter ehrlichen Voraussetzungen in der

Landtagsdebatte und in den Ausschüssen angehört zu haben.

Während dieser Plenartagung wird von der Koalition ein weiterer Gesetzentwurf zum **Antikorrupsionsregister** vorgelegt. Mit diesem treiben Sie als Koalition Ihren Kurs der pauschalen Kriminalisierung kleiner und mittelständischer Betriebe des Handwerks in diesem Land weiter auf die Spitze.

(Beifall FDP - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Olaf Schulze [SPD])

Jeder Handwerker muss sich zukünftig bewusst sein, dass er bei der Annahme öffentlicher Aufträge mit mehr als einem Bein im Gefängnis steht.

(Zurufe Lars Harms [SSW] und Christopher Vogt [FDP])

Herr Ministerpräsident, das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein. Das ist keine **wirtschaftsfreundliche Politik**. Sie legen die Axt an diejenigen, die diesen Staat finanzieren, die Arbeits- und Ausbildungsplätze in Schleswig-Holstein schaffen.

Bei der **Infrastruktur** wollte Frau Heinold offenbar sicherstellen, dass der Bau der **A 20** in dieser Wahlperiode nur bis zur A 7 geht. Ihr Wirtschaftsminister macht ja beinahe täglich neue Finanzierungsvorschläge für die westliche Elbquerung. Dafür danke ich ihm im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich. Denn eine A 20 bis zur A 7 macht in der Tat keinen Sinn, weil eine Autobahn ohne Ziel immer sinnlos ist. Mit dem Willen, die A 20 nur bis zur A 7 bauen zu wollen, zeigen Sie einmal mehr, dass es Ihnen nicht um die Entwicklung benachteiligter Gebiete in Schleswig-Holstein, wie der Westküste, geht, sondern um parteipolitische Beruhigungspillen von Splittergruppen innerhalb Ihrer Partei.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

- Herr Schulze, seit einem Jahr warten wir auf ein **Westküstenkonzept** Ihrerseits, Ihrer Koalition, Ihrer Landesregierung. Seit einem Jahr werden wir vertröstet. Wir haben nachgefragt, welche Aufgaben denn der Westküstenbeirat hat, welche konkreten Ergebnisse es gibt. Bis auf eine polemische und einem deutschen Parlament kaum würdige Antwort kam von Ihnen in dieser Richtung überhaupt nichts.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen und der Koalition nur empfehlen, Ihren eigenen Bericht aufmerksam zu lesen. Dann fallen Ihnen weitere Widersprüche Ihrer eigenen Politik auf. Sie stellen richtigerweise fest, dass **geringes Wachstum** mit

(Johannes Callsen)

steigender Verschuldung einhergeht. Deshalb erhöhen Sie die Schulden für Ihre Wahlgeschenke und kündigen auch gleich Steuererhöhungen in Land und Bund an.

Sie fordern für Investitionen in Hochschulen die Abschaffung des Kooperationsverbots, um genau dies im Bund komplett zu blockieren. Sie bekennen sich zum Ausbau der Infrastruktur und kürzen die Mittel für den Straßenbau. Herr Albig, Sie haben drauf hingewiesen, wer angeblich in den vergangenen Jahren das Straßennetz in Schleswig-Holstein kaputtgespart hat.

Heute Morgen habe ich einen Eintrag von Herrn Dr. Stegner bei Twitter gesehen. Sie feiern heute Abend **25 Jahre Regierungsverantwortung** in Schleswig-Holstein.

(Beifall und Heiterkeit CDU und FDP)

Nicht einmal dort können Sie richtig rechnen. Dieses klare Bekenntnis zeigt doch, wer hier die Verantwortung für die ganzen Defizite trägt, die Sie, Herr Albig, in Ihrer Rede aufgezeigt haben.

Welche Wachstumsimpulse die StadtRegionalBahn Kiel für Schleswig-Holstein bringen soll, bleibt allen, die diesen Bericht lesen, komplett schleierhaft.

Sie fordern den flächendeckenden **Breitbandausbau**. Der ist in der Tat wichtig. Wir haben dort immer Akzente gesetzt. Warum verschieben Sie dann aber das Ausbauziel um zehn Jahre nach hinten in das Jahr 2030? Sie wollen für die oft - und das schreiben Sie selber - kapitalschwachen **Beherbergungsbetriebe** jetzt ein Sonderförderprogramm auflegen. Auf Bundesebene ziehen Sie aber mit aller Ideologie gegen die Hotelsteuer, die doch gerade Investitionen in diesen Betrieben ermöglichen sollte, zu Felde. Das passt nicht zusammen.

(Beifall CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das steht doch sogar in Ihrem Wahlprogramm!)

Sie sprechen von **Investitionen in Fachkräfte**, und gleichzeitig schlagen Sie 28 ausbildungswilligen und qualifizierten Landwirtschaftsschülern in diesem Land die Tür vor der Nase zu.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Sie loben die Bedeutung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im **Handwerk**. Das ist auch ein klares Bekenntnis in Ihrem Bericht. Gleichzeitig planen Sie aber massive Kürzungen in diesem Bereich im kommenden Haushalt.

Was für eine verlogene Politik ist dies eigentlich? Herr Albig, Ihre Ankündigungen sind blumig. Die

Wirklichkeit Ihrer Politik kostet Wachstum und Arbeitsplätze.

(Beifall CDU und FDP)

Die Chefin der Regionaldirektion Nord hat heute die neuen **Arbeitsmarktzahlen** vorgestellt. Mit Blick auf Schleswig-Holstein sagte sie: Leider sehe ich aktuell keine konjunkturellen Impulse, die den Arbeitsmarkt beleben. Was für eine Ohrfeige für Ihre Politik hier in diesem Land!

(Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie geben die Richtlinien der Politik vor. Sie sollen die Landespolitik steuern und koordinieren. Sie sollen das Land strategisch entwickeln. Dazu müssen Sie endlich die ewigen Bedenkenträger und die Klientelpolitiker Ihrer Koalition in die Schranken weisen. Fangen Sie nach einem Jahr endlich an, nicht nur weiße Salbe zu verteilen, sondern aktive, konstruktive und gute Wachstumspolitik für Schleswig-Holstein zu machen. Das machen Sie nicht für uns, sondern Sie sollten es für die Menschen in diesem Land tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion erteile ich deren Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition fragt nach der **Wachstumsentwicklung** in Schleswig-Holstein in den letzten **25 Jahren**: Das ist ein guter Zeitraum, Bilanz zu ziehen und in die Zukunft zu sehen. Sie wollten wohl auch für unsere Veranstaltung heute Abend werben, bei der wir - und nun hören Sie zu - das Jubiläum feiern, vor 25 Jahren die erste sozialdemokratische Regierung in Schleswig-Holstein gestellt zu haben. Im Jahr 1988 hat Björn Engholm die erste sozialdemokratische Regierung geführt. Das war ein guter Tag für Schleswig-Holstein. Daran erinnern wir heute. Sie sind herzlich eingeladen.

(Beifall SPD und SSW)

Lassen Sie mich mit Erlaubnis des Präsidenten mit einem passenden Zitat beginnen. Zweifellos ist es besonders wichtig, die wirtschaftliche Dynamik zu fördern. Allein auf Wachstum - gemessen in Sozialprodukteinheiten - zu setzen, wäre jedoch zu wenig. **Ökonomischer Fortschritt** bedeutet heute einiges

(Dr. Ralf Stegner)

mehr: ökologische Erneuerung, Schaffung gesicherter und attraktiver Arbeitsplätze für alle, die sozialverträgliche Nutzung von Technologien und eine gerechtere Verteilung des Wohlstands. Nur ein umfassend definierter Begriff von wirtschaftlicher Entwicklung kann längerfristig konsensfähig sein. - Diesen Gedanken formulierte unser damaliger Ministerpräsident Björn Engholm vor mehr als 20 Jahren in seinem Buch „Vom öffentlichen Gebrauch der Vernunft“.

Damals wie heute beschreibt diese Anforderung an unsere Wirtschaftspolitik auch einen Unterschied zwischen den Parteien in diesem Land.

(Beifall SPD - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Nach fast 38 Jahren CDU-Regierungsverantwortung in diesem Land wurde es vor 25 Jahren - danach hatten Sie ja gefragt - Zeit für eine neue Regierung. Es wurde Zeit, aus dem agrarisch geprägten eher rückständigen Land im Norden ein modernes und soziales Schleswig-Holstein zu entwickeln. **Heide Simonis** hat damals John F. Kennedy zitiert und gesagt: Als wir die Regierung übernahmen, war das Überraschendste für uns, dass alles genauso schlimm war, wie wir es vorher immer gesagt haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Das war bei uns auch so!)

Zukunftsfest war Schleswig-Holstein damals jedenfalls nicht. Ob Kita-Ausbau, Wirtschafts- und Verkehrsinfrastruktur, die Situation der psychiatrischen Einrichtungen, Gleichstellung, Mitbestimmung, Umwelt- und Energiepolitik - manches war damals schlicht mittelalterlich.

Wir haben die Herausforderungen an das Land Schleswig-Holstein als **Sozialdemokraten** vielfach gemeinsam mit Grünen und SSW und manchmal sogar darüber hinaus in diesem Hause angepackt. Wir haben die Probleme beseitigt, Herr Kollege Kubicki, und nicht geschaffen, wie Sie hier behauptet haben.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Wählerinnen und Wähler haben diese Entwicklung und ihre Regierung für gut befunden. Schleswig-Holstein hat sich in den vergangenen 25 Jahren tatsächlich von einem strukturschwachen und etwas verschlafenen Agrarland zu einem modernen und innovationsfreudigen Land entwickelt. So gab es seitdem nur ein kurzes Intermezzo einer schwarzgelben Landesregierung. Und diese zweieinhalb

Regierungsjahre haben doch vor allem eines gezeigt: Eine solche Regierung passt nicht mehr zu dem modernen Schleswig-Holstein, das sie vorgefunden hatte. Abbau von Mitbestimmung oder Mitwirkungsrechten von Jugendlichen beziehungsweise Bürgerbeteiligung firmierte bei Ihnen unter Bürokratieabbau. Welch anderes Verständnis von **Bürokratieabbau** hat der Herr Ministerpräsident eben dargelegt, als er von seinem Besuch in den baltischen Staaten sprach.

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Bei Ihnen gab es den Vorrang von Lobbyinteressen gegenüber dem Allgemeinwohl. Das nannten Sie Fortschritt.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Umweltschutz, Denkmalschutz, Bildungsgerechtigkeit, alles Wachstumshemmer, die in Ihren Augen weg mussten. In Wirklichkeit musste die schwarzgelbe Regierungskoalition weg, und sie war nach zweieinhalb Jahren weg. Das ist der Unterschied.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Was hatten wir für eine ganz andere Vision in der Rede des Ministerpräsidenten, wohingegen Sie beide sich noch nicht einmal darauf einigen können, wer hier Oppositionsführer ist.

(Zurufe FDP)

Wir haben mit Interesse gesehen, dass Herr Kubicki nach dem Ministerpräsidenten geredet hat. Verehrter Herr Kollege Callsen, wenn ich Ihre Reden höre, dann erinnert mich das an meine Kindheit, als ich die Augsburger Puppenkiste und da den Seefant gehört habe, der immer so schrecklich traurig war. So traurig ist man, wenn man Ihre Reden hier anhören muss. Das muss ich wirklich sagen. Das ist alles mögliche, aber keine Alternative zu dem, was der Herr Ministerpräsident hier dargelegt hat, meine sehr verehren Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Das ist die falsche Rede, das ist die für Ihre heutige Abendveranstaltung! - Weitere Zurufe FDP)

Der vorliegende Bericht beschäftigt sich damit, wie es uns gelingen kann, wieder mehr Wachstum für Schleswig-Holstein zu schaffen. Dabei entwickeln wir das Wachstumsverständnis weiter, zu dem ich eben Björn Engholm und Heide Simonis zitiert habe.

(Dr. Ralf Stegner)

Ich danke der Finanzministerin Monika Heinold für ihren schriftlichen Bericht und dem Herrn Ministerpräsidenten für seine Rede, und ich unterstreiche gleichzeitig, dass es uns bei den **Wachstumsdiskussionen** eben nicht um reine **statistische Wirtschaftsdaten** gehen kann. Die können als Momentaufnahme leicht nebeneinandergelegt und verglichen werden.

(Zurufe CDU und FDP)

Meinethalben, Herr Kollege Kubicki, belegen Sie doch damit, dass es Schleswig-Holstein nur in den kümmerlichen zweieinhalb Jahren Ihrer Regierungsbeteiligung so richtig gut gegangen ist; glauben Sie das ruhig selbst! In Wirklichkeit merkt man Ihnen den Frust doch an. Sie glauben - so wie im Schleswig-Holstein-Lied: wahre treu, was schwer errungen, bis ein schöner Morgen tagt -, dass der schönere Morgen für Sie in Berlin kommen wird, weil Sie hier abgewählt worden sind. De facto waren die zweieinhalb Jahre aber offenbar keine Erfolgsgeschichte, sonst hätten Sie hier im Land bleiben können und wären auch wiedergewählt worden. Das ist erkennbar nicht geschehen, und dafür gibt es Gründe, auf die wir auch kommen, wenn wir über unser Wachstumsverständnis hier im Haus miteinander diskutieren.

(Zurufe FDP)

Meine Damen und Herren, uns geht es nämlich um ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach!)

Es ist doch in Wahrheit verantwortungslos, sich heute über ein Wirtschaftswachstum zu freuen und insgeheim zu hoffen, dass, wenn dieser kurzfristige Effekt endet, andere die Verantwortung tragen. Das nenne ich das schwarz-gelbe Prinzip.

(Zurufe CDU)

Wir wollen dagegen ein Wachstum, von dem unsere Gesellschaft wirklich etwas hat, ein **qualitatives Wachstum**, durch das das Leben der Menschen besser wird. Wir wollen, dass die Menschen auch nach Jahren davon noch profitieren. Wir wollen, dass sie, wenn das in 25 Jahren ebenfalls gefeiert werden wird, sagen werden: Gut, dass wir die rot-grün-blaue Regierung, Albig, Habeck, Spoorendonk, gehabt haben, die damals Regierungsverantwortung getragen hat. Gut, dass wir damals eine Regierung gehabt haben, die auf gute Arbeit, gerechte Bildung, konsequente Energiewende sowie die Finanzen und eine moderne Gesellschaftspolitik Schwerpunkte gesetzt hat, von denen wir noch lan-

ge gut haben. Das ist unser Verständnis von Wachstum, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Die Schwerpunkte, die der Ministerpräsident genannt hat, nämlich Bildung, Arbeit - Herr Kollege Callsen, wir meinen übrigens mit Arbeit immer gute Arbeit; was Sie gegen Korruptionsbekämpfung haben, weiß ich nicht, das habe ich nicht verstanden; wir jedenfalls sind gegen Korruption, das will ich deutlich sagen -,

(Beifall SPD - Zurufe FDP)

gute Arbeit, Mindestlöhne, Infrastruktur, Wirtschaft und Zukunftsmärkte, sind die richtigen Schwerpunkte. Die hat der Ministerpräsident hier dargelegt.

(Zurufe FDP)

- Dass Sie lärmern, verstehe ich gut, Sie haben inhaltlich nichts dazu beigetragen. Aber ein bisschen Geduld könnte mit dem Alter bei Ihnen ja auch einmal aufkommen, Herr Kollege Kubicki. Hören Sie einmal einen Moment zu, wir haben das bei Ihnen auch versucht, auch wenn Sie wenig Argumente hatten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer hat Sie eigentlich in das Kompetenzteam gewählt? So einen tollen Typen! - Weitere Zurufe FDP)

- Herr Kollege Kubicki, wir wollen ein Wachstum, das nicht nur und nicht primär dem Einzelnen dient, sondern dem **Gemeinwohl**. Wir wollen ein Wirtschaftswachstum, das unser „Wir“ in den Vordergrund rückt. Ich weiß, dass Sie gern darüber spotten. Sie fühlen sich wohl in der Egoistenperspektive, aber wir wollen ein anderes Schleswig-Holstein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben überhaupt keine Ahnung, wovon Sie reden!)

Sie spotten auch über den Dialog. Wir begrüßen den Bürgerkongress, den der Ministerpräsident hier angekündigt hat. Der Bildungsdialo, liebe Wara Wende, der war große Klasse, und das Ergebnis kann sich sehen lassen. Daran kann man sehen, was dabei herauskommt, wenn man mit den Menschen redet, statt über ihre Köpfe hinweg zu regieren.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich verstehe den Rededrang sehr gut, deshalb lasse ich sie gern zu.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich wollte gar nicht reden, Herr Kollege Dr. Stegner, sondern ich wollte eine Frage stellen. Die Frage lautet: Bei dem, was Sie gerade formulieren, bei diesen herausragenden Geschichten frage ich mich, warum Sie vor dem Landeshaus keine Fackelzüge der schleswig-holsteinischen Wirtschaft haben.

- Sehr verehrter Herr Kollege Kubicki, wir sind gar nicht so scharf auf die Fackelzüge, die es übrigens auch nicht gegeben hat, als Sie regiert haben. Aber das Urteil der Wähler war sehr eindeutig. Ich habe Ihren Wahlauftritt in der Zeitung „Schleswig-Holstein am Sonntag“ am Sonntag gelesen. Da haben Sie gesagt: Jetzt wählt endlich uns! - Das Ergebnis war ein Minus in Höhe von 5 % für die FDP. So ist das mit Ihren Ankündigungen und der Wirklichkeit.

(Christopher Vogt [FDP]: 4 %!)

- 4 %, Entschuldigung, Herr Kollege Vogt. Sie haben die Prozente fast halbiert, so wie auch bei der Landtagswahl, das stimmt. Das ist das Ergebnis gewesen. Fackelzüge brauchen wir nicht, uns ist mehr daran gelegen, dass das Urteil der Wählerinnen und Wähler über uns anders ist als offenkundig bei Ihnen.

(Zurufe FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein qualitatives Wachstum werden wir nur mit einer **gesicherten Einnahmebasis** bei gleichzeitigen **Investitionen** in die Zukunft unseres Landes erreichen. Es gilt deshalb, entsprechende Schwerpunkte zu setzen.

Der Bericht nennt deshalb die zentralen Zukunftsfelder für die schleswig-holsteinische Wirtschaft. Die **Energiewende** ist die zentrale Zukunfts- und Wertschöpfungschance für unser Land. Sie ist einmalig in der Nachkriegsgeschichte, indem wir den Wind zu unserem wichtigsten Rohstoff machen. Von der Energiewende wird Schleswig-Holstein profitieren wie kaum ein anderes Land. Sie schafft Arbeitsplätze vor Ort, macht aus dem Norden einen starken Wirtschaftsstandort und sichert zukünftigen

Generationen gleichzeitig eine bezahlbare, sichere und regenerative Energieversorgung.

Ich bin froh - Sie haben nach den 25 Jahren gefragt -, dass der heutige Energiewendeminister Robert Habeck anknüpfen kann an die Arbeit von Menschen wie unseren ersten Umweltminister Professor Dr. Berndt Heydemann oder Energieminister Günther Jansen. Um Ihnen auch da den Vergleich zu nennen, damit Sie verstehen, was ich vorhin meinte: Als wir damals sagten - Björn Engholm -: „Wir schaffen das, aus 0,05 % Anteil regenerativen Energien an der Stromerzeugung innerhalb von 25 Jahren 20 % zu machen“, haben Sie gesagt: „Da gehen die Lichter in Schleswig-Holstein aus!“ - Was ist passiert? - Sie waren Schwarzseher und Schwarzmalen, Sie haben in der Atompolitik einen Zickzackkurs abgeliefert. Wir haben geliefert und haben das mit der Energiewende gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir setzen das hier fort, wohingegen Frau Merkel, Herr Altmaier, Herr Rösler und Co. in Berlin weitgehend Murks abliefern. Das ist der Unterschied. Die wollen das mit der Energiewende nämlich gar nicht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wenn man will, dass das klappt, muss das Rot-Grün oder Rot-Grün-Blau in Schleswig-Holstein machen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein ist ein Urlaubsland. Für den **Tourismusbereich** gibt es mit Reinhard Meyer endlich wieder einen Minister, der von diesem Feld wirklich etwas versteht. Das ist ein großer Unterschied. Er ist auch in der Lage, ein entsprechendes Zukunftskonzept zu entwickeln. Wir stärken die Tourismusagentur - im Gegensatz zu Ihnen früher - und fördern mit dem Standortmarketing diese sehr wichtige Wirtschaftsbranche in Schleswig-Holstein. Wir lösen auch anders als Sie Konflikte wie die Bäderregelung im Einvernehmen. Nicht einmal das haben Sie hinkommen. Gar nichts haben Sie hinkommen. Wir ändern das. Es ist wichtig für Schleswig-Holstein, dass es dem Tourismus gut geht. Daran arbeiten wir.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zurufe FDP)

Eine effiziente **Infrastrukturpolitik** ist auch eine effektive Wirtschaftspolitik. **Mobilität** wurde und wird neu gestaltet. Das fing damals an - damit mussten wir auch beginnen, denn bis dahin war da nichts da - mit der Elektrifizierung der Bahnstrecken und ging bis zur Verkehrswende der Lan-

(Dr. Ralf Stegner)

desregierung: verstärkte Förderung des ÖPNV, Konzentration auf wichtige und Infrastrukturmaßnahmen mit realistischen Perspektiven. Es gibt endlich Fortschritte beim Nord-Ostsee-Kanal. Er ist die Lebensader unseres Landes. Wir mussten lange genug drängen. Ihre lange Liste von Bauvorhaben brachte wenig konkrete Fortschritte. Bei uns ist das anders, sogar bei der A 20.

Ich will es einfach noch einmal sagen, weil Herr Arp unübertroffen ist, wirklich unübertroffen

(Vereinzelter Beifall CDU)

in seiner Feststellung - ich zitiere sie noch einmal, weil das den Unterschied beschreibt -: Sieben Jahre Wirtschaftsminister der CDU in Schleswig-Holstein - Straßenverhältnisse wie in der DDR. Das war das Urteil von Herrn Arp. Das war ein bisschen hart, aber es beschreibt jedenfalls die Verantwortung richtig. Insofern müssen Sie uns da beim **Strassenbau** gar nicht attackieren. Wir bringen das in Ordnung, was Sie nicht ordentlich gemacht haben. Das ist der Unterschied. Deswegen ist es schön, dass Sie mir die Gelegenheit geben, darauf noch einmal hinzuweisen.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Sind wir hier im Kasperletheater! - Wolfgang Kubicki [FDP]: SPD-Ortsverein Bordesholm! - Weitere Zurufe)

- Also, wenn ich den Kollegen Arp zitiere und Sie sagen, dass ich damit im Kasperletheater bin, mag das darauf anspielen, dass ich einmal gesagt habe, jemand sei hier der Kasper im Parlament. Deshalb bin ich einmal gerügt worden. Das würde ich nie wieder tun, Herr Präsident. Aber wenn Sie das selbst so qualifizieren - was soll ich da machen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der **Gesundheitsbereich** wird für unser Land zunehmend wichtiger werden. Das ist neben der Energiewende und dem Tourismus das dritte Feld, in dem wir in der ersten Liga mitspielen können und müssen. Das ist wichtig für die Lebensqualität in Schleswig-Holstein und gute Voraussetzung für die Basis unseres Erfolges.

Das beginnt übrigens beim Universitätsklinikum, an dem Sie immer wieder „rumgemurkst“ und bei dem Sie über die Privatisierung diskutiert haben. Das Klinikum ist unser wichtigster Anbieter für Hochleistungsmedizin.

(Zurufe FDP)

Und wir lassen auch nicht locker, wenn es beispielsweise um einen **bundeseinheitlichen Basis-**

fallwert geht. Frau Kollegin Klahn, ich muss da schon lachen, wenn ich Ihre Aufforderung an uns lese. Dass ausgerechnet Sie uns zu so etwas auffordern! Wir hatten das schon einmal angestrengt, gescheitert ist das an einem FDP-Minister, dem bayerischen Votum. Das ist das, was die Dinge verändert hat. Wir stellen das her, was wir schon immer wollten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das schauen wir uns an! - Weitere Zurufe FDP)

Wenn wir über die Entwicklung eines qualitativen Wachstums sprechen, bedeutet das auch, zukunftsgerichtete **Kinderbetreuungs- und Bildungspolitik** zu machen. Das fängt an mit unserem ehemaligen Sozialminister Günter Jansen, der Ende der 80er-Jahre mit dem Ausbau der Kitas begonnen hat. Dazu möchte ich Ihnen eine Zahl nennen. 1988: 700.000 DM für Kinderbetreuung im Landeshaushalt; heute sind es 131 Millionen €, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik.

(Beifall SPD und Abgeordneter Lars Harms [SSW] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Und wie viel haben Sie davon bereitgestellt und nicht der Bund?)

Das reicht von damals bis zu dem neuen Schulgesetz heute, das unsere Bildungsministerin gestern vorgestellt hat. Was für ein Unterschied zu dem Bildungsminister Dr. Klug, der nur so hieß, aber in der Bildungspolitik unseres Landes das Gegenteil betrieben hat.

Wir haben den Ausbau vorangetrieben, und diese Regierungskoalition hat dem Krippenausbau eine neue Dynamik gegeben. Wir haben uns mit den Kommunen geeinigt. Sie sind vor den Kadi gezogen worden, wir haben das miteinander gelöst. Die Sozialministerin Kristin Alheit hat das ausgehandelt. In diesem Feld wachsen bis zu 80 Millionen € auf. Das ist eine gute Leistung für die Menschen in diesem Land. Sie haben da versagt. Wir haben das geändert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Viele weitere Aspekte kann ich nennen: das längere gemeinsame Lernen, die Verbesserung der Relation von Schüler-Lehrer-Zahlen, der Ausbau von Schulsozialarbeit - das haben wir fast verdoppelt -, notwendige Fortbildungsoffensiven, ein Recht auf lebenslanges Lernen, aber auch unsere Hochschulpolitik und die Abschaffung des Kooperationsverbots, die Ausbildung von Fachkräften und, und, und. Sie

(Dr. Ralf Stegner)

haben das nie begriffen, weil Sie unter **sozialer Marktwirtschaft** immer noch Selektion im Bildungssystem und Subventionierung von Dumpinglöhnen verstehen. Das unterscheidet Sie von uns. Wir wollen, dass jedes Kind in diesem Land gefördert wird. Das ist die Zukunft. Das ist die wichtigste Wachstumsperspektive.

Sie kommen immer mit dem **Haushalt**. Deshalb will ich Ihnen Folgendes sagen: Wer in Bildung investiert - kapiert Sie das endlich einmal -, wird Reparaturkosten haben, die abnehmen. Das ist ein Teil, der für die Haushaltskonsolidierung gut ist. Das ist gerechter. Die Zukunft liegt in den Köpfen unserer Kinder. Dafür sollten wir etwas tun. Das ist der Unterschied zwischen unserer Regierungskoalition und der Politik, die Sie für richtig halten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie bauen nur neue Schuldenberge!)

Schließlich will ich auch eine **moderne Gesellschaftspolitik**, die Voraussetzung für ein qualitatives Wachstum ist. Wir haben mit der **Gleichstellung** angefangen. Wir hatten das erste Frauenministerium. Wir haben Gleichstellung peu à peu umgesetzt. Das war die Voraussetzung für die heutigen Erfolge. Es ist notwendig, Frauen nicht länger zu benachteiligen. Was ist bei Ihnen? - „Flexiquatsch“ und immer noch Widerstand gegen gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch das unterscheidet uns ganz deutlich. Wir glauben, wir brauchen eine moderne Gleichstellungspolitik, weil das notwendig ist, damit wir in diesem Land vorankommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wachstum gibt es nämlich nur, wenn Frauen und Männer in diesem Land die gleichen Chancen haben.

Über Integrationspolitik - der Ministerpräsident hat es angesprochen - brauchen wir uns von Ihnen ebenfalls nichts sagen zu lassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nennen Sie ein konkretes Beispiel!)

Im Gegenteil, die ersten Integrationskonzepte in diesem Land haben Sozialdemokraten entwickelt. An der Stelle machen wir auch weiter.

(Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben es gemacht!)

- Was der Brüderle immer sagt, stimmt: Wir sind's gewesen. - Sie reden immer nur, aber handeln tun wir.

(Christopher Vogt [FDP]: Ein weiteres Talent aus Rheinland-Pfalz! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber noch nicht in Berlin angekommen!)

- Herr Kollege Vogt, ich hatte gehofft, wenn der Kollege Kubicki weg ist, bekommen Sie Ihre große Chance. So scheint das nichts zu werden. Die Qualität Ihrer Zwischenrufe heute jedenfalls hat Sie dafür nicht qualifiziert.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich orientiere mich am Niveau Ihrer Rede, Herr Stegner! - Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben, wenn Sie die Reden verglichen haben, festgestellt: Der Ministerpräsident hat klare Bereiche benannt, in denen wir investieren wollen, hat konkret gesagt, was wir machen wollen. Wir haben Reden von Oppositionsführern und Möchte-gerne-Oppositionsführern gehört, die ein bisschen so getan haben, als hätten sie uns alles gut hinterlassen

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

und wir müssten nur fortfahren. Dabei habe ich Ihnen sehr deutlich aufgeführt, wo wir uns von Ihnen unterscheiden, was wir anders gemacht haben und was wir anders tun.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Möchte-gerne-Ministerpräsident! - Unruhe)

- Herr Präsident, ich weiß gar nicht, warum die Kollegen so lärmen. Es muss wohl daran liegen, dass sie in der Sache nicht so gut sind. Einen anderen Grund kann es eigentlich nicht geben. Aber ich bin geduldig; ich kann Ihr Lärmen gut ertragen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben die Wähler Sie eigentlich gewählt?)

Ich hätte mir gewünscht - da sind wir hier leider gestraft -, dass wir eine Opposition hätten, die vernünftige Alternativen darlegen könnte,

(Zurufe CDU: Oh!)

mit der man sich auf einem ansprechenden intellektuellen Niveau auseinandersetzen könnte. Das hätte ich mir in der Tat gewünscht. Da gibt es bei Ihnen wirklich gähnende Leere.

Der Ministerpräsident stellt die Richtlinien der Politik dar. Sie stellen die „Nichtlinien“ der Opposition dar. Das ist der Unterschied zwischen uns und

(Dr. Ralf Stegner)

Ihnen. Das hat man heute sehr deutlich gemerkt bei dem, was er vorgetragen hat.

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Es macht wirklich einen Unterschied, wer dieses Land regiert.

(Beifall FDP)

Ein altes chinesisches Sprichwort sagt:

„Wachsen die Bohnen auch bis ans Dach, sie bleiben doch stets ein Gemüse.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ein kluger Satz! - Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt!)

So ist das auch mit den Zahlen. Mögen Sie heute also wieder Ihre Zahlenhuberei betreiben, wir werden die Wachstumslücke erst dann schließen können, wenn wir ein **qualitatives Wachstum** sichern, von dem auch unsere Kinder und Enkelkinder profitieren,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schulden! - Christopher Vogt [FDP]: Schulden!)

wenn wir uns auf die Stärken unseres Landes besinnen und eine effektive und nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik mit der klaren Priorität für die allerbeste Bildung und eine moderne Gesellschaftspolitik verbinden. Robert Jungk hat gesagt:

„Die Welt kann verändert werden, Zukunft ist kein Schicksal.“

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was sagt Ralf Stegner?)

So sehen wir das auch. Diese Koalition ist bereit, die Zukunft unseres schönen Landes zu gestalten. Machen Sie mit! Dann sind Sie auf der richtigen Seite. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Schenefeld und der Emil-Possehl-Berufsschule Lübeck. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich erteile der Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Frau Abgeordneten Eka von Kalben, das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher! Zunächst einmal herzlichen Dank an Ministerin Heinold und ihr Team für den anschaulichen Bericht. Meine Damen und Herren, als Kollege Tietze hier eben das Buch „**Die Grenzen des Wachstums**“ ansprach, ging sofort ein Raunen durch den Raum. Ich ging davon aus, dass die Debatte, die vor 40 Jahren vom Club of Rome angestoßen wurde, mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei. Ich bin doch ein wenig erstaunt. An Ihren Reaktionen, Herr Kubicki, erkenne ich, dass das leider doch noch nicht so ist.

Die Kritik am Wachstumsgedanken und die logische Feststellung, dass wir in einem endlichen Lebensraum nicht unendlich wachsen können, ist ein Grundpfeiler der neu gegründeten grünen Partei vor 30 Jahren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ökonomisch geht das!)

Heute ist die Idee der **Nachhaltigkeit** in fast allen Parteien angekommen, wenn auch mit unterschiedlichen Prioritätensetzungen. Herr Kubicki, Sie rufen: „Hurra, wir leben noch!“ Da muss ich sagen: Das gilt für viele biologische Arten nicht mehr. Das sind nicht nur irgendwelche aus Ihrer Sicht vermeintlich weniger wichtigen Wattwürmer, sondern es sind auch Fische, die die Fischereindustrie ganz massiv betreffen. Insofern ist Nachhaltigkeit nicht irgendein weicher Faktor, den man nachrangig betrachten kann, sondern ein ganz entscheidender **Wirtschaftsfaktor**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD] - Christopher Vogt [FDP]: Darum geht es doch gar nicht!)

Die Begriffe Wachstum, Stagnation oder Schrumpfen einer Volkswirtschaft beschreiben die gesellschaftliche Realität im Übrigen auch nicht ausreichend.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Wachstum ist zunächst einmal kein Ziel an sich, sondern ein Weg. Die Frage ist: Wohin führt der Weg?

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Nach unserer Überzeugung muss es das Ziel der Politik sein, die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundlagen nicht zu verschlechtern, sondern zu verbessern. **Wachstum** wurde bislang ausschließlich in **Bruttoinland-**

(Eka von Kalben)

sprodukte - dem BIP - gemessen. Die Grünen haben schon vor einigen Jahren mit dem **Green New Deal** und dem **Grünen BIP** dargelegt, welche anderen Kriterien man für das gesellschaftliche Wohlergehen anlegen sollte und wie dieses intelligente Wachstum funktionieren könnte.

Der Antrag der FDP, die Landesregierung solle ihre Position zur Wachstumslücke darlegen, kommt zu einem guten Zeitpunkt. Jüngst hat die von SPD und Grünen angeschobene **Enquetekommission** des Bundestages „**Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität**“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Gemeinsam konnten sich alle im Bundestag vertretenen Parteien darauf verständigen, dass das BIP die sozialen, ökologischen Dimensionen nur unzureichend berücksichtigt und wir daher eine **neue Wohlstandsmessung** brauchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birgit Herdejürgen [SPD])

Gemeinsam war erfreulicherweise ebenso die Erkenntnis, dass eine absolute **Reduktion des Rohstoffverbrauchs** nötig ist. Es reicht also nicht, dass wir effizientere Autos bauen und dann mehr davon auf unseren Straßen herumfahren, sondern wir müssen absolut am Ressourcenverbrauch sparen. Im Kern geht es darum, dass wir Wertschöpfung mit möglichst geringem Ressourcenverbrauch schaffen müssen. Die Formel heißt: aus weniger mehr machen. Auch das Produzieren und Konsumieren in vernetzten Stoffkreisläufen müssen wir uns von der Natur abschauen. Die Natur kennt keinen Abfall. Die Küstenkoalition hat sich darum zum Ziel gesetzt, die Strategie eines intelligenten Wachstums zu verfolgen.

Im Bericht von Ministerin Heinold wurden die großen **Wachstumspotenziale** für Schleswig-Holstein bereits aufgeführt. Zuerst muss unser Land wieder zum **Windland Nummer eins** werden, wie es das schon einmal zu Zeiten der letzten rot-grünen Koalition war.

Dafür stellt Energie- und Windminister Robert Habeck derzeit die Weichen. Ja, es kommt viel dabei heraus. Schon heute sind 14.000 Menschen in Schleswig-Holstein im Bereich der **erneuerbaren Energien** tätig. Hier kann man nicht sagen: Viel Wind um nichts. Herr Kubicki, das sind wertvolle, vernünftige und gut bezahlte **Arbeitsplätze**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Allein die Windenergie könnte in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren eine Wertschöp-

fung von mehr als 4 Milliarden € generieren, so jüngste Berechnungen der Arbeitsgruppe um Professor Hohmeyer in Flensburg. Dies bezieht sich allein auf den Onshore-Bereich. Das ist Wachstumspotenzial made in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann brauchen wir auch die Leitungen dazu!)

- Ja, wir brauchen auch die Leitungen dazu. Daher betreiben wir den Netzausbau intensiv.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Deshalb demonstrieren Sie auch überall!)

Unser wichtigstes Kapital und damit ein Wachstumsmarkt ist die Schönheit unseres Landes. Sie hat einen direkten Einfluss auf die **Tourismuswirtschaft**. Dort werden jährlich 7,7 Milliarden € erwirtschaftet, und es gibt in diesem Bereich 169.000 Beschäftigte. Diese Zahlen sind wahrlich Hausnummern für unser strukturschwaches Land. 263 Millionen € gingen im Jahr 2010 durch Steuereinnahmen aus dem Tourismussektor in den Landeshaushalt ein. Darüber hinaus profitierten davon auch die Kommunen.

Schleswig-Holstein hat aber als Reiseziel ein noch größeres Potenzial. Um dieses auszuschöpfen und um für mehr Wachstum in diesem Bereich zu sorgen, brauchen wir eine **zukunftsorientierte Tourismuspolitik**. Wir brauchen einen nachhaltigen Tourismus, denn was nützt es, wenn wir weitere Bettenburgen bauen und die Natur zuknallen, deretwegen die Menschen eigentlich zu uns kommen wollen? - Diese Art von Wachstum meinen wir nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz eng verknüpft mit dem Tourismus ist auch die **Gesundheitsindustrie**, wenn ich diese einmal so nennen darf. Menschen kommen zur Erholung, zur Gesundung oder mit dem Ziel, an unseren Küsten einen ruhigen Lebensabend zu verbringen. Um diesen Menschen gerecht zu werden, brauchen wir engagierte und gut ausgebildete Fachkräfte.

Damit komme ich neben diesen großen Entwicklungschancen auch zu einer der größten Herausforderungen, vor der wir stehen, nämlich dem **demografischen Wandel** und dem damit einhergehenden **Fachkräftemangel**. Damit es in unserem Land mehr gut ausgebildete Menschen gibt, müssen wir in **Bildung** investieren. Auch das ist Wirtschaftsförderung, auch wenn diese Art der Förderung nicht in

(Eka von Kalben)

die von Ihnen zitierte Investitionsquote einfließt. Für uns ist auch dies Investition in Wirtschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen eine individuelle Förderung unserer Kinder schon in den Kitas. Deshalb hat diese Landesregierung 80 Millionen € in die Hand genommen, um sie in den Ausbau der Kitas zu stecken. Wenn Sie in diesem Zusammenhang von Wahlgeschenken sprechen, dann frage ich mich: Was für eine Vorstellung von Haushaltspolitik haben Sie? - Für uns ist das kluge Wirtschaftspolitik, denn sie sorgt dafür, dass Kinder jetzt schon gut ausgebildet werden. Zum anderen wird in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie investiert. Insofern ist das die klügste und die effektivste Wirtschaftspolitik, die man machen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete von Kalben, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr geehrte Frau Kollegin, könnten Sie mir sagen, wie hoch der Anteil der Bundesmittel an den von Ihnen eben erwähnten 80 Millionen € für den Kita-Ausbau ist?

- Ja, ich kann Ihnen sagen, dass in den von mir erwähnten 80 Millionen € an Landesmitteln, die wir in den Kita-Ausbau stecken, 0 % Bundesmittel enthalten sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es fließen zusätzlich Bundesmittel, aber das sind die Landesmittel, die wir in den nächsten Jahren dafür zur Verfügung stellen.

Präsident Klaus Schlie:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg? - Bitte.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Nur damit ich das richtig verstehe und nie etwas Falsches behaupte: Sprechen wir von 80 Millionen € im Haushalt 2013? - Oder sprechen wir von 80 Millionen € auf unbestimmte Zeit?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, Sie sprechen nicht über 80 Millionen € auf unbestimmte Zeit, sondern Sie sprechen von 80 Millionen € bis 2017. 15 Millionen € davon sind in diesem Haushalt enthalten. Die Mittel sind auf 80 Millionen € aufwachsend. - Das weiß ich alles auswendig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Ich dachte, mein Blick hätte Ja gesagt.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Das Strahlen Ihrer Augen spricht für sich; auch die Tatsache, dass Sie all dies auswendig wissen. - Können Sie mir sagen, wie hoch der Anteil der Landesmittel in den Haushalten 2011 und 2012 veranschlagt war?

- Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass diese 80 Millionen € zusätzliche Mittel sind und dass die Mittel, die in den Jahren 2011 und 2012 im Haushalt vorgesehen waren, weiter im Haushalt stehen. Ich kann Ihnen aber nicht auswendig sagen, wie hoch die Summe war, die dort stand.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Das tut mir leid, dafür müsste ich jetzt doch den Haushaltsplan vor Augen haben.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, es gibt den Wunsch des Herrn Abgeordneten Koch nach einer Zwischenfrage.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Frau von Kalben. - Nachdem wir jetzt geklärt haben, von welchen 80 Millionen € Sie sprechen, sagten Sie, diese 80 Millionen € seien für den Ausbau der Kita-Betreuung. Ich würde gern wissen: Wie viele zusätzliche Kita-Plätze entstehen durch diese 80 Millionen €? - Oder ist es nicht in der Tat so, dass mit dieser

(Eka von Kalben)

Summe lediglich die Betriebskosten der vorhandenen Kita-Plätze finanziert werden?

- Nein, es ist nicht so, dass nur die vorhandenen Kosten damit bezahlt werden. Es gibt tatsächlich Unterstützung für die Betriebskosten vor Ort. Das ist auch besonders wichtig, weil vor Ort der Ausbau, also der Bau von Häusern, weniger im Vordergrund steht. Für die Kommunen ist es besonders schwer, das Personal zu bezahlen. Insofern gibt es Mittel für die Betriebskosten, was wir besonders begrüßen. Es ist aber nicht so, dass nur vorhandene Kitas unterstützt werden, sondern es werden **neue Plätze** geschaffen. Wie viele das sind, kann ich Ihnen leider nicht sagen, da wir den Kommunen das Geld gegeben haben, weil diese vor Ort genau wissen, an welcher Stelle das Geld richtig einzusetzen ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, es gibt den Wunsch nach einer weiteren Zwischenbemerkung.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Simone Lange [SPD]: Frau Abgeordnete, würden Sie mir recht geben, dass Sie zwar jetzt von Betriebskostenzuschüssen gesprochen haben, dass die Landesregierung aber in diesem Jahr doppelt so hohe Mittel für **Investitionskostenzuschüsse** zur Verfügung stellt, die tatsächlich den Ausbau der Kitas ankurbeln?

- Vielen Dank. Ich glaube, dass Herr Koch mit seiner Frage darauf anspielen wollte, dass es zusätzlich noch die **Investitionsmittel** gibt.

Ich wollte jetzt aber versuchen, zurück zu meiner Rede zu kommen. Trotzdem danke ich Ihnen, dass ich ein bisschen länger darauf eingehen konnte, was wir hier für die Kinderbetreuung tun. Das ist Wirtschaftspolitik, weil das tatsächlich an zwei Punkten ansetzt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es gibt Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder gut betreuen zu lassen. Gleichzeitig wird damit begonnen, die **Bildung** in einem frühen Stadium zu stärken, denn - und hier komme ich zu meinem nächsten Punkt -: Wir müssen mehr junge Menschen zu ei-

nem guten Schulabschluss führen. Wir wollen weniger Schulabbrecher und Schulabbrecherinnen. Wir sind davon überzeugt, dass wir das unter anderem durch längeres gemeinsames Lernen gut hinbekommen.

Wir brauchen auch für ältere Menschen eine intelligente **Weiterbildung**, denn eines ist klar: Wenn wir unsere Lebensqualität halten wollen, dann wird in Zukunft die gleiche Wertschöpfung wie heute von wesentlich weniger Beschäftigten zu erbringen sein. Dafür brauchen wir zum einen gute Ideen, Innovationen und Technik, aber wir brauchen auch gut ausgebildete Menschen.

Natürlich brauchen wir weiter **Zuwanderung**. Nach einer jüngst veröffentlichten Studie der Hans-Böckler-Stiftung sind heute zuwandernde Menschen nicht schlechter qualifiziert als der Durchschnittsbürger oder die Durchschnittsbürgerin in Deutschland. Das mag an unserer Bildung liegen, aber es ist in jedem Fall so, dass es hier ein hohes Potenzial für uns gibt. Auch junge Flüchtlinge, die zu uns kommen, kommen mit einem unglaublich großen Potenzial. Das zeigt zum Beispiel das **Projekt**, das von der **Handwerkskammer in Lübeck** gefördert wird, bei dem junge Menschen, die hierher kommen, ausgebildet werden. Diese junge Menschen werden anschließend mit Kussband von den Unternehmen eingestellt, weil sie unglaublich lernbegierig und motiviert sind. Deshalb müssen wir in diesem Bereich **bürokratische Hemmnisse** abbauen und uns für eine neue **Willkommenskultur** einsetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Abgeordneter Dr. Ralf Stegner [SPD])

Meine Damen und Herren, ein Wort noch zur **Infrastruktur**. Wir haben es immer wieder erwähnt: Wir setzen auf **Erhalt vor Neubau**. Das ist nichts Neues. Es ist auch nicht überraschend, dass Frau von Kalben in der Presse gesagt hat: Wir wollen Erhalt vor Neubau. Überraschend ist es nicht, wenn wir sagen, wir wollen Löcher auf den Straßen und Radwegen stopfen. Ich weiß nicht, wie häufig Sie das schon gemacht haben, aber wenn Sie auf einem kaputten Radweg fahren, dann können Sie sich vorstellen, was passiert, wenn man in ein großes Schlagloch fährt. Insofern ist für uns Erhalt vor Neubau das, was wir für wichtig halten. Neue Autobahnen, die nicht finanzierbar sind und die wir nachher nicht erhalten können, die brauchen wir nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete von Kalben, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt? - Bitte.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich habe keine Zwischenbemerkung, sondern eine Frage. Sie werfen die **Landesstraßen-** und den **Autobahneubau** immer in einen Topf. Sie sagen, Sie haben eine neue Vorgabe, Sie wollen Erhalt vor Neubau. Können Sie mir dann sagen, welche großen Landesstraßenneubauprojekte, die die vorherigen Landesregierungen geplant hatten, Sie jetzt gestoppt haben?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Erhalt vor Neubau ist keine neue Vorgabe, sondern wir haben schon immer gesagt, dass wir den Erhalt vor Neubau wollen. Das gilt sowohl für Landesstraßen als auch für Bundesstraßen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das geht doch gar nicht! Der Bund ist doch gar nicht zuständig!)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete von Kalben hat jetzt das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das war meine Antwort.

Präsident Klaus Schlie:

Dann gibt es eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Vogt. - Bitte.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich wollte die Frage beantwortet bekommen! - Weitere Zurufe)

- Ich möchte jetzt zunächst Herrn Abgeordneten Vogt das Wort für seine Frage geben und anschließend der Abgeordneten Frau von Kalben für ihre Antwort. - Vielleicht können wir uns alle darauf verständigen, das wäre sehr gut.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Präsident. Ich denke, wir sind uns beide sehr bewusst, Frau von Kalben, dass wir bei den Autobahnen und bei den Landesstraßen in Schleswig-Holstein über sehr unterschiedliche Töpfe reden. Ich möchte noch einmal zu meiner Frage zurückkommen. Sie sprechen immer davon, den Erhalt vor Neubau zu fördern. Welche großen Landesstraßenneubau-

projekte haben Sie denn konkret gestoppt? Wo ist der Unterschied zur alten Landesregierung?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir haben keine großen Landesstraßenprojekte gebaut, sondern ich beschreibe unsere Politik, die wir machen: Wir setzen auf Erhalt vor Neubau. Das gilt sowohl für die Landesstraßen als auch für die Anmeldung bei den Bundesstraßen. Das ist unsere grüne Politik. Daran hat sich nichts geändert. Was Sie vorher in Ihren Regierungen gemacht haben, können Sie mit denen austauschen, die hier vor Jahren im Landtag gesessen haben. Ich mache Reden und Politik dazu, was wir in den nächsten Jahren machen werden. Ich war vorher nicht hier und hasse daher ehrlich gesagt diese rückwärts gewandten Debatten.

(Christopher Vogt [FDP]: Ach so!)

- Schade, dass Sie nicht stehengeblieben sind. Ich habe gelernt, Herr Vogt, dass man stehenbleiben muss, bis die Antwort gegeben ist, und Sie sind schon viel länger hier.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Wenn man auf die Frage antwortet, kann man auch stehenbleiben! - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Präsident Klaus Schlie:

Frau von Kalben, ich schlage vor, dass Sie mit Ihrem Wortbeitrag fortfahren. Weiteren Fragebedarf habe ich auch nicht gesehen.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem weiteren Infrastrukturthema. Was dieses Land wirklich dringend braucht - und ich bin dafür dem Herrn Ministerpräsident auch wirklich dankbar, dass er das so ausführlich geschildert hat -, ist der **Breitbandausbau im ländlichen Raum**. Ich komme da doch noch einmal auf die Vergangenheit zu sprechen. Denn aus meiner Sicht hat die Vorgängerregierung das unterschätzt.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich denke, Sie wollten nicht mehr über die Vergangenheit reden!)

- Ich bin ja auch nicht Herr Stegner. In der Wirtschaft geht heute ohne Internet gar nichts, in meiner Familie auch nicht.

(Eka von Kalben)

Die Landesregierung wird daher mehrere Millionen Euro investieren. Und die, meine Damen und Herren, sind besser investiert als in die Fehmarnbelt-Querung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Schleswig-Holstein braucht Infrastruktur, ja, und zwar in Form von Datenautobahnen.

Meine Damen und Herren, die Küstenkoalition wird den Spagat hinbekommen zwischen **Haushaltsdisziplin** einerseits und **nachhaltiger Wirtschaft** andererseits. Das schafft intelligentes Wachstum, und wir werden mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der neue Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt.

(Beifall PIRATEN)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Danke schön, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich mir die Debatte anhöre, was alle Parteien in der Vergangenheit falsch gemacht haben und in der Gegenwart falsch machen und in der Zukunft falsch machen werden, so bleibt nur eine Lösung: Die absolute Mehrheit für die PIRATEN.

(Heiterkeit - Beifall PIRATEN - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Die PIRATEN haben bisher auch noch nichts falsch gemacht!)

- Ja, genau.

Entgegen meiner bisherigen Vorredner aus den Reihen der Regierung und der Koalition kann ich diese positive Grundhaltung nicht teilen. Ich muss mich doch stark wundern, welchen **Bericht** diese gelesen haben. Vielleicht wurde uns auch ein anderer Bericht übermittelt als der, zu dem Herr Albig seine Rede gehalten hat. Ich denke, Sie sollten das mit dem schriftlichen Bericht sein lassen, Ihre Redenschreiber sind besser.

(Johannes Callsen [CDU]: Unkonkreter!)

Weder die Fragen nach dem Wie noch des Wann wurde beantwortet. - Wäre dies ein Schulaufsatz, so müsste man schreiben: Note sechs, Thema verfehlt.

Es fällt mir schwer, überhaupt die vorgegebene Redezeit zu füllen, wenn ich diesen Bericht vor Augen habe.

Beginnen wir erst einmal mit dem, was war und was ist. Die **Ausgangsanalyse** ist doch sehr detailliert beschrieben, auch wenn bei der Berechnung der realen Wachstumsraten anscheinend differenzierte Preisniveaus für die einzelnen Regionen zugrunde gelegt wurden. Die Wachstumslücke ist nun einmal nominal als auch real vorhanden. Sie ist auch nicht gering, wenn die westlichen Bundesländer über die letzten 20 Jahre hinweg durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte reell schneller wuchsen.

Wissen Sie jedoch, was in Ihrem Bericht über die Ausgangsanalyse fehlt? - Das Wo. Wo stehen wir? Auf welchem Niveau starten wir unsere Analyse? Liegt das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr **1987** in Schleswig-Holstein über oder unter dem Bundesdurchschnitt? Welche gravierende Auswirkung der absoluten Höhe des realen BIP pro Kopf auf das zukünftige Wachstum zeigt sich gerade im Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern? Die neuen Bundesländer allein haben die Wachstumsraten von Deutschland in den Jahren von 1992 bis 2012 im Durchschnitt um 0,23 Prozentpunkte gegenüber dem westdeutschen Schnitt gehoben.

Ob Sie ein Anhänger der exogenen oder endogenen Wachstumsstrategie sind, bleibt Ihnen überlassen. Jedoch ist in beiden Fällen das **Ausgangsniveau** entscheidend für den Verlauf des späteren Wachstums. Das fehlt in Ihrem Bericht schlichtweg. Hätte es keinen Einfluss, müssten wir auf EU-Ebene auch nicht über Konvergenzkriterien diskutieren.

Der Schlüssel zum nachhaltigen Wachstum sind Investitionen in **Bildung** und in die **Infrastruktur des Landes**.

Wie Sie es schon richtig sagen, um eine Lücke zu identifizieren, bedarf es eines **Referenzwertes**, an dem eine bestimmte Entwicklung gemessen wird. Aber, auch um eine Lücke zu schließen, bedarf es eines Referenzwertes. Dann sagen Sie uns doch einmal, wo Sie die Haushaltskonsolidierung besser vorantreiben als andere Bundesländer, wie zum Beispiel Niedersachsen, das auch die Grunderwerbsteuer erhöhen möchte. Wie gewährleisten Sie einen schnelleren Ausbau an Ü3-Betreuungsplätzen als Bayern? Die Bundesmittel stehen allen Bundesländern zur Verfügung. Wie stellen Sie sicher, dass es nicht passiert, dass Eltern für Kinder über drei Jahren keinen Betreuungsplatz erhalten, weil dafür kein Rechtsanspruch besteht? Langfristig führt ein

(Torge Schmidt)

flächendeckender Ausbau von Betreuungsplätzen für alle Kinder bis zum Grundschulalter zu einer Steigerung der Erwerbstätigenquote.

(Beifall PIRATEN)

Es ist mir neu, dass Sie gerade die bauliche Substanz der Hochschulen über das Projekt PROFI fordern. Insgesamt stehen von den veranschlagten 50 Millionen € maximal 2,6 Millionen € für die Mensa und weitere 2 Millionen € für die Liegenschaften der CAU bereit. 750.000 € entfallen auf die Fachhochschule Kiel. Das sind weniger als 11 % des gesamten Projektes.

(Zuruf PIRATEN: Unerhört!)

Unter der Definition von „wesentlich“ besaß die Kommunalwahl eine grandiose Wahlbeteiligung. Sie wollen die Investitionen in Bildung verstärken. Anstatt jedoch die **Attraktivität gegenüber der Privatwirtschaft** zu erhöhen, vergnügen Sie sich damit, bei Fachlehrermangel die Qualifikationsvoraussetzungen zu senken. Wie das mit der von Ihnen vor Kurzem erwähnten Exzellenzinitiative einhergehen soll, müssen Sie uns noch einmal erklären.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Vielleicht wollen Sie die klügsten Köpfe an Schleswig-Holsteins Hochschulen haben, schleswig-holsteinische werden es so allerdings nicht sein.

Die Landesregierung macht sich stark für den Ausbau des **Nord-Ostsee-Kanals**. Haben nicht gerade die aktuellen Probleme im Nord-Ostsee-Kanal zutage gefördert, dass Sie keine gestalterischen Möglichkeiten besitzen, wenn der Bund Ihnen keine Finanzierung bereitstellt? Es ist vermessen, den NOK als Ihr Projekt für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein auszuweisen.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Auch im Bereich der **Straßeninfrastruktur** zeigt sich der geringere gestalterische Spielraum der Landesregierung. Ohne eine Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan fehlen auch hier die Mittel. Die PIRATEN sprechen sich weiterhin für den Ausbau der A 20 bis nach Glückstadt inklusive der Elbquerung aus und sind damit deutlich progressiver als der bisherige Ansatz der Landesregierung, die lediglich einen Ausbau bis zur A 7 in dieser Legislaturperiode anstrebt.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Die flächendeckende Bereitstellung von flächendeckender und leistungsfähiger **Breitbandinfrastruktur** ist schon lange kein Wettbewerbsvorteil

mehr. Im Gegenteil, Sie reduzieren damit lediglich die bisherigen Wettbewerbsnachteile und bringen die Infrastruktur auf Augenhöhe mit anderen Regionen. 3 Millionen € und das Jahr 2030 passen da auch nicht zusammen, Herr Albig, das ist viel zu spät, um diese Wachstumslücke zu schließen.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Schmidt, vielleicht können Sie mir bei einem kleinen Logikproblem helfen. Einerseits monieren Sie, dass wir einen zentralen Punkt bei dem **Nord-Ostsee-Kanal** sehen. Nebenbei bemerkt, ich würde gern wissen, was passiert wäre, wenn wir das nicht erwähnt hätten, welcher Vorwurf dann gekommen wäre, da er aus **Bundesmitteln** finanziert wird. Insofern sind Sie schon gut in der Politik angekommen. Auf der anderen Seite ist aber Ihr zentrales Projekt, dass die A 20 weitergebaut wird. Können Sie mir vielleicht sagen, aus welchen Mitteln die A 20 finanziert wird?

- Natürlich sind das auch Bundesmittel,

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Aha!)

aber man muss das beim Bund genauso vorantreiben wie beim NOK und das Ganze im Bundesverkehrswegeplan anmelden.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Aber auch von hier aus! Das ist doch legitim, oder?)

Präsident Klaus Schlie:

Wenn Sie eine weitere Zwischenfrage stellen oder Bemerkung machen wollen, dann werde ich danach fragen.

(Heiterkeit)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja. Ich habe das jetzt schon beantwortet!

Präsident Klaus Schlie:

Es gibt aber noch einen Fragebedarf des Abgeordneten Christopher Vogt, Herr Abgeordneter.

(Präsident Klaus Schlie)

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Schmidt. - Um vielleicht das Logikproblem des Kollegen Dr. Dolgner auflösen zu können, frage ich: Kann es vielleicht sein, dass Sie das deshalb so erwähnt haben, weil bei der A 20 das Land die Planung vornehmen muss, aber beim Nord-Ostsee-Kanal der Bund dafür zuständig ist? Kann es sein, dass das vielleicht der entscheidende Unterschied ist?

(Heiterkeit CDU und FDP - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Torge Schmidt [PIRATEN]:

- Ich danke Ihnen, Herr Vogt. Sie haben natürlich recht.

(Beifall PIRATEN)

Sie sprechen sich für eine **Investition in Fachkräfte** aus. Der Fachaussdruck hierfür lautet **Humankapital**, auch wenn Sie diesen aus sozialpolitischen Gründen weniger gern verwenden. Wie wollen Sie ein lebenslanges Lernen gewährleisten? Wie wollen Sie für Menschen eine neutrale sanktionsfreie Weiterbildung in der Fläche gewährleisten? Mit Ihrer bewusst verschleppten Dialogkultur zwingen Sie doch gerade die Weiterbildungsverbände in eine Schließung und Abwicklung. Ist es Ihre neue Dialogkultur zu schweigen, bis den anderen die Luft ausgeht?

(Beifall PIRATEN und vereinzelt FDP)

Sie möchten jungen Menschen eine Perspektive geben. Das geht nur, wenn Sie ihnen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Brechen Sie mit der atypischen Beschäftigung. Unbefristete Arbeitsverträge, Partizipation einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch die Gehaltsanpassungen sowie ein fahrstundenloser öffentlicher Personennahverkehr - das sind die sozialen Themen, die wirtschaftliches Wachstum und Mobilität bewirken.

(Beifall PIRATEN)

Mit diesem Bericht konnten Sie weder das Wo noch das Wie noch das Wann beantworten. - Herr Albig, Sie haben eben gesagt: gestalten statt verwalten. Aber dieser Bericht zeigt explizit, dass Sie eigentlich nur verwalten.

Bleibt festzuhalten: Sowohl bei der **Haushaltskonsolidierung** als auch bei der **Infrastruktur** hofft die Regierung einzig und allein auf den Bund. Europäische Mittel und Bundesmittel durchlaufen die Haushalte in allen Bundesländern. Wie Sie zu

den anderen Bundesländern aufschließen wollen, konnten oder wollen Sie uns nicht beantworten. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! **Wachstum** ist, wenn man es ganz vereinfacht darstellt, die Steigerung der Produktion von Gütern und die Steigerung von Bereitstellung von Dienstleistungen. Mehr ist es nicht. Wir alle wissen aus der Wirtschaftswissenschaft, dass circa 2 % Wachstum notwendig sind, um überhaupt beschäftigungswirksam zu sein, also um neue Beschäftigung auszulösen.

Wir wissen also, dass Wachstum auch notwendig ist. Alles, was hinsichtlich „Wir brauchen kein Wachstum, wir müssen Wachstum begrenzen, wir haben Grenzen im Wachstum“ gesagt wird, ist inhaltlich so nicht richtig. Wenn man der Wirtschaftswissenschaft folgt, dann ist es so, dass wir Wachstum benötigen. Die Frage ist, welches Wachstum wir benötigen und wie wir diese Wachstumsstrategien ausgestalten. Aber wenn wir uns erst einmal darauf einigen, dass wir Wachstum brauchen, dann sind wir schon sehr weit gekommen und müssen schauen, von welcher Qualität das Wachstum sein soll. Da geht es um die Inhalte und auch um die Festlegung, was wir politisch wollen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Lars Harms [SSW]:

Mensch, nach 1 Minute 10 Sekunden. Gern, klar.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich wollte, weil ich glaube, dass es sonst missverständlich wird, nur in den Raum stellen, dass **Wachstum** nicht eine mengenmäßige Ausweitung bedeutet, sondern eine **Veränderung** der **Produktpalette** durch **technische Innovation**. Beispiel: Wir haben im Kommunikationsmarkt ein riesiges Wachstum, das wir

(Lars Harms)

über 20 Jahre deshalb nicht hatten, weil die entsprechenden Verbindungen, der technische Fortschritt in den Kommunikationseinrichtungen, nicht vorhanden waren. Es ist also nicht nur eine Frage der mengenmäßigen Ausweitung, sondern auch der Veränderung der Produktpalette.

- Deshalb habe ich vorhin gesagt, lieber Kollege Kubicki, dass es eine sehr verkürzte Darstellung ist. Aber ich will gern noch einmal darauf eingehen. Sie haben natürlich mit dieser Äußerung recht.

Ich will noch einmal vier Bedingungen darstellen, Rahmenbedingungen, die auch für das Wachstum maßgeblich sind:

Erstens. Es gibt einen Zusammenhang zwischen **Produktivität** und **Wachstum**. Das geht in die Richtung, was der Kollege Kubicki gerade sagte. Es geht aber auch bei Produktivität um Bildung. Und es geht bei Produktivität - das kann sich jeder selbst ausrechnen - natürlich auch um Beschäftigungsverhältnisse, um Lohnverhältnisse und Ähnliches. Das ist die eine Rahmenbedingung.

Der zweite Punkt sind die **rechtlichen Rahmenbedingungen**, die gesetzt werden, also alles das, das wir unter anderem auf dem Gesetzgebungsweg machen.

Ein dritter Punkt ist die **Infrastruktur**. Da geht es um Straßen und Wasserwege. Tatsächlich müssen diese Güter, die wir schaffen wollen, um die 2 % zu erreichen, dann transportiert werden. Es geht jedoch auch um solche Dinge wie Vermarktungsweg. Es geht um das Internet. Es geht sogar um Werbung für das Land und Ähnliches. Es geht also um viele Dinge in diesem Bereich. All das zählt zur Infrastruktur.

Viertens. Man darf nicht unterschätzen, dass **Investitionen** auch - in welchen Bereichen auch immer - Wachstum auslösen können.

Diese vier Punkte - Produktivität, rechtliche Rahmenbedingungen, Infrastruktur und Investitionen - haben wir als Landesregierung beziehungsweise als die sie tragende Partei natürlich schon aufgegriffen. Im Gegensatz zum Kollegen Stegner werde ich mich nicht auf die letzten 25 Jahre beziehen, sondern ich habe mir das letzte Jahr vorgenommen, in dem auch wir als SSW in unserer neuen Koalition mit tragend waren.

Entscheidend für heute und für die Zukunft ist, dass die **Konsolidierung des Haushalts an Investitionen** geknüpft ist, jedenfalls, wenn es um das Land

Schleswig-Holstein, um unseren Landeshaushalt geht.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Schuldenbremse müssen sich die Landesregierung und auch wir als Landtag gründlich damit befassen, wofür wir **Investitionen** brauchen. Dass **Bildung** eine Investition ist, muss ich nicht weiter erklären. Bildung und Wachstum sind zwei Aspekte, die miteinander verbunden sind. Hier müssen wir mehr tun, damit junge Menschen eine noch bessere Qualifizierung für den Arbeitsmarkt bekommen. Diese Aufgaben hat die Küstenkoalition verstanden und ist sie auch angegangen. Wir möchten den jungen Leuten vermehrt die Chance zu einem höheren Schulabschluss geben. Hier wurde in der Vergangenheit zu wenig getan. Ich bin froh, dass gestern von der Ministerin das neue Schulgesetz vorgestellt wurde, das genau dieses zum Ziel hat und damit auch wichtig für die Wirtschaft und für das wirtschaftliche Wachstum ist.

(Beifall SSW)

Im Hochschulbereich möchten wir die **Verbindung** zwischen **Universität** und der **lokalen Wirtschaft** noch besser vernetzen. Der Master-Studiengang Wind Engineering ist ein Beispiel dieser Idee. Als Energieland kann es sich Schleswig-Holstein einfach nicht leisten, auf diese speziell ausgebildeten Akademiker zu verzichten. Dies ist sicherlich nur ein Beispiel. Aber die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschule muss intensiviert werden. Ich glaube, auch da sind wir auf dem richtigen Weg.

Außerdem setzen wir uns - das ist ein anderes Thema - für eine **konsequente Gleichstellung** der Geschlechter ein, besonders im Berufsleben. Im ersten Moment denkt man: Was hat das mit Wirtschaft zu tun? Dabei geht es natürlich nicht nur um den Lohn. Ich habe vorhin gesagt, eine Bedingung ist ein vernünftiges Arbeitsverhältnis, und das gilt nicht nur für Männer, sondern selbstverständlich auch für Frauen. Also schon da gibt es die Auswirkung.

Aber es geht auch um die **Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit**. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt eine wichtige Rolle für das Wachstum der Wirtschaft. Diese Aufgabe müssen Wirtschaft und Politik gemeinsam angehen. Deshalb stellen wir noch mehr Geld für Kindergärten zur Verfügung. Dies ist nicht nur eine gute und wichtige Sozialleistung - das ist sie natürlich zualtererst -, sondern gerade eine wichtige Förderung im Sinne der Wirtschaft. Eine bessere Kinderbe-

(Lars Harms)

treuung ist auch eine direkte Förderung der Wirtschaft, und Rot-Grün-Blau hat das erkannt und handelt hier.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine ganz andere Baustelle, jedoch nicht weniger wichtig, ist die dringend notwendige **energetische Sanierung** von landeseigenen Gebäuden. Am Zustand einiger Hochschulen, Polizeistationen und Verwaltungsgebäude muss dringend etwas getan werden. Für einige der nötigen Baumaßnahmen kann das neue Programm PROFI genutzt werden. 50 Millionen € stehen zur Verfügung, um Gebäude beispielsweise energetisch zu sanieren. Das spart auf lange Sicht Geld beim Betrieb der Gebäude, löst einen Teil des Investitionsstaus auf und schafft und erhält Arbeitsplätze im Baubereich. Auch hier wird durch unsere neue Koalition in Wachstum investiert.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daneben müssen wir weiterhin daran arbeiten, unsere **Verwaltungsstrukturen** noch **effizienter** zu machen. Doppelstrukturen müssen erkannt und abgebaut werden. Ebenso müssen wir den Aufgabenabbau angehen. Es ist wichtig für die Wirtschaft, dass sie eine vernünftige Verwaltung vorfindet, die ihr schnellstmöglich dienen kann.

Deshalb wollen wir das **Finanzausgleichsgesetz** ändern und Zahlungen an die Kommunen mehr an die konkrete Leistungserbringung koppeln. Wenn **Kommunen** für ihre sozialen und kulturellen Aufgaben das bekommen, was sie benötigen, sind sie in der Lage, die soziale und kulturelle Infrastruktur aufrechtzuerhalten, die gerade auch ein Standortfaktor für die Wirtschaft ist. Auch hier ist Rot-Grün-Blau auf dem absolut richtigen Weg.

Ein anderer wichtiger Schritt in Richtung Wachstum ist das **Tariftreuegesetz**. Das Gesetz bringt nicht nur Vorteile für die Beschäftigten - wieder die Lohnfrage -, sondern es schützt insbesondere unsere ordentlichen Unternehmen vor Wettbewerb durch Konkurrenten, die mit Dumpinglöhnen arbeiten. So gesehen schafft das Tariftreuegesetz eine faire Ausgangsposition, die etwas Entscheidendes wirklich macht, nämlich die Gleichheit im Wettbewerb. Das liegt gerade auch im Interesse der Kommunen. Sie haben eine größere Sicherheit, dass die Unternehmen, die in den Kommunen Steuern zahlen, auch eine reelle Chance haben, im Wettbewerb bestehen zu können.

Das heißt auch, dass das Gesetz dazu beiträgt, dass regionale Unternehmen Steuerzahler in unseren Kommunen bleiben können. Auch das hilft der Wirtschaft, auch das führt zu Wachstum, meine Damen und Herren. Das Senken der Sozialausgaben aufgrund des Tariftreuegesetzes sowie die Sicherstellung von Steuerkraft vor Ort sind wegweisende Faktoren, die Nachhaltigkeit in den Kommunen möglich machen.

Darüber hinaus bekommen unsere Unternehmen durch das Tariftreuegesetz die Sicherheit, dass es fair auf dem Markt zugeht und dass sie Chancen im Wettbewerb haben. Mehr kann man für die Wirtschaft nicht tun. Das führt dann auch zu mehr Wachstum bei uns im Land, und das ist gut so.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein anderer genauso wichtiger regionaler Faktor sind die **Sparkassen** in unserem Land. Denn sie finanzieren ungefähr die Hälfte der Existenzgründungen. Die Sparkassen sind das Rückgrat der Geld- und Kritikversorgung der überwiegend mittelständischen Wirtschaft, des Handwerks und natürlich auch der Privatkunden. Führend sind die Sparkassen darüber hinaus auch bei der Ausbildungsquote und beim Anteil an nicht staatlicher Förderung von Kultur und gemeinnützigen Investitionen in Schleswig-Holstein.

Die Sparkassen gehören unbestritten zum täglichen Leben dazu. Vor einigen Monaten haben wir die mögliche Privatisierung der Sparkassen im Land verhindert. Damit haben wir sichergestellt, dass die Sparkassen ihr Geschäftsmodell, welches sich besonders durch die Regionalität auszeichnet, weiter fortführen können. Auch diese Maßnahme unterstützt die Wirtschaft direkt, weil ihre Kreditmöglichkeiten vor Ort wieder gesichert sind und sie nicht die Sorge haben müssen, dass sich die Sparkassen aus der Fläche zurückziehen. Das stützt die Wirtschaft.

Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb sichern wir als rot-grüne-blaue Koalition die Kreditversorgung der Unternehmen vor Ort. Das sichern wir dadurch, dass wir ein solches Sparkassengesetz machen, wie wir es jetzt vorgeschlagen haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht können wir auf Investitionen im Sektor Energiewende nicht verzichten. Das Markenzeichen Schleswig-Holsteins ist die **Windenergie**. An der Westküste hat

(Lars Harms)

sie sich zu einem Wirtschaftsfaktor entwickelt, der dort nicht mehr wegzudenken ist. 13 von 1.000 Arbeitnehmern sind in Schleswig-Holstein im Bereich der erneuerbaren Energien tätig. Der Anteil an der Westküste ist noch ungleich höher.

Damit liegt unser Land in der Bedeutung der erneuerbaren Energien für den regionalen Arbeitsmarkt auf Platz zwei im Vergleich zu den anderen westdeutschen Bundesländern. Das ist unbestritten eine starke Position, heißt aber auch, dass nach oben noch Luft ist. Die Westküste ist in Schleswig-Holstein der Vorreiter im Bereich der regenerativen Energien. Genau diesen Bereich werden wir auch in Zukunft weiter fördern.

In Zusammenhang mit der Offshore-Windenergie wird den Häfen und dem Flugplatz Husum-Schwesing zukünftig eine neue Rolle zuteil. Der künftige Helikopterstandort in Schwesing könnte den Offshore-Bereich versorgen - und das wetterunabhängiger und schneller als eine Schiffsversorgung.

Meine Damen und Herren, wir haben auch schon ein Konzept, das die Häfen in Bezug auf die Versorgung im Offshore-Bereich angeht: nicht nur Brunsbüttel, sondern auch Helgoland wird Standort. Es wird noch einige weitere Standorte geben, die bei der Versorgung dort helfen können. Auch das haben wir angepackt. Auch das ist eine direkte Hilfe, damit sich Schleswig-Holstein wirtschaftlich weiterentwickeln kann.

Hier muss natürlich noch einiges getan werden, denn sonst werden sich die Unternehmen womöglich bei unseren Nachbarn niederlassen. Das können wir uns nicht leisten. Deshalb steht die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien und insbesondere der Windenergie bei uns ebenfalls ganz oben an.

Sie haben jetzt einige Beispiele von mir genannt bekommen, wir unsere Koalition durch ihre Politik die Wirtschaft stärkt. Es gibt natürlich noch viele weitere Bereiche, in denen wir entscheidende Weichenstellungen vornehmen. Ich nenne zum Beispiel den Tourismus, die Förderung der Tourismusagentur, die von der alten Regierung eigentlich gestrichen werden sollte. Eine der Hauptwirtschaftszweige in Schleswig-Holstein sollte auf null heruntergefahren werden. Wir haben das glücklicherweise verhindern können.

Wir bekommen nun vom Wirtschaftsminister - ein Konzept präsentiert, wie man - die Förderung des Tourismus weiterentwickeln kann. Das ist für ein Land, das so stark vom **Tourismus** abhängt, wirklich ein ganz wichtiger Schritt. Ich glaube, das ist

auch ein Beitrag dazu, dass wir Wachstum flächendeckend im Land Schleswig-Holstein generieren können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zum **Straßenbau** und zur Straßensanierung sagen. Grundsätzlich sind beide Bereiche gleichbedeutend. Wir reden nun darüber, dass etwas Neues geschaffen wird. Ob es eine neue Straße gibt oder ob eine Straße saniert wird, ist dem Wachstum ziemlich schnuppe. Es ist beides sozusagen wachstumsgenerierend.

Wir sehen, dass wir mit unserer Festlegung und mit den Maßnahmen, die wir jetzt versuchen, kurzfristig auf die Beine zu stellen, in der Lage sind, Dinge, die in der Vergangenheit leider liegen gelassen wurden - egal von wem -, auszugleichen. Auch gerade beim Straßenbau - das sage ich ohne Ideologie - sind wir gar nicht so schlecht davor mit den Beschlüssen, die wir gefasst haben. Ich nenne insbesondere das Beispiel A 20.

Wenn ich mir angucke, was in den letzten vier, fünf, sechs Jahren beim Weiterbau der A 20 passiert ist und was wir möglicherweise bis 2017 in Bezug auf den Anschluss an die A 7 hinbekommen werden, dann ist das, was wir dort leisten werden, ein Vielfaches dessen, was vergangene Regierungen hinbekommen haben. Dann können wir im Jahre 2017 recht stolz auf das sein, was wir bei der Weiterentwicklung des Straßenbaus im Land Schleswig-Holstein geleistet haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Investitionen mit Wachstum gleichzusetzen, wäre naiv. Auf der anderen Seite muss man aber feststellen, dass das Einfrieren von Investitionen für unser Land fatal wäre. Deshalb gilt es, finanzpolitische Spielräume zugunsten der Entwicklung von Schleswig-Holstein auszunutzen. Das ist klar erklärtes Ziel unserer Politik. Sparen ist kein Selbstzweck, sondern - wenn überhaupt - Investieren in die Zukunft. Dafür müssen wir auch Haushaltsmittel benutzen. Und so ehrlich müssen wir sein: Wer Sparen wie ein Mantra vor sich herträgt, der schadet dem Land Schleswig-Holstein, und der schneidet uns auch Wachstumsmöglichkeiten ab.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen in Bewegung bleiben, um Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität und auch soziale Ge-

(Lars Harms)

rechtigkeit zu gewährleisten, denn diese vier Punkte sind die Grundlagen für ein normales, ordentliches qualitatives Wachstum. Meine Damen und Herren, genau das werden wir als rot-grün-blaue Koalition weiter tun. Das erste Jahr war schon klasse. Die Jahre und Jahrzehnte, die unter unserer Regierung folgen werden, werden noch viel, viel besser.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/436

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 18/763

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Sozialausschusses, dem Abgeordneten Peter Eichstädt. Ist er da? - Ist der Stellvertreter da? Er kann auf die Vorlage verweisen.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ich verweise gern auf die Vorlage. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich danke dem Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Der Vorschlag zur Worterteilung ist, dass zunächst die SPD-Fraktion spricht. Sie hat den ursprünglichen Gesetzentwurf eingebracht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD – Serpil Midyatli [SPD]: Jungferrede in dieser Legislatur!)

- Manchmal holt es einen spät ein. Ich hatte gedacht, ich würde ein ganzes Jahr schlafen. Das hat beim Delegieren leider nicht geklappt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Offensichtlich doch! Wir haben schon Ende Mai!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Änderung des Kindertagesstättengesetzes

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Endlich redest du!)

- warte noch mal ab! - soll erreicht werden, dass landesweit Eltern, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld beziehen, von **Kita-Gebühren** befreit sind. Mit dieser Änderung des Kindertagesstättengesetzes wollen wir den Zugang zur frühkindlichen Förderung für finanzschwache Familien erleichtern. Die Kreise und kreisfreien Städte können zurzeit bei der Ermittlung von Kita-Gebühren lediglich 85 % der Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II und Sozialgeld freistellen, sodass immer noch ein Rest von 15 % bleibt, der als Einkommen gewertet wird und somit die Grundlage für eine zu entrichtende Kita-Gebühr darstellt. Da aber nur noch einzelne Landkreise und kreisfreie Städte diese Regelung überhaupt anwenden, wird mit der jetzigen Änderung eine Ungleichbehandlung im Land beseitigt, und - so steht es auch im Koalitionsvertrag - wir wollen diese Ungleichbehandlung beseitigen und setzen damit ein weiteres versprochenes Ziel um.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dieser Änderung des Kindertagesstättengesetzes nehmen wir auch eine Empfehlung der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein auf. Die Bürgerbeauftragte Frau Wille hat bereits in ihren Tätigkeitsberichten 2006 und 2008 die 85%-Regelung kritisiert. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter in Schleswig-Holstein stellt in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf fest:

„Kostenfreiheit von Kinderbetreuungs- und Bildungsangeboten gehört daher in ein Gesamtpaket zur Verbesserung der Lebenssituation von Alleinerziehenden und ihren Kindern, aber auch von Paarfamilien. ... Die Freistellung von Kita-Gebühren für ALG-II-/Sozialgeld-BezieherInnen ist ein wesentlicher Schritt und ein erster Schritt in dieser Richtung.“

(Wolfgang Baasch)

Recht hat der Verband, und ich glaube, wir kommen damit auch der besseren Verwirklichung der Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit näher. Wie notwendig eine möglichst niedrigschwellige und damit auch gebührenfreie frühkindliche Förderung in **Krippe** und **Kindertagesstätte** ist, formuliert auch der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. In diesem wird festgestellt, dass bereits durch den Besuch einer Kinderkrippe die Chancen auf einen späteren Gymnasialbesuch deutlich erhöht werden. So wird der Förderung im Kindergarten grundsätzlich eine hohe Wirksamkeit bescheinigt. Generell wird frühe Bildung als wichtiger Erfolgsfaktor für den sozialen Aufstieg beschrieben.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD], Lars Winter [SPD] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind Passagen, die nicht dem Rotstift des Bundeswirtschaftsministeriums zum Opfer gefallen sind, Aussagen, die aber auch deutlich machen, dass der Zugang zum Basissystem der **frühkindlichen Förderung** der Krippen oder Kindertagesstätten für **finanzschwache Familien** auf keinen Fall erschwert werden darf. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen aber auch, dass mit der Gebührenfreiheit nur eine Hürde für den Besuch einer Kindertagesstätte beseitigt wird; denn besonders Kinder aus finanzschwachen Familien werden vom Mittagessen abgemeldet, weil sich deren Eltern das zu entrichtende Essensgeld nicht leisten können. Daher muss das Ziel einer sozial gerechten Politik sein, dafür zu sorgen, dass ein kostenfreier Zugang zu Kitas die Versorgung mit Mahlzeiten für die Kinder einschließt.

(Beifall Beate Raudies [SPD] und Dr. Gitta Trauernicht [SPD])

- Das finde ich auch richtig und notwendig, und ich danke für die Unterstützung. - Damit wird deutlich, dass mit dieser Änderung des Kindertagesstättengesetzes bei Weitem noch nicht alle Hindernisse des Besuchs einer Kindertagesstätte aus dem Weg geräumt sind. Perspektivisch bleibt die Forderung erhalten, eine generelle **Kostenfreiheit** für alle Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen umzusetzen, denn was für das Studium gilt, kann für die **Bildungseinrichtungen** der Kleinsten nicht falsch sein. Darum bitte ich um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ursprüngliche Anliegen, das dieser Gesetzentwurf verfolgt, ist nicht neu. Es geht darum, eine landesweit einheitliche Sozialstaffel für Schleswig-Holstein zu schaffen. Hinter diesem Anliegen bleibt der vorliegende Gesetzentwurf allerdings weit zurück. Lediglich die 85-%-Klausel bei der Bemessungsgrundlage soll gestrichen werden, und die Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände dazu sind sehr eindeutig. Alle weisen zu Recht darauf hin, dass dieses Gesetz zu Mehrkosten bei der kommunalen Familie führen wird, die eigentlich vom Land zu tragen sind. Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag führt in seiner damaligen Stellungnahme zum Antrag von Frau Birk und Frau Heinold zur Sozialstaffelregelung an, dass diese zu einer deutlichen **Mehrbelastung der Kommunen** in Millionenhöhe führen würde.

Der uns jetzt vorliegende Gesetzentwurf ist dabei keinen Deut besser. Auch der Gemeindetag bleibt bei seiner früheren Haltung und fordert, dass das Land den Kommunen die Mehrkosten erstattet und den kommunalen Verwaltungen einen Kostenausgleich gewähren muss. Da verwundert es schon, dass Staatssekretärin Langner versucht, uns im Sozialausschuss weiszumachen, dass diese Kosten, die durch die **Konnexität** ausgelöst werden, überhaupt gar kein Problem seien.

Wir als CDU möchten schon gern wissen, über welche Summen wir hier im Zusammenhang mit der Veränderung der 85-%-Klausel bei der Sozialstaffel reden. Das ist für uns eine substanzielle Aussage, um einem entsprechenden Gesetz zustimmen oder es überhaupt bewerten zu können.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Auch die kommunale Familie hat ein Anrecht darauf zu erfahren, ob sie im Kindergartenjahr 2013/2014 mit einem entsprechenden Kostenausgleich rechnen kann oder nicht. Im jetzigen Haushalt stehen dafür keine Mittel zur Verfügung.

Anfang des Jahres haben sich die Koalitionsfraktionen für den Kompromiss beim **Krippenausbau** gegenseitig auf die Schulter geklopft. Wir haben das gerade wieder erlebt. Jetzt machen Sie auf der anderen Seite ein neues Fass auf, und die Kommunen sollen weitere Leistungen übernehmen. In der

(Heike Franzen)

Landtagssitzung hat uns Frau von Kalben erklärt, dass die Abschaffung der 85-%-Klausel Bestandteil des letzten getroffenen Kita-Kompromisses sei. Das findet sich allerdings weder in dem entsprechenden Bericht der Landesregierung dazu wieder, noch haben mir die kommunalen Landesverbände das auf Anfrage bestätigen können. Es ist also mitnichten Bestandteil des Kita-Kompromisses.

Darüber hinaus haben die regierungstragenden Fraktionen ebenfalls versäumt, die Leistungen nach dem SGB VIII - die Ermäßigungsleistungen, die dort gewährt werden - in dem Gesetzentwurf zu berücksichtigen. Das wird dazu führen, dass es in den Jugendämtern bei den Kreisen zu Doppelbelastungen kommt, wenn es darum geht zu bewerten, welche Leistungen denn tatsächlich zu gewähren sind. Ich finde das schon sehr erstaunlich, weil gerade der Landkreistag da die Hand ausgestreckt und angeboten hat, den erreichten Kompromiss aus der letzten Legislaturperiode anzuführen, der genau zu demselben Ziel führt, nämlich dass diejenigen, die hilfebedürftig sind, entsprechend entlastet werden, darüber hinaus übrigens auch Familien, die nicht auf ALG II angewiesen sind.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Diese ausgestreckte Hand des Landkreistages hätte übrigens auch dafür gesorgt, dass wir wirklich zu einer landeseinheitlichen Sozialstaffel hätten kommen können. Das haben Sie als Regierungsfraktionen ausgeschlagen. Ich kann es nicht verstehen, weil Sie sonst so auf Dialog setzen.

Für mich also das Fazit: Es gibt mehr Fragen als Antworten zum Gesetzentwurf, es ist ein Entwurf mit vielen Unbekannten. Wir hätten uns wie gesagt gewünscht, dass der ansonsten so gepriesene Dialog mit den kommunalen Landesverbänden noch einmal geführt worden wäre. Ich glaube, man hätte einen wesentlich besseren Kompromiss hinbekommen und auf dem Weg zu einer landesweit einheitlichen Sozialstaffel einen richtig großen Schritt machen können. Das haben Sie an der Stelle leider versäumt. Deswegen ist dieser Gesetzentwurf für uns nicht zustimmungsfähig. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt Themen, die sind wirklich einfach: Kinder aus Familien, die Hartz IV beziehen, sollen für ihre Kita nichts zahlen. So einfach ist das. So sieht das im Prinzip der Bund, und so sehen das auch alle kreisfreien Städte und die meisten Kreise. Nur in unserem Kita-Gesetz steht es anders. Danach müssen bei der Berechnung der **Kita-Gebühren** für die Eltern nur 85 % von Sozialgeld und Arbeitslosengeld II unberücksichtigt bleiben. Die meisten Kreise - deswegen sind die Kosten, von denen Sie sprechen, nicht in der Höhe zu erwarten, wie Sie es beschreiben - gehen schon freiwillig über den gesetzlich vorgegebenen Rahmen hinaus, weil sie der Meinung sind, dass das ein falscher Ansatz ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das wissen wir: Kinder haben gut davon, wenn sie in Kitas gehen. Wir reden viel über Startchancen, und das muss sich auch in unserer Rechtslage widerspiegeln. Gerade Kinder, die es schwer haben - Wolfgang Baasch hat das gesagt -, deren Familie von Erwerbslosigkeit oder mangelnden Deutschkenntnissen geprägt ist, können ihre Startposition ins Leben so wirklich verbessern. Für sozial benachteiligte Kinder erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, später eine gute Schullaufbahn einzuschlagen und auf das Abitur zuzugehen, durch einen Kita-Besuch enorm, von 15 auf 40 %. Das sind Wirkungsgrade, von denen wir in anderen Politikbereichen träumen, und auch von der Einigkeit bei dem wissenschaftlichen Befund dazu. Darum wollen wir die bestehenden Hürden für einen Kita-Besuch nach und nach abbauen. Heute machen wir den ersten Schritt. Wir streichen den Passus im Kita-Gesetz. Das war längst überfällig.

Aber - das haben wir gerade gehört - nichts ist so einfach, dass man es nicht auch komplizierter machen könnte. Nur zwei Kreise in Schleswig-Holstein erheben momentan auch von Eltern Gebühren, die Hartz IV beziehen.

(Unruhe)

Frau Franzen, Sie bemängeln zu Recht, dass wir keine Zahlen bekommen haben. Die Kreise konnten das offenbar nicht vorlegen. Wir haben ja danach gefragt. Auch ich hätte es als Entscheidungsgrundlage sehr gut gefunden, wenn wir gewusst hätten, über welche Kosten wir reden.

Es gibt zwei sich widersprechende Thesen. Die eine These ist: Es gibt de facto überhaupt kein Problem,

(Anke Erdmann)

weil die Jugendämter vor Ort genau gucken, ob man diesen Familien nach dem Sozialgesetzbuch Kita-Gebühren erlassen kann. Wenn das so wäre, hätten wir tatsächlich kein großes faktisches Problem. Dann würde die Regelung aber überhaupt nichts kosten. Das ist kein Grund, unser Kita-Gesetz etwas moderner an aktuelle Standards anzupassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn es nicht so ist und die Kommunen sagen, sie hätten hier extrem hohe Kosten, dann gibt es bei den Familien vor Ort de facto ein richtiges Problem. Das ist ein zweiter wichtiger Grund, das Kita-Gesetz auf jeden Fall anzupassen.

Sie sprechen den geeinten Entwurf an. Frau Franzen, wenn Sie sich einmal angeguckt haben, was Dr. Klug mit den kommunalen Landesverbänden - ganz geeint war es nicht - ausgehandelt hat, dann gibt es gute Gründe, dass der ehemalige Minister Klug diesen Entwurf nicht eingebracht hat, weil er nämlich bedeutet, dass Leute, die zwar nicht Sozialtransfers bekommen, aber kleine Einkommen und viele Kinder haben, massiv belastet worden wären. Deshalb war es gut, dass Minister Klug diesen Entwurf in der Schublade gelassen hat.

Es hätte Ihnen zu dem Zeitpunkt ja freigestanden - das war ja noch in Ihrer Regierungszeit - zu sagen: Das ist doch ein so guter Entwurf; diese **Sozialstaffelregelung** ist der Burner, die wollen wir hier jetzt verabschieden. - So war es aber nicht.

Noch einmal zum Grundsatz: In Schleswig-Holstein zahlen Eltern im bundesweiten Vergleich durchschnittlich extrem hohe Kita-Gebühren. Wir wollen und müssen an dieser Stelle wirklich besser werden. Die Änderung heute ist der erste Schritt zu einer fairen Kita-Gebührenregelung. Der Weg zur gewünschten Gebührenfreiheit ist noch wirklich weit. Das ist uns allen klar. Dafür ist der nächste Schritt im Prinzip schon vereinbart. In der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden haben wir in Punkt 5 eine weitere Vereinbarung zur gemeinsamen Regelung der **Sozialermäßigung**. Familien mit kleinen Einkommen insgesamt besserzustellen, darum wird es als Nächstes gehen.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier steht das Land kostenmäßig in der Pflicht, und das ist gut so.

Lassen Sie uns heute zeigen, dass wir Schleswig-Holstein Schritt für Schritt familienfreundlicher machen, und zwar Hand in Hand. Das ist mein Wunsch. Dinge nach vorn zu bringen, dafür sind wir gewählt und nicht dafür, uns zu verstricken. Warum kompliziert, wenn es auch einfach geht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mit dem letzten Satz von Ihnen anfangen: Warum kompliziert, wenn es auch einfach geht. Aus unserer Sicht haben Sie zwar mit großem Pathos und viel Geld aus der Landeskasse den Streit mit den Kommunen über die Konnexität vorerst beendet, aber Sie werfen mit dem Gesetzesentwurf hier gleich wieder ohne Not einen völlig neuen Konflikt auf. Es ist kompliziert und nicht einfach.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Stellungnahme der kommunalen Landesverbände, Umdruck 18/1116, richtig gelesen hätten, würden Sie sehen, wie unmissverständlich die argumentiert haben, dass das nicht so funktioniert, wie Sie sich das vorstellen und hier versuchen darzustellen. Aus Sicht der Kommunen wird durch diese Novellierung eine durch Landesrecht übertragene Aufgabe so wesentlich verändert, dass es zu Mehrkosten bei den örtlichen Trägern der Jugendhilfe führt, die im Rahmen des Konnexitätsprinzips auszugleichen sind.

Wir Liberale, aber auch andere Oppositionsparteien haben im Ausschuss darum gebeten, dass die Frage der **Konnexität**, aber auch die der Kosten noch einmal genau geklärt und der Wissenschaftliche Dienst mit einer entsprechenden Begutachtung betraut wird. Denn Konnexität greift auch für die Träger der Jugendhilfe, die bereits jetzt im Rahmen der freiwilligen Leistungen einen höheren Freibetrag gewähren.

(Beifall Heike Franzen [CDU]) - Heike Franzen [CDU]: Schön, dass das einmal einer sagt!

- Vielen Dank. - Diese Einwände wurden von der Dänen-Ampel entgegen ihrer viel zitierten großen Dialogkultur leichtfertig zur Seite gewischt, das Ansinnen der Opposition nach einer weiteren Prü-

(Anita Klahn)

fung wurde niedergestimmt, und Ihr Gesetz haben Sie einfach durchgeboxt. Das hätten wir einmal tun sollen - Ihre Empörung wäre groß gewesen!

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben Sie doch immer getan! Sie haben nichts anderes gemacht!)

Meine Damen und Herren, das Gesetz schreibt bisher vor, dass man, wenn man unter 85 % des aktuellen Regelbedarfs liegt, von der Eigenbeteiligung ausgenommen wird. Diese Festlegung der Grenze ist historisch bedingt. Kurz gefasst: Bei der Überführung des alten Bundessozialhilfegesetzes in das SGB II respektive XII im Jahr 2005 wurden zusätzliche Bedarfe aufgenommen, was zu einer Erhöhung der Sätze um 15 % führte. Um die Kommunen damals nicht mit dieser Erhöhung zu belasten, wurde die Grenze im **Kita-Gesetz** entsprechend verringert.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Baasch?

Anita Klahn [FDP]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön!

Wolfgang Baasch [SPD]: Vielen Dank, Frau Klahn. - Nachdem Sie eben die Stellungnahme von Städtetag und Landkreistag angesprochen haben, wissen Sie, dass es darum geht, neben dem Landesgesetz auch ein Bundesgesetz zu ändern, nämlich das SGB. Dafür haben wir in diesem Hause aber keine Möglichkeiten. Wie stellen Sie sich vor, dass wir das SGB ändern, anstatt damit anzufangen, unsere eigenen Hausaufgaben zu machen, nämlich das Kindertagesstättengesetz, das wir hier ändern können, zu ändern?

Anita Klahn [FDP]:

Darum geht es doch gar nicht, Herr Dr. Baasch.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Doch. - Ich verweise noch einmal auf die Stellungnahme! Da steht das so drin!)

- In der Stellungnahme steht, dass wir die Hausaufgaben hätten machen und dafür sorgen sollen, durch Zusammenführen der bestehenden Gesetze weniger Doppelprüfungen zu haben et cetera. Das

ist nicht gemacht worden. Auch Ihre Kollegin Frau Erdmann hat hier ausgeführt, dass es in der letzten Legislaturperiode sehr schwer gewesen ist, alle kommunalen Verbände zusammenzubekommen. Sie wissen ganz genau, dass das einzig und allein der Grund gewesen ist, aus dem wir die Vereinheitlichung der **Sozialstaffel** nicht hinbekommen haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Baasch?

Anita Klahn [FDP]:

Sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön!

Wolfgang Baasch [SPD]: Ich frage sie noch einmal: Wie sollen wir das Bundessozialgesetz im Landtag ändern?

Anita Klahn [FDP]:

Das können wir nicht. Das wissen Sie. Das ist eine rein rhetorische Frage, Herr Baasch.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Die Antwort reicht mir!)

- Ach so, das ist ja schön. - Ja, Frau Erdmann.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir lassen den Präsidenten jetzt einmal außen vor!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ja, den lassen wir einmal außen vor, genau. Ich gestatte die Zwischenfrage, wenn die Frau Abgeordnete schon selbst darauf kommt. Bitte schön!

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Kollegin Klahn, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sagen, der Kompromiss zur Sozialstaffel, der in der letzten Legislatur verhandelt wurde, entspreche Ihren Vorstellungen von einer fairen Kita-Gebührenordnung?

Anita Klahn [FDP]:

Das kann ich Ihnen an dieser Stelle so nicht beantworten. Sie wissen selber, dass ich an den Detailverhandlungen nicht teilgenommen habe.

(Anita Klahn)

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das Ergebnis kennen Sie schon!)

- Ich kenne das Ergebnis, ich kenne die Klagen. Es ist gesagt worden: Wir haben keine Verständigung gefunden. Das war das große Problem. An der Stelle war nichts mehr möglich. Sie wissen selber, wie kurz die Legislaturperiode war.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine weitere Nachfrage der Frau Abgeordneten Erdmann?

Anita Klahn [FDP]:

Ich werde es versuchen.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist nur eine kurze Anmerkung. - Wenn das so ein gut ausgehandelter Kompromiss gewesen ist - Frau Franzen hat darauf hingewiesen -, dann wundere ich mich, dass der im Ausschuss nicht von Ihrer Seite vorgelegt worden ist. Das wäre für die durchaus ein gangbarer Weg gewesen. Die Verteilungswirkung dieser Regelung ist nicht in unser aller Sinne gewesen. Deswegen ist das keine tragbare Grundlage.

- Ich möchte Ihnen darauf gern entgegnen, dass es deswegen nicht zum Abschluss gekommen ist, weil es keine endgültige Verständigung gegeben hat. Wollen Sie das nicht wahrhaben, oder woran liegt es, dass man das immer wiederholen muss?

Meine Damen und Herren, ich möchte gern fortfahren. - Die grundsätzliche Kritik, dass durch die Festlegung dieser Grenze unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums Familien im SGB-II-Bezug oder mit geringen Einkünften unangemessen belastet werden, ist berechtigt und nachvollziehbar. Aber welche praktische Relevanz hat diese Gesetzesänderung überhaupt?

Der Landesrechnungshof fragt zu Recht, welche Kreise und kreisfreien Städte überhaupt noch die Grenze von 85 % anwenden. Sie haben vorhin selber ausgeführt, dass es nach Ihrem Kenntnisstand wahrscheinlich nur noch zwei Kreise sind. Das hätte man im Vorfeld klar prüfen können. Man hätte dann auch feststellen können, dass alle Eltern bereits jetzt das Anrecht auf Kostenübernahme nach bundesgesetzlicher Regelung entsprechend § 90 SGB VIII in Verbindung mit §§ 82 bis 85, 87, 88 sowie 92 a SGB XII haben, sofern sie unter dem Regelsatz liegen.

Diese Frage ist bundesgesetzlich geklärt.

Zusätzlich kritisieren die kommunalen Landesverbände, dass mit dieser Gesetzesänderung keine Verfahrensvereinfachung erreicht wird, sondern die Kommunen weiterhin beide Ansprüche nach dem Günstigkeitsprinzip parallel prüfen müssen. Für die Anspruchsberechtigten ändert sich also nichts. Im Übrigen erfolgt die Vereinheitlichung der Sozialstaffelung durch die Gesetzesänderung nicht, auch wenn der Kollege Dr. Tietze das im Ausschuss damals behauptet hat.

Ich beantrage für die FDP-Fraktion zur Klärung der offenen Fragen entsprechend § 26 unserer Geschäftsordnung eine erneute Überweisung des Gesetzentwurfs in den Sozialausschuss. Falls die Überweisung abgelehnt wird, wird sich meine Fraktion bei der Abstimmung enthalten, da wir zwar die grundlegende Problematik anerkennen, es aber für unverantwortlich halten, dieses Gesetz ohne jegliche **Kostenfolgeabschätzung** und ohne Klärung der Frage der Konnexität zu verabschieden. Auch die Frage einer möglichen bürokratischen Entlastung hätte geklärt werden müssen.

Wie bei der geplanten Reform der Lehrerausbildung, der Schaffung von neuen Oberstufen oder beim Vergabegesetz interessieren Sie sich nicht für die Folgen Ihrer Politik und die Kosten, die für das Land entstehen, solange Ihr vermeintlicher moralischer Anspruch nur stimmt.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Ich wünsche mir, dass wir diese Art der gedankenlosen Politik endlich hinter uns lassen können. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das von der Regierungskoalition verfolgte Ziel ist richtig. Der Satz 7 in § 25 Abs. 3 im Kindertagesstättengesetz muss weg. Das ist gar keine Frage. Besser, als es die **Bürgerbeauftragte** in ihrer Stellungnahme für den Sozialausschuss gesagt hat, hat es niemand anderes gesagt:

„Die mit der Regelung eingeführte Absenkung der Belastungsgrenze für Kindergartenträger unter das soziokulturelle Existenz-

(Wolfgang Dudda)

minimum der Sozialhilfe halte ich weiterhin für bedenklich. Vor dem Hintergrund der auch durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten zunehmenden Belastungen insbesondere von Familien mit minderjährigen Kindern und der akuter werdenden Problematik der Kinderarmut ist diese besondere Heranziehung finanziell ohnehin schwacher Familien nicht hinnehmbar.“

Die Bürgerbeauftragte hat recht, und sie kritisiert - wie der Kollege Baasch es gesagt hat - die 85%-Regelung seit 2006.

Man hätte schon lange etwas tun können und auch etwas tun sollen. Die Regierungskoalition will das in Ordnung bringen. Nur zu gern würde ich diesem Vorhaben auch zustimmen. Denn es ist völlig richtig. Darüber brauchen wir gar nicht lange zu reden. Um es aber mit den Worten eines ehemaligen Autotesters vom NDR zu sagen, die letzte Frage, wie immer am Schluss: Was kostet der Spaß?

Im Sozialausschuss sprach die Staatssekretärin Frau Langner von - wörtlich - „überschaubaren Kosten“, ohne dies auch nur ansatzweise zu benennen. Meine Nachfrage dazu konnte oder wollte Frau Langner nicht beantworten. Deshalb hat auch der Landesrechnungshof mit seiner Stellungnahme völlig recht. Er sagt, die Entwurfsbegründung enthält keine Information darüber, wie viele Kreise oder kreisfreie Städte die durch § 25 Abs. 3 Satz 7 mögliche Berücksichtigung von 85 % der Regelsätze nach § 28 SGB II anwenden.

Dementsprechend liegen keine Angaben über sich aus der Gesetzesänderung ergebende **Mehrbelastungen der Kommunen** und deren Ausgleich gemäß Artikel 49 Abs. 2 der Landesverfassung in Verbindung mit dem Konnexitätsausführungsgesetz vor. Die eventuellen Konnexitätsansprüche müssten auf die tatsächlich entstehenden Mehrbelastungen der Kommunen begrenzt werden. Jetzt kommt der dicke Satz: Der Landesrechnungshof empfiehlt, vor der Gesetzesänderung die möglichen Mehrbelastungen zu ermitteln und deren Finanzierung sicherzustellen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist ja auch logisch!)

Die sich aus der geplanten Gesetzesänderung zwingend ergebenden Folgekosten für den Landeshaushalt sind unklar. Das Wort „überschaubar“ der Staatssekretärin Langner ändert daran gar nichts. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition, so, wie Sie diese an sich wirklich gute Idee

auf den Weg bringen, erweisen Sie uns möglicherweise einen Bärendienst.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Der Eindruck, den Sie vermitteln, ist der einer sozialen Füllhornpolitik, die sich einen Teufel um die Kosten schert. Nein, ich bin nicht kleinkariert, weil ich das aus Kostengründen ablehne. In sozialen Fragen bin ich genauso verantwortungsbewusst wie alle hier im Haus. Sozialpolitik muss aber aus nachvollziehbaren Gründen besonders nachhaltig sein. Sie muss finanziell auf soliden Beinen stehen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Wer ohnehin kaum genug hat, um über die Runden zu kommen, muss sich auf das wenige verlassen können. Herangehensweisen wie die Ihrige gefährden dies. Denn ein Bundesland wie Schleswig-Holstein, das Haushaltsnotstandsland ist, wie unsere Finanzministerin nicht müde wird zu erzählen, wenn es um die Übernahme von Tarifabschlüssen geht, kann Lücken nicht so einfach stopfen. Da muss an anderer Stelle verzichtet werden. Antworten bleiben Sie hier schuldig.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schlampig ohne Ende!)

Sagen Sie uns bitte, was dieser Gesetzesentwurf das Land kostet, und sagen Sie uns auch, wie Sie diese Kosten gegenfinanzieren. Sind diese Zahlen solide und seriös, werde ich sofort Ihrem - wie eingangs gesagt - völlig richtigen Vorhaben zustimmen.

Leidenschaft braucht in diesem Land auch in der sozialen Frage einen besonders klaren und kühlen Kopf. Nutzen Sie den bitte für die aus sozialpolitischer Sicht hier und da wirklich lästigen vier Grundrechenarten, dann kommen nicht nur die PIRATEN mit an Bord, sondern auch andere Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses. Ich schließe mich dem Antrag der FDP an. Ich beantrage wegen der **Kostenfrage** noch einmal Ausschussüberweisung. Ansonsten werden wir uns enthalten. - Danke.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Nicht nur in den Wahlprogram-

(Flemming Meyer)

men der regierungstragenden Fraktionen und in unserem Koalitionsvertrag ist es klar formuliert, auch anhand unserer verschiedenen Initiativen in diesem Bereich ist eines deutlich geworden: Wir haben den Anspruch, unser Bildungssystem von der Krippe bis zur Uni zu modernisieren und ihm eine solide Grundlage zu geben. Dabei steht für den SSW - das nicht nur mit Blick auf die **frühkindliche Bildung** - fest, dass der Zugang zu den Angeboten nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau in diese Richtung zielt die vorliegende Änderung des Kita-Gesetzes. Wir wollen durch diese Initiative erreichen, dass landesweit Eltern, die nur Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen, von **Kita-Gebühren** befreit werden. Hier gibt es nichts zu deuteln. Mit diesem Schritt wird der Zugang zur frühkindlichen Förderung für **finanzschwache Familien** erleichtert.

Wie wichtig es ist, den Zugang zur Kita zu erleichtern, habe ich an vielen Stellen betont. Ich wiederhole mich aber sehr gern: Studien belegen in schöner Regelmäßigkeit, dass die gezielte Förderung der frühkindlichen Entwicklung in den Einrichtungen sehr wertvoll ist. Im Vergleich zu den Kindern, die keine frühkindliche Bildungseinrichtung besuchen, haben Kita-Kinder nicht nur weit höhere Sozialkompetenzen, sie profitieren auch im Bereich der allgemeinen kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten. Die Konsequenz daraus sollte mittlerweile allen klar sein: In der Regel sind bessere schulische Leistungen und damit häufig auch höhere Abschlüsse das Ergebnis. Für uns gibt es daher nicht den leisesten Zweifel daran, dass sich diese Investition lohnt.

Die positiven Effekte sind nicht von der Hand zu weisen. Sie sollen daher allen Kindern zugute kommen, unabhängig vom sozialen Status ihrer Eltern. Denn mittlerweile ist es erwiesen, dass gerade die Kinder am stärksten profitieren, die in sozial benachteiligten oder finanziell schwächeren Familien aufwachsen. Jene, die einen Migrationshintergrund haben, sollen schon in früher Kindheit gefördert werden. Das ist enorm wichtig. Wir wollen, dass sie auf ihrem Bildungsweg die gleichen Chancen haben wie alle ihre Altersgenossen.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie alle kennen die Stellungnahmen zum vorliegenden Gesetzentwurf. Hier gibt es unterschiedliche Prioritäten. Dazu möchte ich eines deutlich sagen:

Für uns ist es selbstverständlich, dass wir die Bedenken und Anregungen der Betroffenen ernst nehmen. Vor allem muss das bisherige Nebeneinander von bundes- und landesrechtlichen Vorschriften ein Ende haben. Das ist uns sehr wichtig. Wir werden deshalb im nächsten Schritt gemeinsam mit den Kommunen und den Trägern von Kindertagesstätten auf die Schaffung einer landesweiten **Sozialstaffel** hinarbeiten. Denn klar ist: Die Entlastung für Familien mit geringerem Einkommen darf nicht davon abhängig sein, in welchem Kreis oder in welcher kreisfreien Stadt sie wohnen. Außerdem werden wir so auch Verwaltungsaufwand in diesem Bereich verringern können. Für den SSW steht fest: Mit dieser Änderung des Kita-Gesetzes gehen wir einen wichtigen Schritt in Richtung eines gerechteren Bildungssystems. Diese Maßnahme war lange überfällig.

Ich will aber auch deutlich sagen: Wir gehen schrittweise vor. Es ist noch nicht lange her, dass CDU und SPD das kurz vorher eingeführte beitragsfreie dritte Kita-Jahr wieder abgeschafft haben. Dies hat nicht nur etlichen Kindern faktisch den Zugang zur frühkindlichen Bildung verwehrt, sondern auch zu sehr viel Unmut geführt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben Sie das jetzt wieder eingeführt?)

So etwas darf sich nicht wiederholen. Aus diesem Grund gehen wir behutsam mit dem ganz klaren Ziel vor, letztendlich allen Kindern die gleichen Startchancen zu geben. Entsprechend handeln wir. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Flemming Meyer, zunächst einmal brennt einem die Frage unter den Nägeln, ob ihr denn ein kostenloses Kita-Jahr wieder eingeführt habt, wenn es doch die sozialpolitische Katastrophe war, dass die letzte Landesregierung aus Kostengründen das wirklich verantwortungslos eingeführte kostenfreie

(Dr. Heiner Garg)

Kita-Jahr wieder abgeschafft habt. Habt ihr es wieder eingeführt: Ja oder nein?

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Ihr habt das nicht, ich nehme an, aus gutem Grund.

(Zurufe SPD)

Genau auf diesen Grund möchte ich hier noch einmal darauf zu sprechen kommen, denn das, was der Kollege Dudda hier gesagt hat, möchte ich noch einmal verstärken. Lieber Wolfgang Baasch: Sozialpolitisch sind sich hier alle einig. Sozialpolitisch wollen hier in diesem Parlament alle das Gleiche. Aber eigentlich hätten auch Sie als regierungstragende Fraktion diesem Gesetzentwurf mit dieser Begründung im Sozialausschuss nicht zustimmen dürfen. Sie dürfen es sich nicht gefallen lassen, mit der Aussage abgespeist zu werden, das seien „überschaubare Kosten“. Denn Sie wissen doch ganz genau, dass unter dem Vorzeichen der Schuldenbremse, unter dem Vorzeichen, dass knappe finanzielle Ressourcen so effizient wie möglich eingesetzt werden müssen, eine **Kostenfolgeabschätzung** von Ihnen geradezu eingefordert hätte werden müssen, gerade wenn Sie das sozialpolitische Ziel in den nächsten Jahren weiter verfolgen wollen.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Ich appelliere an Sie. Frau Erdmann, im Hinblick auf Ihren Redebeitrag gibt es sozialpolitisch überhaupt keine Differenzen. Aber Sie müssen doch sehen und eine Antwort vom zuständigen Ministerium darauf verlangen, ob die Frage der **Konnexität** geklärt ist. Das ist sie nicht. Also muss das Ministerium diese Frage beantworten. Wenn das heute nicht geht, dann muss der Gesetzentwurf zurück in den Ausschuss überwiesen werden. Alles andere wäre fahrlässig, und es wäre wissentlich unsinnig, das hier einfach zu verabschieden.

Kosten: Wer predigt denn immer Nachhaltigkeit? In der vergangenen Debatte haben Sie das gerade wieder getan. Nachhaltig heißt, dass Sie das, was Sie hier mit dem Gesetzentwurf verursachen, auch im Hinblick auf die Kosten abschätzen können. Wenn Sie sich wirklich selbst ernst nehmen, dann dürfen Sie sich mit einer Größenordnung „überschaubar“ nicht zufriedengeben, sondern dann müssen die Damen im Ausschuss eben noch einmal ran und Ihnen genau sagen, was es kostet. Die Fragen des Landesrechnungshofs müssen beantwortet werden!

Insofern appelliere ich noch einmal an Sie als regierungstragende Fraktion: Lassen Sie sich dieses Ver-

fahren nicht gefallen, überweisen Sie den Gesetzentwurf zurück in den Ausschuss, lassen Sie uns die Fragen ordentlich beantworten und dann einen vernünftigen Gesetzentwurf verabschieden, wenn die Fragen geklärt sind!

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann den Wunsch nach Kostentransparenz sehr gut nachvollziehen. Ich bin jetzt seit 3,5 Jahren in diesem Haus und habe mich eingehend mit der Frage, wie teuer **Sozialstaffeln** sind, beschäftigt. Das Interessante ist, dass kaum jemand dazu etwas sagen kann, weder die kommunalen Landesverbände noch die LAG der Wohlfahrtsverbände noch die Ministerien - egal ob es Frau Staatssekretärin Langner war oder ob es damals Minister Dr. Klug gewesen ist. Es ist eben sehr schwer zu ermitteln. Das haben wir in Oppositionszeiten übrigens auch am Ende geschluckt und gesagt: Okay, das ist wirklich sehr schwer zu ermitteln.

Wenn wir jetzt also sagen, wir geben das noch einmal zurück in den Ausschuss, was wäre damit gewonnen - einmal davon abgesehen, dass das Gesetz zum nächsten Kita-Jahr nicht in Kraft treten könnte?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir könnten es im Juni verabschieden!)

Wenn wir es noch einmal in den Ausschuss geben würden, stellt sich die Frage, ob das zu einem Erkenntnisgewinn führen würde. Ich bin sehr sicher, dass man daraus keinen Erkenntnisgewinn erzielen würde, denn wir haben die **Kreise** explizit danach gefragt, was an **Kosten** auf uns zukommt.

Es gibt zwei Punkte - um einfach einmal zu sagen, warum Frau Langner zu ihrer Auffassung kommt -, die dabei wichtig sind. Es gibt zwei Kreise im Land, die anders verfahren. Wir haben also die Vernunft schon eingeschaltet, Herr Dudda. Warum fällt es diesen Kreisen so unglaublich schwer, etwas darüber zu sagen, wie hoch die Kosten sind? - Es fällt diesen Kreisen offensichtlich deshalb so schwer, weil Einzelfallprüfungen gemacht werden. Es wurde schon angesprochen, dass es bereits jetzt einen individuellen Anspruch nach dem SGB gibt. Der

(Anke Erdmann)

wird jeweils geprüft. Deshalb fällt es den Kreisen, die diese Zahlen haben - die hat ja nicht Frau Langner, die hat auch nicht Frau Alheit, die liegen in den Kreisen - offensichtlich so schwer, das zu ermitteln. Eine weitere Runde durch den Ausschuss würde da also überhaupt nichts bringen. Wir haben mehrfach nachgefragt. Das war jetzt nicht das erste Mal in diesem Jahr.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dudda?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, mit Vergnügen.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Frau Erdmann, das ist völlig logisch und konsequent, das kann ich nachvollziehen. Dennoch würde mich interessieren, was denn „überschaubare Kosten“ sind. Denn es muss ja einen Ansatz von Kosten da sein, es muss doch klar sein, was die Geschichte kostet. Ansonsten kann ich doch nicht von überschaubaren Kosten sprechen. Wenn wir das ansatzweise wüsten, dann müssten wir hier nicht über die Zahl X sprechen, sondern könnten hier verantwortlich Politik machen.

- Ich habe davon nicht gesprochen. Ich sage nur für mich, dass das eine Frage der Abwägung ist. Wenn wir seit drei, vier Jahren bei diesem Thema auf der Stelle treten, dann stellt sich für mich die Frage, an welcher Stelle wir nach vorn kommen. Ich habe für mich eine Abwägung durchgeführt.

Es geht erstens um zwei Kreise. Zweitens erreichen mich aus den Kreisen zwei verschiedene Ansagen. Das habe ich vorhin ausgeführt. Die erste Ansage: Es gibt kein Problem für die Familien, wir rechnen für sie sowieso das Optimale aus. Dann kann es aber nicht so teuer sein. Das ist die eine Aussage.

Die andere ist - im gleichen Atemzug -, sie kommt teilweise auch von den kommunalen Landesverbänden: Aber die Regelung ist extrem teuer, und die Kosten in allen anderen Städten und Kreisen, wo wir freiwillig - das ist wirklich prima - über diese Regelung weit hinausgehen, stellen wir euch auch noch in Rechnung! Ich glaube, da werden zwei Dinge miteinander vermischt. Ich würde mich freuen, wenn wir einfach diesen kleinen Schritt einmal nach vorn gehen könnten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, bitte!

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Kollegin Erdmann, wenn man Ihrer Argumentation folgen würde, wären Sie dann wenigstens mit mir einer Meinung, dass die Frage der Konnexität sehr wohl in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu klären wäre und dass der Gesetzentwurf, wenn er im Juni verabschiedet würde, sehr wohl noch zum nächsten Kita-Jahr seine gewollte - ich sage ganz bewusst „gewollte“ - sozialpolitische Wirkung entfalten könnte?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bin nicht der Meinung, dass eine weitere Runde im Ausschuss weitere Erkenntnisse bringen würde. Wir haben selbst geprüft, wie es mit der **Konnexität** aussieht. Das ist ähnlich wie bei der Frage, die sich zur Konnexität im Zusammenhang mit dem Ausbau der U3 ergeben hat. Dazu gibt es möglicherweise zwei verschiedene Positionen. Ich bin der Meinung, dass wir an der Stelle auch ohne Konnexität durchkommen werden. Das ist nicht nur meine Privatmeinung, sondern wir haben das auch prüfen lassen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zu welcher Meinung sind Sie denn gekommen?)

Wenn es weiter keine Fragen gibt, möchte ich noch einmal an Sie appellieren, jetzt keine weitere Runde durch den Ausschuss zu drehen. Wir haben das Thema schon diverse Male bewegt. Herr Dr. Klug hat versucht, da auch einen Schritt nach vorn zu gehen. Es war erkennbar schwierig, einen nächsten Schritt zu machen. Ich würde sagen: Jetzt einmal ein Ruck nach vorn, das wird schon gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Frage der **Konnexität** müssen wir unterscheiden zwischen freiwilligen Leistungen, die die **Kreise** im Moment erbringen, weil sie es für richtig halten, und Leistungen, die wir gesetzlich vorgeben, also pflichtigen Leistungen. Ich kann kaum sagen, wir haben eine pflichtige Leistung und die Kreise, die sie im Moment freiwillig leisten, bekommen dafür keine Entschädigung, nur die zwei Kreise, die im Augenblick dieser pflichtigen Leistung nicht nachkommen beziehungsweise diese freiwillige Leistung nicht erbringen, bekommen einen entsprechenden Ersatz. Das kann doch wohl nicht das Ziel einer Politik sein.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Wenn, dann muss für alle Kreise die Frage nach der Konnexität gestellt werden, und das ist in der Tat eine Hausnummer, die sich nicht nur auf zwei Kreise bezieht, sondern die sich dann auf alle Kreise in Schleswig-Holstein bezieht. Frau Erdmann, insofern ist das alles andere als einfach. Das ist in der Tat kompliziert. Deshalb muss die Frage der Konnexität an der Stelle auch geklärt sein, vor allen Dingen auch, weil Sie gerade sagen, das greife zum nächsten Kita-Jahr. Es ist nicht klar, welche Auswirkungen das eventuell rückwirkend auf den Haushalt 2013 haben wird. Denn im Augenblick stehen im Haushalt 2013 für die **Sozialstaffel**, für die 85-%-Klausel, überhaupt keine Mittel. Das heißt also, wenn es tatsächlich dazu kommt, die Kommunen sind ja durchaus ein Stück weit auch klagefreudig, wenn es also wirklich zu einer rechtlichen Auseinandersetzung an der Stelle käme, hätte das auch Auswirkungen auf den jetzigen **Landeshaushalt**. Das ist bei Ihnen überhaupt nicht berücksichtigt.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Deswegen kann ich dem Vorschlag der FDP an der Stelle wirklich nur folgen und sagen: Noch eine Runde im Ausschuss! Herr Garg hat vollkommen recht, wenn wir das in der nächsten Landtagstagung verabschieden, wären wir immer noch in der Lage, hier eine entsprechende Entscheidung zu fällen.

Diese Frage muss geklärt werden. Man kann doch keine Luftbuchungen nach dem Motto machen: Wir machen jetzt mal, dann wird's schon gut gehen, und irgendwo schaufeln wir das Geld her! Auf der anderen Seite sind Sie nicht bereit, die Tarifvereinbarung für die Beamten zu übernehmen. So kann man keine Politik in Schleswig-Holstein machen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch für einen Dreiminutenbeitrag das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben erstens gesagt: Es ist ein erster Schritt, der gegangen werden soll.

Zweitens ist deutlich geworden: Er ist notwendig, weil genau das, was Heiner Garg beschrieben hat, nicht eingetroffen ist. Man hat das dritte, gebührenfreie Kindergartenjahr zurückgedreht und versprochen, eine landesweite, einheitliche **Sozialstaffel** einzuführen. Das hat man unter Schwarz-Gelb leider nicht hingekriegt. Man hat es wohl hingekriegt, eine Klage gegen sich zu haben - nichts anderes. Jetzt ist die Situation so, dass wir in dem Bereich, in dem wir etwas regeln können, für ALG-II- und Sozialgeldbezieherinnen und -bezieher etwas regeln, was zur **Gebührenfreiheit** führt.

Die Frage der realen **Kosten** ist in den Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände nicht enthalten. Die wissen auch nicht, wie viel das ausmacht, weil sie von ihren Orten kaum eine Rückmeldung erhalten. Wenn eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe in eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe umgewandelt wird, ist die Frage, wie man das berechnen will. Da gibt es sehr unterschiedliche Tatbestände. Das einzig Vernünftige ist, dass man sich zusammensetzt und berät, wie man zu einem Ergebnis kommen kann, das von allen getragen werden kann. Dadurch dass Sie die landeseinheitliche Sozialstaffel nicht hinbekommen haben, haben Sie den Brunnen so vergiftet, dass es keine Gespräche gegeben hat.

(Zuruf CDU: Sie tragen die Haushaltsverantwortung!)

Es gibt nicht einmal Zahlen. Sie haben es in zweieinhalb Jahren nicht einmal geschafft, Zahlen zusammenzutragen.

(Anita Klahn [FDP]: Sie doch auch nicht!)

Ich finde es schon ziemlich dreist, sich hier hinzustellen und Zahlen einzufordern.

(Beifall SPD)

Wir wollen im **Kindertagesstättengesetz** regeln, dass Sozialgeld- und ALG-II-Bezieherinnen und

(Wolfgang Baasch)

-Bezieher freigestellt werden. Wir werden mit den Kommunen aushandeln müssen, was das in Form von Erstattungen bedeutet beziehungsweise - -

(Zuruf)

- Die Aussage der Staatssekretärin ist richtig: Das ist ein geringer Betrag. Da kann nicht viel bei rumkommen. Wir sind auf dem Weg.

(Anita Klahn [FDP]: Dann können Sie den Betrag nennen!)

- Frau Klahn, ich wollte gerade zu Ihnen kommen. Sie haben angesprochen, dass auch die Bundessozialgesetzgebung geändert werden muss. Das Dritte in diesem Zusammenhang ist, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen müssen, die Bundessozialgesetzgebung im SGB VIII zu ändern, damit entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Man kann sich hier auch hinstellen und sagen: Weil wir das alles nicht haben, können wir gar nichts tun. Ich glaube, gar nichts zu tun, ist falsch. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Für die Landesregierung hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Frau Kristin Alheit, das Wort. - Bitte schön.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Diskussion und die beim Sozialausschuss eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen machen deutlich: Die Materie ist sehr komplex. Sieht man sich die Sache simpel an, merkt man, die Begründung des Gesetzentwurfs macht deutlich, wofür es uns hier geht. Es geht darum, dass in keinem Landesteil unseres schönen Landes eine Familie, dass kein Mensch, der nur Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld bezieht, **Kita-Gebühren** zahlen muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das ist eine völlig richtige und überschaubare Sache. Da sind wir uns in der Sache einig. Das ist an vielen Stellen deutlich geworden. Ich finde es wichtig, darauf hinzuweisen.

Sie wissen auch - das ist von mehreren gesagt worden -, dass die Landesregierung die generelle Kita-Beitragsfreiheit für wünschenswert hält. Wir streben das an. Wir streben auch die hier schon mehrfach erwähnte landeseinheitliche **Sozialstaffel** an, die Eltern entlastet, die zwar mehr als nur Sozialgeld beziehen, aber damit eben immer noch kein üppiges Einkommen haben. Das bewirkt diese Regelung noch nicht. Sie ist ein Anfang, ein erster Schritt und setzt ein deutliches Zeichen dafür, wo wir hinwollen. Das finde ich wichtig.

(Beifall SPD und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich halte diesen Schritt und dieses Zeichen für ein zwingendes Gebot der Gerechtigkeit.

Deutschlandweit wird im Moment diskutiert, ob am 1. August der Rechtsanspruch, für Kinder ab dem 1. Lebensjahr einen **Krippenplatz** zu haben, verwirklicht werden kann. Das ist für die Menschen wichtig und interessant. Inzwischen haben alle begriffen, dass es bei der Krippe einerseits um Betreuung geht, also um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, andererseits aber auch darum, dass Kinder **vorschulische Bildung** erhalten, dass damit wirklich Chancengleichheit verwirklicht werden kann.

Ich meine, es kann eben nicht sein, dass wir diese Teilhabemöglichkeit von Krippe ausbauen und ausgerechnet bei den Kindern, die sozial benachteiligt sind, dafür Sorge tragen, dass sie nicht dabei sein können. Darum ist es gut und wichtig, dass Familien, die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II oder vergleichbare Einkünfte erhalten, von dieser Beitragspflicht befreit sind. Darum ist es erforderlich, dass die Kreise, die von der jetzt noch bestehenden satzungsmäßigen Möglichkeit von Regelsätzen unter 100 % Gebrauch machen, ihre Satzungsregelung anpassen. Sie, meine Damen und Herren, haben heute die Chance, das festzusetzen.

In den letzten Wortbeiträgen ist deutlich geworden, dass diese **Beitragsfreiheit** auch gegenfinanziert werden muss. Es ist aber auch von fast allen Rednern festgestellt worden, dass diese Beitragspflicht im SGB VIII bereits geregelt ist.

(Heike Franzen [CDU]: So ist es!)

Es ist also nicht so, dass für die Beitragsfreiheit nachweislich neue Kosten entstehen. Es soll nicht übersehen werden, dass die Kommunen schon jetzt bundeseinheitlich eine Erstattungspflicht aus dem Recht der sozialen Sicherung haben. Die Tatsache, dass möglicherweise nicht alle Eltern von diesem

(Ministerin Kristin Alheit)

Anspruch wissen, dass sie ihn nicht geltend machen können, sagt nichts über das Bestehen des Anspruchs aus. Das ist etwas, was wir mit diesem Gesetz sehr wohl ändern können, dass dieser Anspruch bekannt wird. Das ist es auch, worauf es meiner Ansicht nach politisch ankommt, nämlich dass wir im Interesse der Kinder von Schleswig-Holstein deutlich machen, dass dieser Anspruch besteht und jeder Kreis ihn anwenden muss. Es gibt kein Vertun. Das Ausgrenzen von Kindern von früher Bildung kann sich unser Land weder wirtschaftlich noch sozial leisten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, ich finde daher, der vorliegende Gesetzentwurf ist ein richtiges Angebot an die Familien, um die es bei uns geht. Es ist insgesamt ein guter erster Schritt in die Richtung für eine **beitragsfreie Kita**. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist Rücküberweisung in den Sozialausschuss beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Sachabstimmung. Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 18/436. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist bei Enthaltung der Fraktionen von PIRATEN und FDP gegen die Stimmen der CDU mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW angenommen.

Wir kommen jetzt noch zu zwei ersten Lesungen, für die keine Aussprache vorgesehen ist. Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/826 \(neu\)](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN sowie der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/848 \(neu\)](#)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vereinbart. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6 wird nach Einordnung in die Tagesordnung durch die Parlamentarischen Geschäftsführer nach der Mittagspause aufgerufen. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause. Wir sehen uns um Punkt 15 Uhr zu den Beratungen wieder.

(Unterbrechung: 13:00 Uhr bis 15:03 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Mitglieder der Senioren-Union des Kreises Schleswig-Flensburg und Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schule des Kreises Ostholstein in Eutin zu begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Regionale Kompetenz erhalten und nutzen!

Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/849](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Neuanschaffung von Hafenkranen im Flensburger Hafen, das Konversionsmanagement in Schleswig-Flensburg, das Kongresszentrum in Husum, die neuen Berufsbildungsstätten der Handwerkskammer Flensburg, die Erweiterung des Schifffahrtsmuseums in Flensburg, das Naturzentrum in Bredstedt oder das Tourismuskonzept in Eiderstedt; all dies sind Projekte, die von der Entwicklungsagentur Nord für das Zukunftsprogramm Wirtschaft begleitet wurden.

Wie im Norden, so gibt es landesweit eine Fülle von **Projekten**, die eines gemeinsam haben: Sie werden seit 2006 von den Verantwortlichen vor Ort unter breiter Beteiligung und im Dialog der Regionen miteinander auf den Weg gebracht. Gerade dies ist der Wert der **Regionalbeiräte**, in denen alle Akteure der Regionen zusammenarbeiten. Deswegen war die Einbeziehung der Regionen damals eine ausgesprochen gute Entscheidung.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Als ich - wie auch meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion - vor wenigen Tagen von der Ankündigung des Wirtschaftsministers an die betroffenen Regionen gehört habe, hat es mir glatt die Sprache verschlagen. Sie wollen offenbar künftig zentral in Kiel ohne Beteiligung und den Dialog darüber entscheiden, in welche Projekte und in welchen Landesteil die **Fördermittel** fließen sollen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall CDU und FDP)

Dass Sie den Verantwortlichen vor Ort so wenig zutrauen, ist unbegreiflich. Eines steht fest: Wenn Sie Ernst machen und die Regionalbeiräte mit Beginn der neuen Förderperiode abschaffen, dann haben die Regionen in unserem Land das Nachsehen. Dann werden die **europäischen Fördermittel** für das Zukunftsprogramm Wirtschaft nämlich künftig **ohne regionale Beteiligung** allein vom Kieler Kabinettsstisch aus verteilt. Statt auf regionale Kompetenz zu setzen, ziehen Sie die Entscheidungsbefugnis über die Mittelverteilung gänzlich an sich.

Wir kennen dies allerdings schon aus einigen anderen Bereichen. Die Regionalplanung haben Sie den Kommunen aus der Hand gerissen, um zukünftig in Kiel zentral über die Zukunft einzelner Landesteile entscheiden zu können. In der Schulpolitik nehmen Sie den Schulen Entscheidungsspielräume, um zentral Ihre Ideologie durchsetzen zu können. Bei den Straßenausbaubeiträgen werden die Bürger wieder

von Ihnen zentral zur Kasse gebeten. Bei der angekündigten Novellierung des Landesentwicklungsplans werden wir - hier bin ich sehr sicher - erleben, dass auch über Wohnungsbau und Wirtschaftsentwicklung wieder zentral in Kiel entschieden werden soll. Damit machen Sie jeden Dialog zur Farce und verfolgen Ihr eigenes und einziges Ziel, nämlich Ihre rot-grün-blaue Ideologie über die Köpfe der Menschen hinweg in Schleswig-Holstein zentral durchsetzen zu können.

(Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, das hat nichts mit **Dialog und Beteiligung** zu tun. Das ist reine **Bevormundung**. Wenn die schwache Wahlbeteiligung am vergangenen Sonntag bei der Kommunalwahl eines zeigt, dann doch sicherlich auch die Notwendigkeit, den Menschen Verantwortung zu geben, bei den Menschen Begeisterung für das aktive Mitwirken zu wecken und sie eben nicht zu bevormunden.

(Beifall CDU)

Das derzeitige Vergabeverfahren beim Zukunftsprogramm Wirtschaft sichert die fachgerechte Beteiligung der Regionen und die Einbeziehung des dort vorhandenen Sachverständigen. Das ist ein wichtiger Schlüssel, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar unter Beteiligung der Regionen und passend zu den von Ihnen entwickelten Zukunftskonzepten.

Hieran wollen wir als CDU künftig festhalten. Wir vertrauen auf die aktive Mitwirkung der Menschen in unserem Land. Die links-dänische Koalition wäre gut beraten, dies auch zu tun. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Trauen Sie den Menschen in Schleswig-Holstein endlich einmal etwas zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute nicht zum ersten Mal über die **Reform der EU-Strukturfonds** und die neue EU-Förderperiode ab 2014. Es wird angesichts des schwierigen Abstimmungsprozesses auf europäischer Ebene und angesichts der Veränderungen, die die neue Förderperiode mit sich bringen wird, auch

(Regina Poersch)

sicher nicht das letzte Mal sein. Es wird insbesondere deshalb nicht das letzte Mal sein, weil wir in der neuen Förderperiode nicht nur mit wesentlich weniger Fördermitteln als in den vergangenen Perioden zu rechnen haben.

Auch wenn noch nicht auf Euro und Cent ausgerechnet gesagt werden kann, wie viel weniger Geld Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren für die Strukturförderung erhalten wird, denn die Beratungen zwischen Rat, Kommission und Parlament im sogenannten Trilog haben gerade erst begonnen, so können wir doch aufgrund der Entscheidung im Europäischen Rat vom Februar schon abschätzen, was die Entscheidung auf europäischer Ebene für die zukünftige Förderung in Schleswig-Holstein bedeuten wird.

Die einzelnen Ressorts sind bereits fleißig am Schätzen, Rechnen und Planen, denn eines ist klar: Für den **EFRE** rechnen wir mit bis zu einem Drittel weniger **Mittel** als in der laufenden Förderperiode. Wir rechnen auch mit höheren Auflagen seitens der EU im Zusammenhang mit der Verwendung der Mittel. Ein Beispiel dafür ist die Anpassung an die Ziele der EU-2020-Strategie. Hier muss es an der einen oder anderen Stelle eine Umsteuerung geben. Dies gilt umso mehr, als gleichzeitig für die einzelnen Programme bereits Anmeldungen vorliegen, die - um beim Beispiel EFRE zu bleiben - bereits heute zu einer fünffachen Überzeichnung führen. Das Geld ist also knapp. Ich finde, hier sollten wir lieber so viele Projekte wie möglich fördern.

Meine Damen und Herren, das Wetter der CDU gegen die vermeintliche Abschaffung der Regionalbeiräte ist blanker Populismus.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die **regionale Beratung** nicht abschaffen. Die Kompetenz aus allen Teilen unseres Landes ist uns wichtig. Wir wollen sie nutzen und von ihr profitieren. Wir müssen aber die Frage stellen, ob und wie die Beratung und Begleitung von Förderanträgen effizienter gestaltet werden könnte. Genau darüber hat die Landesregierung seit Monaten mit den Betroffenen diskutiert.

Vielleicht noch einmal zur Klarstellung: Regionalbeiräte gibt es nur für das EFRE-Programm und nicht, wie die CDU in ihrem Antrag glauben machen will, auch zur Umsetzung des **ESF**. Beim ESF arbeitet bereits ein **landesweiter Begleitausschuss** ganz erfolgreich an der Umsetzung mit. Übrigens sind unter anderem da auch die Regionen, die kommunalen Gebietskörperschaften sowie regionale

Akteure allgemein beteiligt. So einen landesweiten Begleitausschuss gibt es zusätzlich zu den Regionalbeiräten bereits beim EFRE-Programm.

Liebe CDU-Fraktion, ich muss wirklich sagen, Ihr Antrag lässt da handwerklich zu wünschen übrig. Mit Ihrer Überlegung, diesen Begleitausschuss zu einem landesweiten Monitoring-Ausschuss auszubauen, selbstverständlich unter regionaler Beteiligung, versucht die Landesregierung, den neuen finanziellen und auch inhaltlichen Rahmenbedingungen, die die EU für die neue Förderperiode ausgibt, gerecht zu werden.

Wir müssen uns doch fragen: Was wollen wir für Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren erreichen? Wollen wir die Mittel, die das Land zur Strukturförderung aus Europa erhält, wirklich zur Umsetzung der Ziele der EU-2020-Strategie einsetzen und so dafür sorgen, dass sich das Land mit neuen innovativen Ideen und Projekten gezielt weiterentwickelt? Wollen wir also die Mittel effizient für die Entwicklung des Landes einsetzen, oder wollen wir einen deutlich höheren Anteil als bisher für die Verwaltung der Förderprogramme verwenden? Ist es nicht bei weniger Mitteln sinnvoller, sie für zielführende Projekte zur Verfügung stehen, auch zu überprüfen, ob vorhandene Strukturen nicht effektiver arbeiten könnten? - Genau diese Fragen werden gerade besprochen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Johannes Callsen [CDU]: Dann können Sie unserem Antrag ja zustimmen!)

Wir wollen die Regionalbeiräte nicht abschaffen, aber wir müssen knappere Mittel auch wirksam einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei entscheidende Veränderungen für die nächste **EFRE-Förderperiode** für 2014 bis 2017 werden die Vergabe der Mittel für Schleswig-Holstein beeinflussen: Erstens wird es in der nächsten Förderperiode deutlich weniger Geld geben, und zweitens wird die Regionalförderung stärker auf bestimmte Schwerpunkte ausgerichtet sein, die

(Dr. Andreas Tietze)

nicht wir zu bestimmen haben, sondern die die EU-Kommission in Zusammenarbeit mit dem EU-Parlament festlegt. Das wissen Sie. Und daher wird das Prinzip „Gießkanne“ in der nächsten Legislaturperiode schwieriger werden. Die Verhandlungen, die jetzt auf Seiten der EU-Kommission geführt werden, zeigen, dass es klare Leitplanken gibt. Und diese Leitplanken werden auf die Fördersystematik heruntergebrochen.

Dennoch müssen wir die **Planung auf Landesebene** jetzt schon zum Abschluss bringen und ein wenig vorausschauend fahren, ohne zu wissen, was letztendlich in dem Streit zwischen EU-Kommission und Parlament herauskommt. Das ist auch die Schwierigkeit, das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Aber diese Veränderungen, die ich genannt habe, weniger Mittel und klare Zielperspektiven beziehungsweise Leitplanken, sind die genannten Konstanten. Und daran müssen wir jetzt auch schon arbeiten. Wenn geringere Mittel zur Verfügung stehen, dann ist ein „Weiter so!“ schon aus diesem Grunde nicht möglich.

Das ist übrigens auch die zentrale Schwäche in Ihrem Antrag, Herr Callsen, in dem Sie zum Ausdruck bringen, dass im Grunde genommen alles so bleiben soll, wie es ist. Denn es geht ja auch um Stellen, um die wir uns am Ende des Tages dann auch streiten werden. Wenn es weniger Mittel gibt, wird es auch weniger Ressourcen für Personal geben. Dann werden auch Sie die Frage zu beantworten haben, wie Sie bei der Beibehaltung Ihrer Vorstellung der **Regionalbeiräte** die **Finanzierung** sicherstellen wollen. Dieses Problem müssen wir lösen. Ich möchte nur darauf hinweisen.

Es ist wichtig, dass die finanziellen Fragen geklärt werden - gar keine Frage. Deshalb hat mich Ihre Klassenkampfrhetorik am Ende Ihres Beitrags ein bisschen gewundert. Das war wirklich überflüssig, das hätten Sie sich sparen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich habe selber schon einmal in einem solchen Beirat mitgewirkt und darf darauf hinweisen, dass es oft nach dem Motto funktioniert: Stimmt du meinem Projekt zu, stimme ich deinem Projekt zu. - Das ist ja nicht unbedingt zu kritisieren, aber die kommunalen Gebietskörperschaften haben vielfach auch - das darf ich einmal kritisch anfügen - eine gewisse Konsumhaltung gegenüber der EFRE-Förderung. Dass irgendjemand von oben das Geld schon wieder bereitstellen wird, wird künftig nicht mehr so kommen. Daher wird es gerade auch in

dieser Debatte darum gehen, welche **qualitativen Ziele** da zu erarbeiten sind. Das wird uns auch hier in der Diskussion beschäftigen. Daher werden wir dafür stimmen, Ihren Antrag in den Ausschuss zu überweisen.

Ganz anders ist das Thema „Beteiligung der Zivilgesellschaft“. Da wird die EU klar darauf hinweisen, dass dies ein „Muss“ sein wird. Das ist für uns auch ein ganz wichtiger Aspekt. Die **Zivilgesellschaft** muss beteiligt werden, und zwar ohne Wenn und Aber. Es geht auch nicht, wie Sie suggerieren, um das Ob der Beteiligung, sondern um das Wie der Beteiligung. Darüber sind wir uns doch hier im Hause einig.

Dazu darf ich Ihnen auch sagen: Da ist die Messe auch noch nicht gesungen. Deshalb müssen wir uns fragen, wie dies gesteuert werden soll. Da darf man dann auch noch einmal den Blick über den Bundestellerrand hinausschweifen lassen. Wollen wir das jetzt über Gremien - das ist die eine Möglichkeit - oder wollen wir es über Verfahren steuern? Da ist es doch interessant, was die grün-rote-Landesregierung in Baden-Württemberg gerade macht. Die wollen das nämlich im Rahmen eines Wettbewerbs unter den Kommunen steuern. Es wird nicht starr an Gemeindegrenzen festgehalten, sondern auch der Gesichtspunkt sozialräumlicher Betrachtung berücksichtigt. Es heißt dort integrierte **territoriale Investition**. Ich finde das sehr interessant mit einer konsequenten Bottom-up konstruierten Entscheidungskultur. Da gibt es Spielräume, die sich strategisch vor dem Hintergrund einer ordentlichen Zivilbeteiligung orientieren. Das muss man bedenken, und wir würden das gerne in die Debatte im Ausschuss einbringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An einer vernünftigen Beteiligung führt also kein Weg vorbei. Bei weniger Geld für technische Hilfen wird es sehr darauf ankommen, die begrenzten Mittel vernünftig und effizient einzusetzen. Das ist das, was wir gemeinsam für das Land Schleswig-Holstein und im Übrigen auch für die Qualität der Projekte zu leisten haben.

Deshalb möchte ich Sie herzlich einladen. Es tut mir Leid, wenn ich das jetzt hier zitieren muss. Die FDP wird sich freuen. Es gilt der alte Spruch, der meiner Meinung von Herrn Brüderle stammt: Vor dem Dübeln kommt das Gröbeln.

Bei der von der EU geplanten Veränderung liegen auch Chancen und Potenziale.

(Unruhe)

(Dr. Andreas Tietze)

- Sie hätten bei diesem Spruch ja einmal applaudieren können.

Um es ganz klar zu sagen: Wir wollen die Kommunen mitnehmen, wir wollen sie aktiv einbeziehen. Wir wollen ihnen auch den Ball an dieser Stelle zurückspielen und sie auffordern: Macht uns doch Vorschläge, wie ihr euch künftig unter den veränderten Rahmenbedingungen eine **kommunale Beteiligung** vorstellt. Um es klar und deutlich zu sagen, in diesem Prozess wird es sehr auf die zivilgesellschaftliche Beteiligung ankommen. Diese Koalitionsfraktionen werden die Beteiligung in diesem Prozess stärken und nicht schwächen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die bestehenden **Regionalbeiräte**, die in die **Vergabeentscheidung von EFRE-Fördermitteln** einbezogen sind, haben nach Auffassung der FDP-Fraktion eine wichtige und wertvolle Funktion. Sie bündeln maßgeblichen Sachverstand in den einzelnen Regionen des Landes. Vor Ort ist das Wissen, die Expertise und das Urteilsvermögen über die Sinnhaftigkeit wirtschaftlicher Strukturförderung eher anzutreffen, als dies von Kieler Schreibtischen aus zu erwarten ist.

(Beifall FDP und CDU)

Und zugleich sorgen die Regionalbeiräte damit auch für das notwendige Maß an **Transparenz** bei der **Vergabe von Fördermitteln**, die bei einer zentralistisch organisierten Vergabepaxis eben nicht zu erwarten ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Mauscheleien und das Bedienen politisch gewünschter Förderprojekte sind eher bei einer zentralistischen Regelung zu befürchten. Auch dies spricht für die Beibehaltung der bestehenden und der bewährten Praxis.

Die Landesregierung vermag aus unserer Sicht keine überzeugenden Argumente für die Abkehr von einer regionalen Beteiligung und Mitverantwortung bei der Vergabe von Mitteln der wirtschaftlichen Strukturförderung anzuführen. Sie stellt ohne Not

die erfolgreiche Tätigkeit der regionalen Geschäftsstellen infrage und missachtet den dort über Jahre hinweg akkumulierten Sachverstand. Allein die bevorstehende Verringerung der verfügbaren EFRE-Mittel ist kein Grund, zu einer **zentralistischen Vergabepaxis** überzugehen.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, im Übrigen wäre ein solcher Wechsel zu einer Zentralisierung bei der Planung und Vergabe von Fördermitteln auch ein krasser Bruch mit der Beteiligungs- und Dialogkultur, die sich die Regierungskoalition der Dänen-Ampel immer auf ihre Fahnen schreibt.

(Beifall FDP und CDU)

Zugleich wäre ein solcher Schritt extrem unfair gegenüber den Menschen, die sich in der Vergangenheit unter wechselnden Landesregierungen stets mit großem Engagement kenntnisreich und gewissenhaft für die Nutzung der EU-Fördermittel zugunsten der regionalen Strukturentwicklung eingesetzt haben.

Frau Kollegin Poersch, es geht - gerade in Zukunft - meines Erachtens nicht darum, so viele Projekte wie möglich zu unterstützen,

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

sondern es kann durchaus - dafür ist die regionale Expertise, das Urteil in der Region so wichtig - nach dem Prinzip „nicht kleckern, sondern klotzen“ bei reduzierten Mitteln darum gehen, Prioritäten zu setzen.

(Beifall FDP und CDU)

Und auch dafür ist die **Prioritätensetzung**, das **regionale Urteil** aus meiner Sicht ganz wesentlich. Meine Damen und Herren, deshalb fordert die FDP-Fraktion die Regierung und die sie tragenden Fraktionen auf, von ihren Vorhaben Abstand zu nehmen. Wir stimmen dem vorliegenden Antrag zu.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier nicht darum, altes Liebgewonnenes krampfhaft zu verteidigen, und wir sind natürlich bereit, strukturellen, aber auch finanziellen Verän-

(Angelika Beer)

derungen den nötigen Debattenspielraum zu geben und dafür zu sorgen, dass das möglich ist.

Bevor ich aus unserer Sicht einige grundsätzliche Ausführungen mache, möchte ich sagen, dass wir es dem CDU-Antrag zu verdanken haben, dass das Parlament jetzt überhaupt in die Beratung einbezogen

(Beifall CDU)

und dadurch verhindert wird, dass nur durch Weisungen und Verordnungen in einem Ministerium in gewachsene und wichtige Strukturen vor Ort eingegriffen wird, ohne dass es diskutiert wird.

Ich bin jetzt in der misslichen Lage, dass ich mich bezüglich dessen, was die Landesregierung plant, nur auf ein Interview im NDR mit Herrn Wirtschaftsminister Meyer - das Interview war sehr kurz; es war nicht so sehr informativ - und auf ein Schreiben der Projektgesellschaft Norderelbe nach einem Gespräch, das Sie dort geführt haben, beziehen kann. Das klingt, als sei es schon beschlossen. Selbst diese Projektgesellschaft, die eigentlich von einer solchen regionalen Zerschlagung weniger betroffen ist, warnt davor und sagt: Nur über eine aktive **Projektentwicklung vor Ort** kann ausreichend gefördert und können auch Projekte sinnvoll gestaltet werden.

Ich will dazu sagen - ich finde, das spricht für sich, und es ist gut, wenn es um Europa geht -, wir sollten schon zur Kenntnis nehmen, dass sowohl ein SPD-Bürgermeister aus Lübeck als auch ein CDU-Bürgermeister, ein Landrat aus Ostholstein die bisher bekannt gewordenen Pläne des Wirtschaftsministeriums kritisiert und zurückgewiesen haben. Das heißt, es geht hier nicht um Parteienstreit, sondern es geht darum, wie wir dafür sorgen können, dass die Projekte auch in Zukunft sinnvoll in der Region entwickelt und umgesetzt werden können.

Das Wort **Zentralisierung** will ich jetzt nicht weiter strapazieren. Ich glaube, es ist hier oft genug gefallen. Ich will jedoch ganz klar sagen: Europa hat schon heute ein Problem mit der Entfremdung zwischen dem, was europäisch umgesetzt werden soll, und den Einwohnern vor Ort. Die Expertise ist nun einmal in den Regionen und nicht in der Landeshauptstadt Kiel, wenn es darum geht, innovative Projekte für die Zukunft in den Regionen weiterzuentwickeln.

Deswegen sage ich an der Stelle: Je weniger Geld wir letztlich in den verschiedenen Töpfen haben mögen, umso wichtiger ist die **Expertise aus der Region**, umso mehr brauchen wir davon und nicht

weniger. Deswegen - das hat auch ein Kollege angesprochen - müssen wir es schon ernst nehmen. Die Kommunalwahl hat gezeigt, je mehr die Politik und wir die politische Partizipation aus der Region herausziehen - das ist nun einmal Zentralisierung -, umso weiter entfernen wir uns von den Menschen. Das können wir uns in der Europapolitik nicht leisten.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Ich sage das auch im Hinblick auf das nächste Jahr. Wir haben bei den Kommunalwahlen einen Denktzettel bekommen. Ich mag das auch gar nicht auf eine Partei beziehen. Wir werden in der Region wieder mehr werben müssen. Europa braucht Werbung, um nicht von irgendwelchen antieuropäischen Populisten, die sich jetzt gerade vermehren, weiter diffamiert zu werden. Das wäre schädlich.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa der Regionen - das ist nicht nur ein Spruch, sondern das steht auch dafür, dass wir für ein Europa der Vielfalt eintreten. Wir bitten deshalb die CDU ausdrücklich, diesen Antrag nicht nur zur Abstimmung zu stellen, sondern ihn in den Wirtschafts- und Europaausschuss zu überweisen,

(Beifall PIRATEN)

damit wir eine fach- und sachorientierte Debatte haben und alle am Ende sagen können: Wir haben weniger Mittel, aber wir können sie optimal einsetzen, und die Bürger und die Region entscheiden mit. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für den SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bündelung der **EU-Programme EFRE und ESF** gekoppelt mit GA-Mitteln des Bundes und mit eigenen Landesmitteln ist das Investitionsprogramm, um die wirtschaftliche Entwicklung im Land voranzubringen. In 2011 hat die Kommission die Weichen für den mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 vorgestellt, und seitdem laufen die Vorbereitungen.

Auch wenn wir heute nicht abschließend wissen, wie hoch der Finanzrahmen sein wird, so wissen

(Flemming Meyer)

wir doch, dass künftig mit deutlich weniger zu rechnen ist. Dies ist umso bedauerlicher, da Schleswig-Holstein diese Mittel gut gebrauchen kann. Aber wir wissen, dass es andere Regionen in Europa gibt, die weitaus größere soziale und regionale Probleme haben als wir in Schleswig-Holstein. Von daher war eigentlich absehbar, dass sich das hohe Niveau nicht halten lässt.

Neben den veränderten finanziellen Bedingungen ändern sich künftig auch die thematischen Ziele und **Investitionsprioritäten**. Hier sehen die Vorgaben der Kommission eine Konzentration und Schwerpunktsetzung in den Bereichen Forschung, technologische Entwicklung und Innovation, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Verringerung der CO₂-Emissionen vor.

Damit stehen wir vor großen Herausforderungen, die ein „Weiter so!“ ganz einfach nicht mehr zulassen. Aus diesem Grund ist es richtig und notwendig, über die bestehenden Strukturen in diesen Bereichen nachzudenken und sie auf den Prüfstand zu stellen. Das heißt, wir müssen die Begleit- und Umsetzungsstrukturen anpassen und optimieren. Wir wissen, dass es vonseiten der Landesregierung hierzu rechtzeitig Gespräche mit den entsprechenden Partnern gegeben hat.

Aus Sicht des SSW ist es immer wichtig gewesen, die **regionale Ebene** entsprechend zu beteiligen und einzubinden. Daran halten wir auch weiterhin fest. Die Überlegung, vonseiten der Landesregierung, ein zentrales **landesweites Empfehlungsgremium** einzurichten, bedeutet nicht den Ausschluss der regionalen Ebene. Die regionale Beteiligung in einem solchen landesweiten Gremium muss weiter gewährleistet sein, und die Voraussetzung dafür ist, dass die regionale Ebene partnerschaftlich im Gremium vertreten ist. Ich möchte klarstellen, dass diese Überlegung - wenn auch nicht überall - doch weitestgehend auf Akzeptanz in den Regionen gestoßen ist. Das begrüßen wir sehr.

Dieses **Partnerschaftsprinzip** ist zugleich Auftrag an die regionale Ebene, sich weiterhin mit regionalen Projekten zu beschäftigen und diese entsprechend zu vermitteln. Dies muss auch so sein. Denn ohne die Beteiligung der Regionen wäre ein zentrales Empfehlungsgremium nur die Hälfte wert.

Auch aus strukturpolitischer Sicht ist und bleibt die Beteiligung der Regionen von immenser Bedeutung. Es gibt Regionen im Land, die auf diese Mittel stärker angewiesen sind als andere. Daher muss die regionale Ausgewogenheit auch künftig ge-

währleistet sein. Alle Landesteile sind gleich wichtig. Daher muss die regionale Ebene entsprechende Berücksichtigung finden.

Wir werden auch nicht umhin kommen, die **Aufgaben der regionalen Geschäftsstellen** zu ändern. Dies ist eine notwendige Konsequenz des veränderten Finanzrahmens sowie der inhaltlichen Neuausrichtung. Die dadurch frei werdenden Mittel können dann in konkrete Projekte umgemünzt werden. Ich halte dies für eine notwendige Entscheidung, denn es kommt künftig mehr darauf an, die zur Verfügung stehenden Mittel effizient in Projekte in den Regionen umzusetzen. Schließlich sind die Mittel ja auch dafür gedacht.

Schleswig-Holstein steht aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen für die Förderperiode 2014 bis 2020 vor sehr großen Herausforderungen. Wir müssen vorhandene Strukturen überprüfen und effizienter gestalten. Dass das keine leichte Aufgabe ist, ist klar. Aber das Land ist hier bereits seit längerem im Gespräch mit der regionalen Ebene, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Dies begrüßen wir. Ich habe auch den Eindruck, dass wir hier auf einem guten Weg sind, eine Lösung zu finden, mit der alle Seiten gut leben können.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Zunächst hat Frau Abgeordnete Damerow von der CDU-Fraktion das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nun wollte ich noch einmal einiges nachschieben. Ich habe mich über den einen oder anderen Beitrag hier gewundert. Natürlich weiß jeder von uns, dass die Kriterien, die die EU für die neue Förderperiode anlegt, sehr eng gefasst sind und uns vor Herausforderungen stellen. Wir alle wissen, dass es vermutlich weniger **Geld** geben wird.

Das heißt, die Herausforderung, zu einer **ausgewogenen Verteilung** und zu einer entsprechenden Förderung in den einzelnen Regionen zu kommen, ist sehr groß. Deshalb verstehe ich den Rückschluss nicht so ganz, dass wir dann die Kompetenz und die Expertise - Kollege Klug hat es gesagt - aus den Regionen abwürgen. Und wir kommen zu einem Abwürgen, wenn wir die **Regionalbeiräte** auflösen.

(Beifall CDU und FDP)

(Astrid Damerow)

Im Übrigen haben wir mit unserem Antrag keine Kaffeesatzleserei betrieben, sondern wir haben auf die **Hilferufe** aus der **Region** reagiert. Es waren Oberbürgermeister Saxe aus Lübeck und Landrat Sager als Erste, die aufgeschrien haben, gefolgt von einigen anderen Landräten, die ganz klar gesagt haben, dass es zwar Gespräche im Ministerium gebe - das ist richtig, das stellt auch niemand in Abrede -, nur leider seien diese Gespräche häufig Mitteilungen, statt dass Sie einen Dialog führten. Sie reden mit den Betroffenen und teilen ihnen mit, dass sie aufgelöst werden. Dann wundern Sie sich, dass es hier Aufregung und Empörung gibt.

(Zuruf SPD)

- Die Beiräte, Sie wissen es doch. Sie erklären nur, was Sie auflösen. Sie erklären nicht, was Sie stattdessen tun. Das Einzige, was wir bisher von Ihnen aus dem Bereich EFRE gehört haben, ist, dass Sie die Beiräte auflösen. Das haben wir zufälligerweise über das „Schleswig-Holstein-Magazin“ erfahren.

Wir haben vom Ministerium noch nichts darüber gehört, wie das **Arbeitsprogramm** für die **nächste Förderperiode** konkret aussehen soll. Wir haben bisher, wie gesagt, nur gehört, was es zukünftig nicht mehr gibt.

Herr Kollege Tietze, die Mitarbeit in den Regionalbeiräten als Klientelpolitik oder als reine Klüngelei zu bezeichnen, wird dem Engagement der zum Teil auch ehrenamtlich dort Mitarbeitenden überhaupt nicht gerecht und ist nicht angebracht.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn wir alle - das habe ich den Redebeiträgen entnommen - die regionale Beteiligung für so bedeutsam halten, dann schlage ich vor, dass Sie unserem Antrag zustimmen. Denn nichts anderes fordert er. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Jetzt hat für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wissen es noch nicht genau, aber der Trend ist eindeutig: Mit dem neuen operationellen Programm für den **EFRE** werden wir ungefähr ein Drittel we-

niger **Mittel** haben. Statt 374 Millionen € - so viel sind es in dieser Förderperiode - werden es ungefähr 250 Millionen € sein. Das muss an der Stelle gesagt werden, um die Dimension deutlich zu machen, über die schon gesprochen wurde.

Für den **ESF** rechnen wir übrigens auch mit 25 % weniger Mittel. Obwohl das im Antrag der CDU steht: Über den ESF reden die Regionalbeiräte zurzeit gar nicht.

Meine Damen und Herren, wir werden also mit deutlich weniger Geld auskommen müssen. Das heißt für mich in der Konsequenz, so viel Geld wie möglich in konkrete Projekte und so wenig Geld wie nötig in Overhead-Kosten zu stecken. Darum geht es.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir sagen, wir wollen **mehr Effizienz**, wir wollen **weniger Bürokratie**, dann gibt es sehr viel Zustimmung, egal, wo Sie sprechen. Nun haben wir mit der neuen EU-Förderperiode natürlich die Chance, die Zukunft der Programme anders und neu zu gestalten. Das heißt, inhaltlich wollen wir vermehrt Fondslösungen nutzen, zum Beispiel durch revolvingierende Fonds. Wir wollen Förderinhalte konzentrieren. Wir wollen die nationalen Kofinanzierungsbeiträge Dritter erhöhen, um Landesmittel zu schonen, und wir wollen natürlich auch Bürokratiekosten einsparen.

Deswegen sind wir dabei, Strukturen kritisch zu durchleuchten. Man bekommt immer sehr viel Zustimmung, wenn man das sagt. Wenn man konkret wird, wird das alles schon ein bisschen schwieriger.

Werden wir einmal konkret: Die **Regionalbeiräte**, von denen Sie behaupten, wir wollten sie abschaffen, leisten in vielerlei Hinsicht vernünftige Arbeit. Das stellen wir auch nicht infrage. Aber wir denken darüber nach, ob eine aus EU-Sicht relativ kleine Region wie Schleswig-Holstein nicht mit einem **landesweiten Gremium** für die Projektkoordination besser bedient ist, es besser umsetzen kann. Nach vielen Gesprächen mit der EU ist klar: Für Brüssel gibt es nur eine Region, und die heißt Schleswig-Holstein.

Im zukünftigen **Monitoring-Ausschuss**, der aus dem Begleitausschuss, den wir jetzt haben, entwickelt werden soll, werden selbstverständlich die regionalen Vertreterinnen und Vertreter sitzen. Das heißt, die regionale Kompetenz, die regionale Stimme bleibt damit absolut gesichert.

(Beifall SPD)

(Minister Reinhard Meyer)

Was wir infrage stellen dürfen, ist, dass wir zurzeit 13 **Personalstellen** fördern. Wir müssen prüfen dürfen, was sie tun und ob es Doppelstrukturen gibt. Das kostet uns fast 5 Millionen € pro Förderperiode. Diese Frage darf erlaubt sein.

Meine Damen und Herren, die Regionalbeiräte können natürlich die Planungen, insbesondere beim EFRE, bei der Gemeinschaftsaufgabe weiter begleiten. Wir haben vorgeschlagen, dass man das effizienter begleiten kann. Wir haben auch angeboten, dass es dafür in Zukunft noch vier halbe Stellen in der Finanzierung geben wird. Damit kann man diese originäre Arbeit erledigen. Ansonsten - das sage ich sehr deutlich - haben wir **Doppelstrukturen**, insbesondere in der Beratung. Und diese Doppelstrukturen müssen wir abbauen, damit wir das Geld - ich habe es schon einmal gesagt - in ganz konkrete Projekte geben können.

Meine Damen und Herren, die Kunst der künftigen Mittelsteuerung wird auch sein, wie ich mit weniger Mitteln ein besseres Ergebnis erzielen kann. Das bedeutet auch, mehr **Strukturpolitik für Schleswig-Holstein** zu machen. Das ist auch ein klares Ziel, das von der EU vorgegeben ist. Das bedeutet, wir bekommen mehr landesweit ausgerichtete und landesweit strukturwirksame F- und E-Projekte in die Förderung, Innovationsprojekte. Wir haben mehr landesweit ausgerichtete und landesweit strukturwirksame Projekte zur Verringerung von CO₂-Emissionen. Wir haben weniger regionale Projekte für die Beratung und Bewertung in den Regionalbeiräten, die geeignet wären.

Wir planen ganz deutlich keine Zentralisierung. Wir planen aber effizientere Strukturen, weniger Bürokratie. Wir wollen eine Förderung aus einem Guss mit klarem Blick für die Strukturpolitik, und zwar mit dem regionalen Sachverstand zusammen. Ich sage sehr deutlich: Dazu sind wir seit Ende letzten Jahres im Gespräch in den Gremien mit den regionalen Vertretern, im Begleitausschuss, in einer Lenkungsgruppe in Extrarunden. Daran, um dazu ein deutliches Wort zu verlieren, sehen Sie, dass wir schon länger im Dialog sind.

Im Übrigen ist das **Meinungsbild** bunt. Wir haben die Meinung der Gewerkschaften, der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, der Naturschutzverbände, die ein einheitliches Lenkungsgremium wollen. Es sind nicht nur die Regionen, die eine Position haben, sondern auch die, die den breiten Prozess in der Zivilgesellschaft abbilden.

Meine Damen und Herren, wir werden den Dialog weiterführen. Ich bin überzeugt, wir finden auch ei-

ne gute Lösung für Schleswig-Holstein. Darüber werden wir Sie im Ausschuss auch informieren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/849 federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen, und die Beratungen werden in den Ausschüssen fortgesetzt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 9 und 10 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein sowie Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 - BVAnpG 2013-2014)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/816

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein für die Jahre 2013 und 2014

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 18/820

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zunächst erteile ich für den Gesetzentwurf der Landesregierung der Finanzministerin, Frau Monika Heinold, das Wort.

(Beifall Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt heute ihren überarbeiteten **Gesetzentwurf zur Besoldungserhöhung** zur Beratung vor. Mit dem novellierten Entwurf haben wir einen zentralen Einwand der Gewerkschaften auf-

(Ministerin Monika Heinold)

gegriffen, indem wir nunmehr eine Regelung allein für die Jahre 2013 und 2014 vorsehen.

Was von uns für die Folgejahre als für beide Seiten planbare Garantie einer Mindesterrhöhung der Besoldung gedacht war, ist von den Gewerkschaften als Lohndiktat eingestuft worden. Wir haben deshalb dem Wunsch der Gewerkschaften entsprochen und den **Regelungszeitraum** des Gesetzes wie gefordert verkürzt. Zugleich haben wir die für 2015 vorgesehene Besoldungserhöhung um drei Monate vorgezogen - auf den 1. Oktober 2014.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Immer gern, wahrscheinlich wird es noch mehr geben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Tobias Koch [CDU]: Pardon, Frau Ministerin, wenn ich Sie so am Anfang Ihrer Rede unterbrechen muss. Sie haben eben ausgeführt, dass die zentrale Forderung der Gewerkschaften die Verkürzung der Gültigkeitsdauer des Gesetzentwurfs gewesen sei. In Ihrem eigenen Gesetzentwurf heißt es: „Zentrale Forderung in den Stellungnahmen war eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses.“

(Vereinzelter Beifall CDU, PIRATEN und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Mögen Sie mir diese Diskrepanz zwischen Ihren Ausführungen und Ihrem eigenen Gesetzentwurf erläutern?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Wahrscheinlich gibt es mehrere **zentrale Forderungen**. Bei uns ist in den Gesprächen - ich habe den Dialog geführt und war bei den Gesprächen dabei - als Hauptkritikpunkt und einer der zentralen Kritikpunkte immer wieder - und zwar von Anfang an - insbesondere die Wirkung auf fünf Jahre und damit über den Tarifabschluss hinaus genannt worden. Richtig ist - da sind wir gar nicht auseinander und darauf werde ich auch noch eingehen, wie Sie sich denken können -, dass es auch die Forderung gab und gibt, zeit- und wirkungsgleich zu überneh-

men und dass dieses auch eine zentrale Forderung ist. Es gibt Situationen, da gibt es mehrere zentrale Forderungen. Auf eine sind wir eingegangen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ein echter Aufklärer ist das!)

Enttäuschen Sie mich nicht, Herr Koch, indem Sie keine Zwischenfragen mehr stellen.

Meine Damen und Herren, unter Berücksichtigung der Einmalzahlung sieht der Gesetzentwurf nunmehr für die geringer besoldeten Gruppen bis A 11 eine im Wesentlichen zeit- und inhaltsgleiche **Übernahme des Tarifabschlusses** vor. Für die Besoldungsgruppen A 12 und A 13 sieht der Entwurf eine zwar nicht zeitgleiche, dafür aber inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses vor. Für die hohen Besoldungsgruppen ab A 14 sieht der Entwurf Besoldungserhöhungen von zweimal 1,5 % vor - jeweils minus 0,2 Prozentpunkte Versorgungsrücklage. Diese Regelung gilt auch für die Ministerinnen und Minister sowie für die Staatssekretäre. Ich erinnere daran, dass die Ministerinnen und Minister schon vorab ihre Bezüge gekürzt haben.

Die Landesregierung hat sich mit ihrem Gesetzentwurf angesichts der sehr begrenzten finanziellen Spielräume für eine **soziale Abstufung** zugunsten der unteren Besoldungsgruppen entschieden. Zugleich sieht der Entwurf aber für alle Einkommensstufen **strukturell wirkende Besoldungsanhebungen** vor. Das unterscheidet uns von Ländern wie Nordrhein-Westfalen oder Bremen, welche für die Besoldungsgruppen ab A 13 Nullrunden planen.

Zusätzlich zu den Besoldungserhöhungen enthält der Gesetzentwurf eine Reihe weiterer Maßnahmen zugunsten unserer Landesbediensteten - Forderungen, welche Gewerkschaften und Beamtenbund seit vielen Jahren vortragen, Forderungen, welche von der ehemaligen Landesregierung nicht gehört wurden, Regelungen, die über das hinausgehen, was normalerweise im Zusammenhang mit Besoldungserhöhungen vereinbart wird. So wird der **Selbstbehalt bei der Beihilfe** für die Beamtinnen und Beamten aller Besoldungsgruppen ab 2014 pauschal um 40 € reduziert. Rückwirkend zum 1. Januar 2013 wird wieder eine **Jubiläumswendung** bei 40-jährigen Dienstjubiläen eingeführt. Außerdem stocken wir die **Zulagen** in den Bereichen Feuerwehr, Außendienst der Steuerverwaltung, Justizvollzug, Polizei, Steuerfahndung - einfacher Dienst -, bei Gerichten und Staatsanwaltschaften auf und werden den Kommunen die Kosten für die Feuerwehr erstatten.

(Ministerin Monika Heinold)

Ergänzt werden diese gesetzlichen Maßnahmen durch ein millionenschweres **Beförderungspaket** und durch die **Gleichstellung der Reisekostenerstattung** für Anwärtinnen und Anwärter mit den Empfängern der Dienstbezüge. Dies alles sind im Übrigen Maßnahmen, die der Gesetzentwurf der FDP nicht enthält.

Zudem hat das Kabinett gestern beschlossen, in Umsetzung der Rechtsprechung zur Altersdiskriminierung die **Zahl der Urlaubstage** auch für unsere Beamtinnen und Beamten altersunabhängig auf 30 Tage anzuheben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, trotz aller Kritik, die in den letzten Wochen geäußert wurde, ist die Landesregierung davon überzeugt, dass sich unser Besoldungspaket angesichts der finanziellen Situation unseres Landes sehen lassen kann - auch im Vergleich zu anderen Bundesländern.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Denn selbst große und finanzstarke Länder wie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, Länder, die sich jedes Jahr an der Konsolidierungshilfe für Schleswig-Holstein beteiligen, haben sich gegen eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses ausgesprochen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das ist nicht Quatsch, Herr Kubicki, sondern das ist so.

Unser Gesetzesvorschlag vereint zwei fundamentale Anliegen der Landesregierung: die **Anhebung der Bezüge unserer Landesbediensteten** und die **Haushaltskonsolidierung**. Die Haushaltskonsolidierung schafft man nicht, indem man in Sonntagsreden lautstark einen größeren Sparwillen fordert, man muss diesen Willen vielmehr schon auch in die Tat umsetzen.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Das ist schwer, das stößt auf Widerstand, und das kann für eine Finanzministerin auch schmerzhaft sein, gerade wenn sie, wie bei den Beamtinnen und Beamten, für die Forderung volles Verständnis hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ha, ha!)

- Herr Garg, Sie tun das mit einem „Ha, ha!“ ab!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Stimmt einfach nicht, was Sie da erzählen!)

- Sie wissen nicht, wie es mir geht, und wenn ich sage, dass es für mich schmerzhaft ist, und Sie sagen „Ha, ha!“, dann finde ich das als extrem schwierig, wenn ich das so sagen darf. Wahrscheinlich darf ich es nicht.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wir haben 2010 fraktionsübergreifend die Schuldenbremse in unsere Landesverfassung aufgenommen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, das Wort hat die Ministerin. Ich bitte, die Zwischenrufe ein bisschen zurückzufahren.

(Beifall SPD - Hans-Jörn Arp [CDU]: Auch der Ton passt da nicht! - Christopher Vogt [FDP]: Ihr solltet eine Sondersitzung des Ältestenrates machen! - Serpil Midyatli [SPD]: Mann, Mann, Mann, ist man empfindlich! - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Meine Damen und Herren, wir haben 2010 fraktionsübergreifend die Schuldenbremse in unserer Landesverfassung aufgenommen. Wir haben vereinbart, das strukturelle Defizit des Landes bis spätestens 2020 aufzulösen und jede Landesregierung - egal, welcher Couleur - darauf verpflichtet, bis dahin Jahr für Jahr mindestens 112 Millionen € zu erwirtschaften.

Dabei hatte die alte Landesregierung den Anspruch, dass das Parlament jeden Baustein, den die Fraktionen aus dem Sparpaket herauslösen, durch einen alternativen, ebenfalls strukturell wirkenden Sparbeitrag ersetzt. Ich gehe davon aus, dass sich CDU und FDP diesem Anspruch auch als Opposition verpflichtet fühlen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Denn: Die Grundrechenarten lassen sich nicht außer Kraft setzen. Noch haben wir ein **strukturelles Defizit** in Höhe von circa 780 Millionen €. Jede beschlossene Ausgabe muss nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Jahren finanzierbar sein, in

(Ministerin Monika Heinold)

Jahren, in denen wir das strukturelle Haushaltsdefizit weiter verringern müssen. Bei geplanten 450 Millionen € Neuverschuldung 2013 können wir ohnehin nicht davon sprechen, das Geld sei doch da, sondern wir reden noch immer über schuldenfinanzierte Haushalte.

Meine Damen und Herren, die vorgesehenen **Tarif- und Besoldungsanpassungen** führen inklusive der Versorgungsrücklage und inklusive des Maßnahmenpakets im Jahr 2014 im Vergleich zu 2012 zu Mehrausgaben von etwa 120 Millionen €. Diese Summe entspricht der in den Eckwerten für 2014 berücksichtigten **Haushaltvorsorge**. Eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme - ohne Maßnahmenpaket - würde 2014 weitere 56 Millionen € kosten. Die differenzierte Besoldungserhöhung, also der Unterschied ab A 14, entlastet dabei den Haushalt dauerhaft um rund 15 Millionen €. Das ist die strukturelle Wirkung des Gesetzes.

Diese Zahlen zeigen, dass unser Gesetzentwurf im eingeplanten und verantwortbaren Rahmen liegt. Die Schuldenbremse schneller umsetzen, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst zeit- und wirkungsgleich übernehmen, die Grunderwerbsteuer nicht erhöhen, die maroden Straßen sanieren - meine Damen und Herren von der CDU, Sie sind nach der Wahl wieder sehr schnell ins Wolkenkuckuckshaus eingezogen.

(Hartmut Hamerich [CDU]: Da war aber kein Platz, Sie waren da noch drin!)

Wunschträume ersetzen aber keine seriöse Politik. Herr Koch, Ihre Prognose, dass die Steuereinnahmen im laufenden Jahr deutlich höher als erwartet ausfallen werden, hat sich als Luftschloss entpuppt.

Wer die Finanzierung von Bund, Land und Kommunen tatsächlich und dauerhaft sichern will, muss auch bereit sein, sich für maßvolle Steuererhöhungen einzusetzen. Wer - wie bei der Beamtenbesoldung - dauerhafte Ausgabenerhöhungen fordert und sich zugleich jeder Einnahmenerhöhung verweigert, erhebt die Quadratur des Kreises zu seinem Leitmotiv.

Die rot-grün-blaue Konsolidierungskoalition geht einen anderen Weg: Wir gesunden unseren Haushalt Schritt für Schritt und lassen dabei niemanden zurück.

Bezogen auf die Tarifverhandlungen bedeutet das: Im Rahmen des Machbaren tun wir für unsere Beamtinnen und Beamten, was verantwortbar und finanzierbar ist. Bis zur Gehaltsgruppe A 13 übernehmen wir den Tarifabschluss in der strukturellen

Wirkung eins zu eins. Auch für die höheren Gehaltsstufen sehen wir Erhöhungen vor, die über die **Besoldungsanpassungen anderer Länder** hinausgehen, Länder - ich sage es noch einmal -, die Konsolidierungshilfe an unser Land zahlen, damit wir als Land mit drohendem Haushaltsnotstand die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten können.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nein, Herr Kubicki, das zahlt nicht der Bund. Die Konsolidierungshilfe - so auf jeden Fall mein Wissen - ist eine Hilfe, die von Bund und Land zur Verfügung gestellt wird, in die auch die Länder einzahlen. Das heißt, die anderen Länder tragen mit dazu bei, dass wir uns konsolidieren. Sollte dies nicht stimmen, bin ich für die Diskussion offen. Das ist mein Kenntnisstand.

Nach unserer Auffassung bewegen wir uns innerhalb des **Gestaltungsspielraums**, der nach der **Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts** bei der Besoldungsanpassung besteht.

Die Landesregierung hat diese Woche vom Stabilitätsrat bescheinigt bekommen, dass unsere Haushaltskonsolidierung auf einem guten Weg ist.

(Tobias Koch [CDU]: Das ist nicht wahr!)

- Das steht so drin: dass unsere Haushaltskonsolidierung auf einem guten Weg ist, Herr Koch!

(Tobias Koch [CDU]: 2011 und 2012! - Lars Winter [SPD]: Auch 2013!)

- Das mag Ihnen nicht gefallen, aber es ist so. Herr Koch, ich weiß, dass es Ihnen nicht gefällt, aber der **Stabilitätsrat** hat nicht nur die Maßnahmen gelobt, die in den Jahren 2011 und 2012 durchgeführt wurden, sondern er hat uns auch bescheinigt, dass unsere Haushaltskonsolidierung auf einem guten Weg ist. In der Sitzung gestern fielen explizit bezogen auf mehrere Länder die Worte Grunderwerbsteuer und nicht volle Übernahme des Tarifergebnisses.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Gern.

Tobias Koch [CDU]: Frau Ministerin, können Sie bestätigen, dass der Stabilitätsrat kri-

(Ministerin Monika Heinold)

tisiert hat, dass die zukünftigen Maßnahmen nicht quantifiziert sind und es an Transparenz der zukünftigen Konsolidierungsmaßnahmen mangelt?

- Der Stabilitätsrat weist bei mehreren Ländern in den zurückliegenden Jahren und jetzt immer wieder darauf hin, dass wir in unseren Konsolidierungsmaßnahmen, trotz guter Zahlen nicht nachlassen dürfen. Er mahnt weitere Transparenz und Konkretisierung an. Das ist richtig, das ist wichtig, das ist gut, das hilft mir als Finanzministerin. Vielleicht gelingt es mir auch irgendwann, Sie davon zu überzeugen, dass nicht mehr alles geht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, mit diesem Zeugnis des Stabilitätsrats können wir gut leben, wissen aber auch, dass wir uns weiter anstrengen müssen bei unserem Vorhaben, den Landeshaushalt dauerhaft auf gesunde Füße zu stellen. Ein konsolidierter Landeshaushalt ist die beste Grundlage dafür, dass Tarifergebnisse zukünftig zeit- und wirkungsgleich für die Beamten übernommen werden können, und zwar nicht auf Pump finanziert, sondern mit dem Geld, das wir tatsächlich haben.

Deshalb werbe ich im Namen der Landesregierung für Verständnis bei unseren Beschäftigten für den Weg, den wir gehen wollen.

Der novellierte Gesetzentwurf der Landesregierung stellt einen guten Kompromiss dar zwischen den berechtigten Gehaltsforderungen unserer Landesbediensteten und dem gemeinsamen Ziel der Haushaltskonsolidierung. Der Gesetzentwurf ist verantwortbar. Er ist finanzierbar. Er ist sozial ausgewogen.

Meine Damen und Herren, die Regierung hat Ihnen einen Entwurf vorgelegt. Wir beraten heute in erster Lesung. Jetzt ist das Parlament am Ball. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 2 Minuten überzogen. Das steht jetzt allen Rednern der Fraktionen ebenfalls zur Verfügung. - Zunächst hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg für die FDP-Fraktion das Wort.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ha, ha, ha! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Schön, dass

Sie sich freuen! - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Freude ist etwas anderes!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Heinold, ich nehme Ihnen Ihr Bedauern schlicht und ergreifend nicht ab, weil es ja nicht ein einmaliger Vorfall ist, dass es **Kommunikationsprobleme** gibt, oder weil es ja nicht ein einmaliger Vorfall ist, wie Sie mit **Beamtinnen und Beamten** kommunizieren. Wir haben erst am vergangenen Donnerstag - da waren nicht Sie in der Finanzausschusssitzung, sondern Ihr Staatssekretär hat Sie vertreten - im Finanzausschuss unzweifelhaft feststellen müssen, dass massive Kommunikationspannen vermutlich dazu geführt haben, dass Absprachen zwischen Ihrem Haus und Gewerkschaften schlicht und ergreifend nicht eingehalten werden. Die haben mit dem Tarifabschluss nichts zu tun, sondern da ging es darum, dass Beamte, deren Einsprüche gegen eine Besoldungsregelung bis zur Entscheidung in einer Musterklage ruhend gestellt werden sollten, jetzt zur Klage gegen das Finanzverwaltungsamt gezwungen werden. Sie haben auf einer bestimmten Ebene, auf Abteilungsleiterenebene Ihres Hauses, den Beamten zwar nicht schriftlich, aber mündlich eine Zusage gegeben. Noch nicht einmal diese Zusage halten Sie ein.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor Jahren!)

- Nicht vor Jahren, das war dieses Jahr, Frau Kollegin von Kalben! - Vor diesem Hintergrund nehme ich Ihnen Ihr Bedauern schlicht und ergreifend nicht ab. Der Stil, wie die Landesregierung mit den Beamtinnen und Beamten umgeht, ist wirklich unterirdisch, Frau Ministerin.

(Beifall FDP und CDU)

Und das von einer Landesregierung, die für sich selbst beansprucht, einen neuen Politikstil pflegen zu wollen, Dialog als oberstes Primat der Politik erheben zu wollen und damit edler daher kommt als andere Regierungen, die Sie übrigens in der letzten Legislaturperiode messerscharf kritisiert haben, ohne dass hier jemand weinerlich vom Leder gezogen hat. Das war in Ordnung.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich Sie einmal an Ihre Worte kurz vor der Landtagswahl 2012 erinnern.

(Dr. Heiner Garg)

Die Sozialdemokraten sagten - Herr Landesvorsitzender Dr. Stegner, Sie kennen es vermutlich -:

„Unserer Auffassung nach sollte es keine Konkurrenz zwischen wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Bundesländern mithilfe unterschiedlicher Besoldungshöhen für die Lehrkräfte geben. Ebenso wenig dürfen die Lehrkräfte von der allgemeinen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst abgekoppelt werden.“

Die SPD hat recht! Was machen Sie aber jetzt? - Jetzt wollen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf genau das Gegenteil beschließen lassen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Noch viel schöner und unmissverständlich eindeutig positioniert sich der Südschleswigsche Wählerverband: „Tarifabschlüsse müssen selbstverständlich zeit- und inhaltsgleich auf die Lehrkräfte im Land übertragen werden. Hieran kann es aus Sicht des SSW keinen Zweifel geben.“ - Herr Harms, verlassen Sie diese Koalition, wenn dieser Gesetzentwurf durchgesetzt werden soll, oder machen Sie so weiter?

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Oder sagen Sie schlicht und ergreifend: Was ich vor der Wahl erzählt habe, interessiert mich nach der Wahl überhaupt nicht mehr, weil ich jetzt schließlich Regierungsverantwortung trage?

(Beifall FDP und CDU)

Das ist dann Ihre neue **Dialogkultur**. Ganz unabhängig davon, ob man Akten zu studieren als Detektivarbeit denunziert, ist es doch in Wahrheit so: Frau Finanzministerin, Sie haben zu keinem Zeitpunkt vorgehabt, eine zeit- und wirkungsgleiche **Tarifübertragung** auch nur in Erwägung zu ziehen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hört! Hört!)

Die FDP-Fraktion hatte bereits im November-Pleum darauf hingewiesen, dass die im Haushaltsentwurf der Landesregierung eingestellten Tarifverstärkungsmittel nicht ausreichen würden, um die Eins-zu-eins-Übertragung des zu erwartenden Tarifergebnisses auf die Beamten zu gewährleisten. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen, Ihre Argumentation war damals, dass Sie - weil Sie noch nicht wussten, welches Ergebnis am Ende herauskommt -, auch keine konkrete Zusage machen könnten. Frau von Kalben, ich möchte ausdrücklich feststellen, dass

dieses Argument logisch durchaus nachzuvollziehen ist.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke!)

Argumente werden allerdings dann hohl, wenn offensichtlich wird, dass sie keine Handlungslinie erklären wollen, sondern lediglich vorgebracht werden, um Zeit zu gewinnen, ganz wie in diesem Fall. Der finanzpolitische Sprecher der grünen Fraktion, der Kollege Andresen, hat am 11. März 2013 direkt nach den Tarifverhandlungen gegenüber den „Kieler Nachrichten“ erklärt, der Tarifabschluss sei moderater als gedacht. Das heißt, zumindest die Grünen - und da schließe ich Sie, Frau Heinold, ausdrücklich ein - sind davon ausgegangen, dass das Ergebnis höher als die 5,6 % liegen würde. Obwohl das **Tarifergebnis** niedriger als das von den Grünen vermutete ausgefallen ist, reichen nach Ihrer Auskunft die Mittel im Haushalt immer noch nicht aus, um die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten zu gewährleisten. Das lässt nur folgende Schlüsse zu: Erstens. Sie haben sich noch nicht einmal bemüht, das Ergebnis, das Sie selbst erwartet haben, haushaltstechnisch abzubilden. Zweitens. Sie haben also von vornherein die Abkoppelung der Beamtenbesoldung von den Tarifabschlüssen einkalkuliert, und zwar bereits bei Ihrer Haushaltsaufstellung, ohne dass Sie wussten, was für ein Tarifabschluss herauskommt.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau von Kalben, geben Sie doch wenigstens zu, dass Sie von vornherein die Beamten für die Umsetzung Ihrer politischen Ziele zahlen lassen wollten. Sagen Sie das doch zumindest.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Haben Sie wenigstens den Mut und räumen das ein! Darüber kann man dann streiten. Genau das war von Anfang an Ihr Ziel.

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist ganz offensichtlich, dass es bei den sogenannten **Gesprächen mit den Gewerkschaften** nicht um Verhandlungen auf Augenhöhe ging, sondern dass es öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen gewesen sein sollten, mit denen man sozusagen das Alibi vorbringt, man pflege den Dialog.

(Dr. Heiner Garg)

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In Wahrheit stand das Ergebnis doch schon fest. Frau von Kalben, auch ich habe Akteneinsicht genommen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Oh!)

Ich sage Ihnen klipp und klar: Mag die Finanzministerin und mögen Sie auch aufgrund des Zwischenrufs vorhin ganz empört gewesen sein; was ich empörend finde, ist der Umgang mit den Beamtinnen und Beamten dieses Landes.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Das Schlimme ist, es geht ja weiter. Am 18. Mai - und da bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, wenn das eine Falschmeldung gewesen ist: Kommen Sie nach vorn und stellen das unmissverständlich klar; wenn nicht, wäre es eine Ungeheuerlichkeit - meldete der „sh:z“, dass Ministerpräsident Albig die Abteilungsleiter der Landesministerien auf einer Versammlung der Illoyalität bezichtigt habe. Die Beamten hätten demnach illoyal gehandelt, weil sie an einer Demonstration gegen die Besoldungspläne der Landesregierung teilgenommen hätten.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Ministerpräsident, die Beamten nahmen ihr nach Artikel 8 Grundgesetz garantiertes **Demonstrationsrecht** wahr. Herr Ministerpräsident, wenn das zutrifft - ich sage das unter Vorbehalt, weil ich nicht weiß, ob Sie das gesagt haben, und eigentlich will ich es auch nicht glauben -, frage ich: Was ist das für ein Umgang mit den Beschäftigten dieses Landes? Anstatt sich selbst zu fragen - sollte das zutreffen -, ob Sie vielleicht selbst mit Ihren Problemen möglicherweise erheblichen Unmut bei den Landesbediensteten geschürt haben, erklären Sie angeblich die Beamten kurzerhand für schuldig.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Frau Heinold, deswegen habe ich mich bei Ihrer Rede noch zurückgehalten, in der Sie sagten, was für Wohltaten Sie in Zukunft über die Beamten ausschütten, beispielsweise indem Sie **Jubiläumszuweisungen** wieder gewähren. Den Beamtinnen und Beamten in allen Besoldungsstufen wäre es lieber, Sie würden für die Gewährleistung der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifabschlusses sorgen, anstatt solche Nummern abzuarbeiten.

Herr Ministerpräsident - ich sage noch einmal unter dem Vorbehalt, dass Sie das tatsächlich gesagt haben -: Sie haben nicht das Recht, den Beamten, die

auch Bürger dieses Landes sind, zu sagen, wofür oder wogegen sie demonstrieren dürfen.

(Beifall FDP und CDU)

Ihre sogenannte Dialogkultur ist keine Dialogkultur, sondern sie ist eine gut gepflegte Monologkultur. Es gibt eine Alternative. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf enthält zwar nicht die vermeintlichen Wohltaten, mit der Frau Finanzministerin Heinold die Beamtinnen und Beamten beglücken will, er enthält aber ganz klar - auch für Sie - die Möglichkeit, die **zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses** im öffentlichen Dienst auch für die Landesbeamten sicherzustellen. Frau Heinold, Sie wissen hoffentlich sogar besser als ein Oppositionsabgeordneter, dass allein durch die derzeitige Zinspolitik der Europäischen Zentralbank die Zinssätze für Anleihen dauerhaft so stark abgesunken sind und dadurch eine dauerhafte **Entlastung der revolving Refinanzierung der Bruttoschulden** auch Ihres öffentlichen Haushalts möglich ist. Ich kann verstehen, dass Sie diese Spielräume für etwas anderes haben wollen, nämlich für die Erfüllung von Wahlversprechen, von denen wir gesagt haben, dass sie falsch sind. Ich halte es für eine Investition in die Zukunft im Bildungsbereich, im Polizeibereich.

(Zurufe Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Frau von Kalben, vorhin hier ganz groß über das Plädoyer für den Bildungsauftrag, auch im Kita-Bereich, vom Leder zu ziehen und anschließend nicht dafür zu sorgen, dass die Menschen, die genau diesen **Bildungsauftrag** erfüllen sollen, anständig bezahlt werden - das ist doch mit scheinheilig noch sehr freundlich umschrieben.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Dr. Stegner, ich hoffe, dass dieser Zwischenruf protokolliert wird, weil ich in der Tat der Auffassung bin, dass sämtliche Beamte, und zwar in allen Gehaltsstufen, ein Recht darauf haben, insbesondere wegen der Arbeitsverdichtung, die durch den sehr ambitionierten **Personalabbaupfad**, den Sie fortsetzen wollen, auf sie zukommt. Ich hoffe, dass dieses Land weiterhin eine wettbewerbsfähige Verwaltung mit hochmotivierten Beamten haben wird. Diese Menschen müssen anständig bezahlt werden. Sorgen Sie dafür! Das ist Ihr Auftrag.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Sache gibt es zu Ihrem Vorhaben kaum etwas Neues zu sagen. Es ist falsch, weil es die Mitarbeiterschaft des öffentlichen Dienstes spaltet, es demotiviert die Landesbediensteten, und es verringert die Chancen Schleswig-Holsteins, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen.

Die CDU hat immer gesagt - und dies übrigens selbst in Zeiten wahrgemacht, als wir, anders als Sie, die **Ausgaben des Landes** tatsächlich gesenkt haben -, dass wir die Zahl der Landesbediensteten senken wollen, um eine angemessene Bezahlung zu sichern. SPD, Grüne und SSW steigern die Ausgaben des Landes allein in den Jahren 2013 und 2014 um insgesamt 7 %. Sie erhöhen die Grunderwerbsteuer, Sie lassen die Menschen für den Straßenausbau bluten. Irgendwo muss das Geld für die Minioberstufen in Schleswig-Holstein ja herkommen, die jetzt überall im Land entstehen sollen. Auch die Betreuer von Phantomwölfen und die Machbarkeitsstudie von Professor Heydemann muss bezahlt werden, um nur einige Dinge zu benennen.

Wer seine Klientel derart pampert, hat für die Besoldung der Landesbediensteten in der Tat nichts mehr übrig.

(Beifall CDU und FDP)

Das war allen von Anfang an klar. Wir haben davor gewarnt. Sie machen es. „Mehrheit ist Mehrheit“, um mit den Worten des Kollegen Dr. Stegner zu sprechen. Die haben Sie. Niemand kann Sie daran hindern, so zu verfahren, solange es im rechtlichen Rahmen bleibt.

Wer aber wie Ihre Regierung ständig und gebetsmühlenhaft predigt, wie sehr sie auf Dialog, auf Transparenz, auf Teilhabe setzt, darf eben nicht das exakte Gegenteil tun. Deswegen sage ich: Deutlich anders als öffentlich behauptet, stand Ihr Besoldungsdiktatversuch schon vor dem letzten Gespräch mit den Arbeitnehmervertretern fest. Anders als öffentlich behauptet, stand schon vor dem **Tarifabschluss der Angestellten** am 9. März 2013 fest, dass Sie diesen nicht übernehmen wollen. Anders als öffentlich behauptet, waren die von Ihnen vorgegebenen 1 % bis 2017 nie als ein Versprechen ei-

ner Untergrenze gedacht, sondern als Obergrenze. Anders als öffentlich behauptet wussten Sie, dass Ihr Versuch eines Besoldungsdiktates verfassungsrechtlich mehr als fragwürdig war. Ebenfalls anders als öffentlich behauptet, hat das Land durchaus den Spielraum, um den Beamtinnen und Beamten eine faire **Besoldungsanpassung** zu gewähren. Wenn Sie es nicht tun, dann nur, um auf Kosten der Beamten Ihrer Klientel noch mehr Geld zuschieben zu können. Schließlich geht es bei Professor Heydemann nicht nur um das Gutachten; die Exponate müssen ja auch noch gekauft werden.

Sie alle, die Regierung und die sie tragenden Fraktionen, haben die Landesbediensteten, haben die Opposition und die Öffentlichkeit bewusst getäuscht, um Ihr Besoldungsdiktat in Ruhe vorzubereiten und dann eiskalt zu exekutieren. Kollege Koch hat Sie durch seine Akteneinsicht bei diesem Versuch mit heruntergelassenen Hosen erwischt.

(Lachen SPD)

Was macht die Regierung der selbsternannten neuen politischen Kultur und Transparenz?

(Heiterkeit und Zurufe SPD)

Zunächst macht sie nichts. Dann meldet sich der finanzpolitische Sprecher der Grünen zu Wort. Er beklagt bitter, dass interner E-Mail-Verkehr der Landesregierung das Licht der Öffentlichkeit erblickt.

(Zurufe und Heiterkeit)

- Da kann man einmal sehen, was bei solch einer Detektivarbeit herauskommt.

Dann hören wir im Radio, dass der Pressesprecher der Finanzministerin diese Kritik überhaupt nicht versteht. Es sei doch immerhin Aufgabe der Finanzministerin, **Konsolidierungsvorschläge** zu machen. Das hat niemand bestritten. Sie aber behaupten es trotzdem. Dann kommt irgendwann Herr Dr. Stegner, der als überzeugter Parlamentarier die Schwäche der Opposition bedauert, aber kein Sachargument vorbringt. Sonst: Schweigen im Walde!

Das ist der **Dialog** Ihrer Regierung. Sie, Herr Ministerpräsident, versuchen, jeder ernsthaften Diskussion über Ihre Politik auch in dieser Frage auszuweichen. Das haben wir nicht nur am vergangenen Sonntag erlebt, als Sie an der Live-Sondersendung nicht teilnehmen konnten und sich stattdessen im Erdgeschoss derart laut unterhalten haben, dass den Tontechnikern angst und bange wurde. Ihren Dialog, Herr Ministerpräsident, führen Sie nur mit

(Johannes Callsen)

Ihnen genehmen Gesprächspartnern. Kritik stellen Sie sich nicht, schon gar nicht öffentlich.

Das haben wir hier im Landtag mehrfach erlebt. Sie lesen Ihre Regierungserklärung vor, an der anschließenden Debatte beteiligen Sie sich nicht, und Fragen weichen Sie aus. Ihre einzige Antwort auf die berechtigten Fragen der Beamten ist es, ihnen - ich gehe davon aus, dass die „sh:z“-Meldung richtig ist - Illoyalität vorzuwerfen. Ich finde das unglaublich.

(Beifall CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute die Chance, klare Position für die Beamtinnen und Beamten im Land Schleswig-Holstein zu beziehen. Tun Sie es!

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner das Wort.

(Zuruf SPD: Die Hose bleibt oben! - Heiterkeit SPD)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Landtagstagen haben wir mehrfach über die **Beamtenbesoldung** debattiert. In diesem Zusammenhang habe ich in diesem Haus darauf hingewiesen, dass wir wissen, dass unterschiedliche Landesregierungen in der Vergangenheit den Beamtinnen und Beamten einiges zugemutet haben. Wir haben gesagt, wir werden auf soziale Ausgewogenheit achten. Wir haben Respekt vor der Arbeitsleistung von Menschen. Wir pflegen im Gegensatz zur Vorgängerregierung den Dialog.

(Lachen CDU und FDP)

Die Landesregierung hat bereits mit den Betroffenen gesprochen und wird dies auch weiterhin mit dem Ziel tun, ein für alle tragbares Ergebnis zu erzielen. Selbstverständlich erheben die Beamtinnen und Beamten die Forderung nach einer zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses der Angestellten. Alles andere wäre verwunderlich. Aber es gilt bei der **Haushaltsslage**, übrigens auch mit Blick auf das, was alle anderen Länder tun, verschiedene Argumente abzuwägen.

Die Landesregierung hat einen Vorschlag gemacht, den der Ministerpräsident nach ersten Gesprächen vorgetragen hat. Dafür danke ich ihm. Es bedurfte

übrigens eines Regierungsvorschlags, damit eine Debatte darüber stattfinden kann. Ihr Verhalten gegenüber der Finanzministerin, Herr Kollege Dr. Garg, entspricht nicht einmal Ihren eigenen Ansprüchen. „Ha! Ha! Said The Clown“, heißt es bei Manfred Mann. Das ist das, was Sie hier geboten haben. Ich finde das unanständig gegenüber der Finanzministerin. Das sollten Sie hier nicht tun.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Zu dem Kollegen Callsen will ich Folgendes sagen: Ausgerechnet dem Herrn Ministerpräsidenten vorzuhalten, er trage hier inhaltsleer vor! Ich muss sagen, der letzte eher inhaltsleer vortragende Ministerpräsident gehörte Ihrer Partei an. Das war der letzte, Herr Carstensen. Das haben wir in diesem Haus oft genug erlebt. Das ist nun wirklich das Letzte, was Sie sagen sollten.

Die Opposition hat so getan, als wären wir schon am Ende des Verfahrens, als peitschten wir das Gesetz durch das Parlament, sprächen nicht mit den Betroffenen. Das zeigt eigentlich nur, dass das Ihr Stil gewesen ist. So haben Sie das früher gemacht. So machen wir das nicht. Das Verfahren sollte nicht beendet werden. Der Dialog wird in die nächste Phase geführt werden. Ein erstes Ergebnis können wir heute sehen. Das, was als **Garantie** bis 2018 gedacht war, wurde von den Gewerkschaften so aber nicht verstanden und ist von ihnen zurückgewiesen worden. Die Landesregierung hat zugehört und die Laufzeit auf die **Laufzeit des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst** verkürzt. Das ist ein Beweis dafür, dass Dialog wirkt. Das ist ein erster Schritt. Frau Heinold hat darauf hingewiesen.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir brauchen keine Ratschläge von Pinocchio-Parteien, die das eine versprechen und das andere tun. Wir brauchen keine Spezialagenten und Hobby-Jerry-Cottons wie Herrn Koch und keine Hilfe von denen - egal wie bekleidet sie reingehen; dazu lasse ich mich jetzt nicht aus -, die von guter Arbeit aber auch wirklich gar nichts verstehen, die gegen Mindestlöhne sind, die Lohndumping als Teil des Wettbewerbs wollen, die Mitbestimmung beschneiden. Die Pose der Arbeitnehmervertreter steht Ihnen nun wirklich denkbar schlecht, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der rechten Seite dieses Hauses.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Nun heißt es zwar bei Novalis, jeder Staatsbürger sei ein Staatsbeamter. Aber wie sieht es denn mit

(Dr. Ralf Stegner)

den **Staatsbeamten** von Schwarz-Gelb aus? Haben Sie von CDU und FDP etwa die Beamtinnen und Beamten wirklich vertreten? Haben Sie vergessen, dass Sie die Altersgrenze für den Ruhestand schwerbehinderter Beamtinnen und Beamte angehoben haben, dass Sie die Jubiläumszuwendung gestrichen haben, dass Sie die **Grenze des Pensionsalters** heraufgesetzt haben, dass Sie den **Selbstbehalt bei der Beihilfe** erhöht haben,

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

dass Sie bei den Versorgungsbezügen gekürzt haben, dass Sie die Altersgrenze für den Ruhegeldempfang erhöht haben? Ist Ihnen entfallen, dass Sie unter dem Vorwand der Haushaltskonsolidierung die Personalräte verkleinert und deren Arbeitsbedingungen verschlechtert haben, aber auf Nachfrage keinen Betrag nennen konnten, der da eingespart werden konnte? Ist Ihnen all das entfallen? Das zeigt doch, wie scheinheilig das ist, was Sie hier vortragen, scheinheilig von vorn bis hinten. Nichts davon stimmt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der DGB hat in seiner Presseerklärung heute, in der er die Forderung der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung erhoben hat - was er immer tut -, darauf hingewiesen, dass diese Unglaubwürdigkeit auch vom DGB so verstanden worden ist. Das ist heute nachzulesen. Dafür bedanke ich mich. Es entspricht der Wahrheit.

Insofern muss ich Ihnen sagen: Die **Kommunalwahlen** haben gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein sehr wohl zu unterscheiden wissen und mitbekommen, wie die Landesregierung arbeitet, und insgesamt durchaus zufrieden mit dem sind, was die Regierungsparteien tun.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Unser wackerer Herr Koch von der CDU spielt Detektiv und enthüllt sensationelle Ergebnisse seiner Fleißarbeit beim Aktenstudium. Wenn Sie einmal ernsthaft den Worten des Ministerpräsidenten folgen würden, könnten Sie einiges lernen. Potz Blitz, Herr Koch, da wurden doch tatsächlich - stellen Sie sich das doch einmal vor! - in der Regierung verschiedene Varianten durchgerechnet. Verblüffenderweise gab es unterschiedliche Stadien der Entscheidungsfindung. Ich muss wirklich sagen: Das ist skandalös.

Ich glaube, dies ist eher der Ausdruck von etwas anderem. Herr Koch, dies zeigt, dass Sie keine Re-

gierungserfahrung haben - wenn Sie so weitermachen, dann werden Sie auch nie Regierungserfahrung sammeln -, denn das ist etwas, was eine Regierung natürlich seriöserweise tut.

(Widerspruch FDP)

- Verschonen Sie uns bitte mit dem Skandalgeschrei, den Trivialitäten und Lächerlichkeiten. All das ist Theater, es hat keinerlei Substanz. Insofern ist das alles daneben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Oppositionsführer - ich meine jetzt den offiziellen - an Ihre Adresse sage ich: Hier in allem Ernst von linksdänischer Koalition zu reden, ist etwa so intelligent, als würde ich von rechtsdämlicher Opposition reden, was ich ausdrücklich nicht tue.

(Beifall SPD)

Herr Kollege Callsen, der Intelligenzgrad wäre in etwa der Gleiche. Ich weise darauf hin, dass hier das strucksche Gesetz gilt. Ich habe es hier mehrmals gesagt. Der leider bereits verstorbene ehemalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion hat einmal gesagt: Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es hineingekommen ist. Denjenigen, die den heute vorliegenden Entwurf kritisieren, sei gesagt: Das wird hier nicht anders sein. Das ist übrigens auch so gewollt, weil wir Argumente abwägen wollen und weil es darum geht, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Wir tragen Verantwortung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Die **Schuldenbremse**, der wir zugestimmt haben, mahnt uns, bei allen Ausgaben besonders intensiv nachzudenken und zu beraten. Es ist eben nicht damit getan, einfach bei den Schwächsten zu kürzen, die sich nicht wehren können. Das war immer Ihre Methode. Dafür sind Sie zu Recht abgewählt worden. Wir machen das nicht so. Wir machen das anders. Übrigens wird Sie auch das Bundesverfassungsgericht nicht von dem schweren Los erlösen können, dass Sie deshalb in die Opposition geraten sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Callsen und der Kollege Garg werfen uns vor, Klientelpolitik auf dem Rücken der Beamten zu betreiben. Wollen Sie uns ernsthaft vorwerfen, dass wir von Gewalt bedrohten Frauen helfen, dass wir Menschen mit Behinderung Hilfen finanzieren, dass wir Politik für Minderheiten und für unsere Kinder und Enkelkinder machen? - Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das ist schäbig, und Sie wissen ge-

(Dr. Ralf Stegner)

nau, dass das schäbig ist. Wir weisen das hier mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch FDP)

Sie haben wörtlich gesagt, wir würden unsere Klientel pampern. Gehen Sie hin zu den Frauen in den Frauenhäusern, und schämen Sie sich für solche Äußerungen, die Sie an dieser Stelle machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will noch einen Blick auf die anderen **Bundesländer** werfen. Bisher sieht sich lediglich Bayern dazu in der Lage, den Tarifabschluss eins zu eins auf die Beamten zu übertragen. In Bayern hat man ja auch Geld für ganz spezifische Familienhilfen, wie wir dieser Tage hören. Gleichzeitig aber kündigt **Bayern im Länderfinanzausgleich** den Solidarpakt auf und klagt gegen uns. Auch die Hamburger Lösung einer Eins-zu-eins-Übertragung ohne die Erhöhung der Budgets ist wirklich nicht vertretbar. Bei der Polizei oder bei den Lehrerinnen und Lehrern noch stärkere Stellenstreichungen vorzunehmen, ist überhaupt nicht vertretbar. Deshalb können und werden wir diesen Weg nicht gehen. Das kann man nicht machen.

Alle anderen Länder suchen eine andere Lösung. Manche Regierungen haben dabei - egal welcher Partei sie angehören - eine starke Opposition an ihrer Seite. Das haben wir in Schleswig-Holstein erkennbar nicht. Der FDP-Gesetzentwurf entspricht dem Motto: Opposition ist die Kunst, etwas zu versprechen, was die Regierung nicht halten kann. - Verantwortlich ist das nicht.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben einen anderen Politikstil als Sie. Marie von Ebner-Eschenbach sagt: Was andere uns zutrauen, ist meist bezeichnender für sie als für uns. - Warten Sie also ab. Sie werden sich noch wundern. Auch wenn die Opposition sich wie eine Ziege verhält, die meint, mit dem Meckern habe sie ihre Pflicht schon erfüllt, gilt für uns: Wir bleiben im Dialog, und es wird ein Dialog mit Folgen sein.

Ich freue mich auf die anstehenden Gespräche mit den Gewerkschaften und auf die Ausschussbefassung. Der Dialog muss und wird auch hier einen Sinn haben. Deshalb sage ich ausdrücklich: Eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung ist - wie auch in den anderen Ländern - in Schleswig-Holstein nicht möglich. Es wird aber bis zur zweiten Lesung noch substantielle Veränderungen geben. Das sage ich hier ausdrücklich.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nun wirklich nicht dank der Opposition. Bevor wir anfangen, dank Ihnen Dinge zu tun, muss noch viel in diesem Land passieren. Eine so schwache Opposition ist fast schon eine Strafe für dieses Haus.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, Sie brauchen wir dazu wirklich nicht. Das schaffen wir allein.

(Zurufe FDP)

Ich sage Ihnen: Selbst Opposition konnte ich besser als Sie. Daran besteht kein Zweifel. Üben Sie ein bisschen, Sie können das noch lernen.

Mir geht es jetzt aber nicht um den Klamauk, der hier auf der rechten Seite des Hauses dauernd veranstaltet wird. Mir geht es darum, den Beamtinnen und Beamten und auch den Gewerkschaften deutlich zu sagen: Wir werden die Gespräche mit dem Ziel führen, noch zu **substanziellen Veränderungen** zu kommen. Diese wird es im Laufe des Verfahrens geben. Am Ende wird eine gute Lösung stehen, die fair gegenüber unseren Beamtinnen und Beamten und die zugleich haushaltspolitisch verantwortbar ist.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Bevor Sie daraus etwas machen, sage ich: Ich bedanke mich ausdrücklich für die differenzierte Rede, die die Frau Finanzministerin gehalten hat. Wenn Sie glauben, Sie bringen uns auseinander, dann täuschen Sie sich. Da müssen stärkere kommen als Sie, um so etwas zu versuchen. Das wird Ihnen nicht gelingen. Die Regierungskoalition wird nicht auseinandergetrieben. Wir werden am Ende zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Die Aufgabe dieses Parlaments ist es, nach der Anhörung und nach den Gesprächen Entscheidungen zu treffen. Fragen Sie daher nicht, was das für substantielle Änderungen sein werden, denn sie werden sich aus den Gesprächen ergeben. Am Ende wird es so sein, ich sage es Ihnen voraus: Wir werden uns in der Koalition verständigen und eine vernünftige Lösung anbieten. Dann wird auf Ihrer Seite viel Geschrei gewesen sein. Dann gehen wir in die Sommerpause, und Sie haben vielleicht etwas dazugelernt. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, bevor ich der Kollegin Eka von Kalben das Wort erteile, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher aus der Fachhochschule Altenholz, Fachbereich Polizei, sowie Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Wellingdorf zu begrüßen. Außerdem sitzen dort Besucherinnen der Diakonie Eckernförde. Ich habe auch gesehen, dass die Landesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Frau Anke Schwitzer, dort sitzt. - Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte um die Tarifübernahme ist die erste Feuerprobe für diese Koalition. Wir erleben, was es bedeutet, wenn ein Land ein **strukturelles Defizit** von über 1 Milliarde € innerhalb von nur zehn Jahren abbauen muss; ein Land, das jährlich fast ebenso viel Geld an Zinsen für seine Schuldenberge bezahlt.

Sie können mir glauben, oder Sie lassen es bleiben: Das ist eine harte Probe für uns Abgeordnete. Keiner von uns hat Freude daran, unseren Beamtinnen und Beamten die **zeit- und inhaltsgeleiche Übertragung des Tarifabschlusses** zu verwehren. Wir alle haben Beamtinnen und Beamte in unserem Freundeskreis, unserer Familie, unserer Nachbarschaft, unseren Parteien und unserem Arbeitsumfeld. All denen müssen wir erklären, wieso sie trotz ihrer hervorragenden Leistungen keine Eins-zu-eins-Übertragung erhalten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, weil es so üblich ist.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau von Kalben, ich bedanke mich sehr. Ich nehme es Ihnen ab, dass es weder für Sie persönlich noch für die Abgeordneten der Regierungskoalition eine Freude ist. Würden Sie mir entgegen der

Behauptungen Ihrer Kollegen in der Vorgängerfraktion auch abnehmen, dass dies auch für die vergangene Legislaturperiode gilt und dass es auch für die Abgeordneten von CDU und FDP keine Freude war, schmerzhaft Einschnitte bei bestimmten Maßnahmen vorzunehmen?

- Ja, natürlich nehme ich Ihnen das ab.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Viele Menschen in unserem Umfeld sind direkt von unseren Plänen betroffen, zum Beispiel die Lehrerinnen und Lehrer unserer Kinder. Mit A 13 erhalten sie zwar eine inhaltsgleiche Übertragung, aber die **Zeitverzögerung** wird nicht durch Einmalzahlungen ausgeglichen wie bei Kolleginnen und Kollegen mit A 12. Ein weiteres Beispiel sind die Beamtinnen und Beamte in der Landesverwaltung, mit denen wir tagtäglich zusammenarbeiten. Viele von ihnen bekommen eine deutlich **geringere Steigerung**, als sie vielleicht erwartet haben. Doch ich stehe diese unbequeme Debatte durch. Diese Koalition steht diese Debatte durch, und zwar nicht, weil wir uns vor den Protesten wegducken. Im Gegenteil, ich war in den vergangenen Wochen auf vielen Veranstaltungen und habe viele Gespräche mit den Gewerkschaften geführt. Ich habe auch heute Morgen draußen vor der Tür einen Apfel empfangen.

Wir stehen diese Debatte durch, weil wir wissen: Wir stehen vor der Abwägung, ob wir den Tarifabschluss voll übertragen oder den Haushalt wieder ins Lot bringen und endlich dringend **notwendige Investitionen** in Bildung und Klimaschutz machen. Darüber haben wir heute Morgen gesprochen. Wir müssen uns entscheiden.

Viele Menschen, mit denen ich spreche, haben Verständnis für diese Entscheidung, wenn ich den Menschen klarmache, welche finanziellen Schwierigkeiten das Land hat. Es ist ein Land, das zu den am höchsten verschuldeten Ländern in der Bundesrepublik gehört. Es ist ein Land, das solidarisch von der Bundesgemeinschaft finanzierte **Konsolidierungshilfe** bekommt. Zu dieser Bundesgemeinschaft gehören auch finanzschwache Länder wie zum Beispiel Rheinland-Pfalz, das seinen Beamtinnen und Beamten in den nächsten vier Jahren nur eine Besoldungssteigerung von je 1 % finanzieren kann. Schleswig-Holstein muss bis zum Jahr 2020 jährlich 110 Millionen € strukturelles Defizit abbauen.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Okay, stellen Sie Ihre Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für eine Zwischenbemerkung hat der Kollege Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Präsidentin, normalerweise erteilen Sie das Wort. Insofern habe ich darauf gewartet.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das habe ich an dieser Stelle mit Freude getan.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin von Kalben, würden Sie freundlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass die Hälfte der Finanzlast der Länder bei der Konsolidierungshilfe, die über den Bundeshaushalt voll ausbezahlt wird, auch vom Land Schleswig-Holstein mit aufgebracht wird?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, das nehme ich gern zur Kenntnis.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gut.)

Aber das Geld wird genauso von den Ländern aufgebracht, die genauso vor der Situation stehen, ob sie die Tarife übernehmen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin von Kalben, wenn Sie um Verständnis für die Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und andere bitten, haben Sie dann auch Verständnis dafür, dass Länder, die in den Finanzausgleich einzahlen, erwarten, dass Länder, die Geld aus dem Finanzausgleich bekommen, nicht Leistungen anbieten, die sie ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten, wie beispielsweise ein drittes beitragsfreies Kindergartenjahr?

- Ich habe Verständnis dafür, wenn es Forderungen von sogenannten **Geberländern** gibt, aber wir haben ein kompliziertes System. Wir haben ein **föderales System**, in dem jedes Land selbst bestimmen kann, welche Schwerpunkte es setzt. Das finde ich auch richtig.

(Christopher Vogt [FDP]: Das konterkariert aber!)

- Das konterkariert aus meiner Sicht nicht, was ich gerade gesagt habe. Natürlich können wir unterschiedliche Schwerpunkte setzen, wir können aber nicht auf Kosten anderer leben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das tun Sie aber gerade!)

Insofern finde ich das nicht widersprüchlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schließlich bedeutet das, was wir zu leisten haben, in erster Linie bei den Ausgaben zu sparen. Denn auf der Einnahmeseite können wir wenig bewirken. Und dort, wo wir es können, haben wir bereits Steuern und Abgaben gegen Ihren Protest erhöht. Bestimmte Ausgaben können wir aber nicht kürzen, sondern höchstens ihr Wachstum begrenzen. Nehmen wir die **Personalausgaben**. Sie machen mehr als ein Drittel unseres Haushaltes aus. Deshalb werden wir bis zum Jahr 2020 über 5.000 Stellen abbauen müssen. Trotzdem steigen die Ausgaben für die Bezüge und Versorgung bis dahin um mindestens 500 Millionen € an.

Schuldenabbau trotz wachsender Personalkosten - das ist der finanzielle Hintergrund, vor dem wir in diesen Wochen über die Besoldung entscheiden müssen. Ich sage nicht, dass unser Beschluss alternativlos wäre. Aber dieses Geld müssen wir an anderer Stelle wieder einsparen, zum Beispiel bei den Personalstellen.

So macht es zum Beispiel unser Nachbar Hamburg. Alle Kosten, die über 1,5 % liegen, sollen beim Personal wieder gekürzt werden. Aber diesen Weg will meine Fraktion nicht verantworten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon jetzt klagen viele Landesbedienstete über die **Arbeitsverdichtung**. Gerade wenn Sie sagen, wir müssten in Bildung investieren und die Lehrerinnen und Lehrern angemessen bezahlen, haben Sie vollkommen recht. Wir müssen ihnen aber auch **angemessene Arbeitsbedingungen** schaffen. Und da können wir nicht noch einen draufsetzen und das durch eine Erhöhung der **Pflichtstundenzahl**, die Sie bereits erhöht hatten, noch weiter ausreizen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Opposition scheint sich über unsere Haushaltslage nicht im Klaren zu sein.

(Lachen CDU und FDP)

(Eka von Kalben)

Anders kann ich es mir nämlich nicht erklären, warum im vorliegenden Gesetzentwurf der FDP kein Wort zur Finanzierung steht. Ich habe selten erlebt, dass es sich eine Opposition so einfach macht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Doch!)

Die Gegenfinanzierung kann man bei so einem Volumen doch nicht einfach ignorieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben meinem Redebeitrag offensichtlich nicht zugehört!)

Sie wollen sich aus der **Finanzierungsfrage** herauschälen. Auch von Ihnen, Herr Koch, erwarte ich, dass endlich ein echtes Finanzierungskonzept vorgelegt wird. In den Rücklagentopf für Steuermindereinnahmen brauchen Sie nicht mehr zu schauen, der ist nämlich leer. Wir haben Vorsorge getroffen für einen Fall, der jetzt tatsächlich eingetreten ist. Das wurde der Finanzministerin auch noch zum Vorwurf gemacht. Die Realität gibt ihr jetzt recht. Es liegt mir fern, das schönzureden, was hier aus einer **Haushaltsnotlage** heraus vorgeschlagen wird.

Ich kann auch die Enttäuschung vieler Beamtinnen und Beamten verstehen. Wenn ihre Leistung das einzige Kriterium wäre, würde ich einer **Eins-zu-eins-Übertragung** sofort zustimmen. Aber für mich steht auch fest: Die Zuwächse bei Besoldung und Versorgung dürfen die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Landes nicht infrage stellen. Wir haben beschlossen, zukünftigen Generationen einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Zumindest die Koalitionsfraktionen fühlen sich diesem Beschluss nach wie vor verpflichtet.

Ich finde, unter diesen Rahmenbedingungen ist der Vorschlag der Landesregierung ein guter Vorschlag, weil er eine **soziale Komponente** enthält. Wir können nicht die Augen davor verschließen, wie stark gerade die unteren **Besoldungsgruppen** von den Preissteigerungen betroffen sind, beispielsweise beim Thema Wohnen. In einigen Landesteilen sind die Mieten in den letzten Jahren um über 10 % gestiegen. Davon sind Menschen mit kleinen Einkommen besonders betroffen, weil es für sie relativ gesehen eine größere Belastung bedeutet. Deshalb finde ich es richtig, dass die Besoldungsgruppen bis A 13 eine inhaltsgleiche und bis A 12 eine zeitgleiche Übertragung des Tarifabschlusses erhalten.

Natürlich sind auch alle anderen Beamtinnen und Beamten von den **Preissteigerungen** betroffen. Ich

weiß, dass wir ihren stärkeren Schultern viel aufladen. Umso wichtiger finde ich, dass die Landesregierung den Wünschen der Gewerkschaften nachgekommen ist, auf Vorfestlegung über 2014 hinaus zu verzichten.

Das, was als Mindestgarantie gemeint war, wurde als Besoldungsdiktat aufgefasst. Wir haben zugehört, wir haben verstanden, und wir haben gehandelt.

Meine Damen und Herren, jetzt stehen die Beratungen im Ausschuss und die Anhörung der Verbände an. Wir werden uns noch einmal der Kritik stellen und werden prüfen, ob man innerhalb des gesteckten Finanzrahmens noch Verbesserungen erreichen kann.

Wenn wir das Gesetz im nächsten Monat beschließen, werde ich meine Hand vielleicht nicht mit Stolz dafür erheben, wohl aber mit dem Gefühl, bei einer schwierigen Abwägung die richtige Entscheidung für das gesamte Land getroffen zu haben. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir gemeinsam Herrn Uwe Polkaehn, den Vorsitzenden des DGB Nord, der ebenfalls auf der Tribüne Platz genommen hat. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf verweigert die Landesregierung den Landesbeamtinnen und -beamten eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses.

Die Übernahme soll erst zum 1. Juli 2013 sowie zum 1. Oktober 2014 erfolgen. Für die Besoldungsgruppen A 12 bis A 13 bedeutet dies de facto eine Erhöhung von 1,225 % für das laufende Jahr, die Besoldungsgruppen ab A 14 erhalten gemäß Ihres Vorschlags nur eine Erhöhung von 0,65 % für das Jahr 2013. Für das Jahr 2014 sind es sogar nur 0,6875 % beziehungsweise **3,25 %**. Das mag Ihre neue Sozialpolitik sein, aber sozial ist das nicht.

(Torge Schmidt)

(Beifall PIRATEN)

Das liegt weit unter der **Inflationsrate** von 1,7 % für die Jahre 2013 und 2014, die die Mai-Steuer-schätzung noch einmal bestätigt hat. Sie bewirken einen realen Lohnverlust für die Landesbeamten.

Für uns PIRATEN gilt: Es darf nur eine **volle Übernahme des Tarifergebnisses** geben.

(Beifall PIRATEN)

Doch damit nicht genug. Sie treiben einen Keil zwischen die Beamtinnen und Beamten, in dem Sie willkürlich eine Grenze zwischen A 13 und A 14 ziehen. Sie definieren Reichtum in Deutschland neu. Ab monatlich 3.584 € gilt man nun als reich und bedarf einer geringeren Besoldungsanpassung. Ich vergaß, es trifft nur zu, wenn man A 14 erhält. Erhält man jedoch über 3.007 € monatlich in der sechsten Anpassungsstufe von A 13, bekommt man die höhere Besoldungsanpassung. Daran ändert die Tabellenkorrektur ab dem Jahr 2014 nichts. Oder um es mit den Worten von Frau Ministerin Heinold bei der **Vorstellung der Haushaltseckwerte** zu sagen: Bei Haushalten, in denen Lehrer und Professoren zusammenleben, ist es nicht zwingend notwendig, die Besoldung zu erhöhen. Das mag Ihre neue Sozialpolitik sein, aber sozial ist das nicht.

Doch bevor Sie den Antrag überhaupt ins Plenum bringen, schaffen Sie bereits Fakten. Pünktlich zum 1. Mai sollen die Landesbeamten mit einer **Einmalzahlung** beschwichtigt werden, und, wie wir als Antwort auf unsere Kleine Anfrage erfahren haben, es wurde die Finanzverwaltungsbehörde bereits am 21. März angewiesen, die Zahlbarmachung der Einmalzahlung zum 1. Mai vorzubereiten, und zwar in Abstimmung mit der Finanzministerin persönlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Andresen?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, bei allem Respekt vor Haushalten mit Professoren. Ich kann es selbst aus familiären Gründen ganz gut beurteilen. Können Sie mir vielleicht erklären, ob aus Sicht der PIRATEN Haushalte, in denen Professoren leben, von niedrigen Einkommen besonders bedroht sind?

- Ich verstehe Ihre Frage nicht. Sie könnten auch sagen, dass Spitzenbeamte die viel verdienen, genauso bedroht sind wie Arme. Für mich ist es klar: Warum sollten die Leute unterschiedlich behandelt werden?

Ich kann Ihnen das vielleicht anhand einer Zwischenbemerkung, falls es gestattet ist, erklären. Es gibt in der Bundesrepublik ein Durchschnittseinkommen, das bei ungefähr 2.500 € brutto liegt. Ich kann Ihnen - wie gesagt - auch aus eigener Erfahrung berichten, dass Haushalte, in denen ein Teil oder beide Teile Professoren sind, deutlich über dem Durchschnittseinkommen in der Bundesrepublik liegen und ich nicht ganz nachvollziehen kann

(Zuruf FDP)

- ich habe gerade das Wort -, warum aus Sicht der PIRATEN gerade diese Einkommensgruppe eine ist, die in Fragen der sozialen Gerechtigkeit in der Bundesrepublik benachteiligt ist. Das kann ich nicht erkennen.

(Zuruf CDU: Einheitspreis für alle!)

- Die ist nicht benachteiligt. Aber es ist doch der falsche Ansatz, bei denen zu kürzen, die weniger bekommen beziehungsweise gar keine Erhöhung verdienen. Das ist doch falsch. Nach Ihrer Argumentation müsste man doch deutlich mehr bei den Ärmeren zuschlagen. Aber es kann doch nicht zulasten der Besserverdienenden gehen. Es kann doch nicht sein, dass sie gar nichts mehr bekommen, weil sie eh schon so viel verdienen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich weiß gar nicht, ob ich das überhaupt noch darf!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Der Abgeordnete Andresen möchte sich - vermute ich - zu einer anschließenden Frage oder Bemerkung zu Wort melden. Ich frage Sie, ob Sie, Herr Schmidt, das jetzt gestatten.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Nur zu.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mich würde interessieren, auch, weil wir kurz vor einer Bundestagswahl stehen und das alles im Zusammenhang steht, für welche **Steuerpolitik** die PIRATEN eigentlich stehen und ob es nicht sozial gerechte Politik wäre, starke Einkommen auch stärker zu belasten, beispielsweise im Sinne ei-

(Torge Schmidt)

ner Vermögenssteuer oder eines Spitzensteuersatzes, der angehoben wird.

- Herr Andresen, Sie müssten eigentlich wissen, dass eine Steuerpolitik nichts mit Besoldung für Beamte zu tun hat. Das sind zwei unterschiedliche Dinge.

(Zuruf)

- Ja. Aber es ging um die Höhe der Einkommen!

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Zuruf
CDU: Das war ein guter Beitrag!)

Ich zitiere an der Stelle weiter:

„In der Kabinettsvorlage heißt es ausdrücklich, dass die zum 1. Mai 2013 vorgesehenen Einmalzahlungen an bestimmte Beamtengruppen im Wege einer unter Gesetzesvorbehalt stehenden Vorschriftsregelung veranlasst werden. Die am Vortag ergangene Weisung an das Finanzverwaltungsamt, ... hätte ohne Weiteres geändert werden können, wenn das Kabinett anders entschieden hätte.“

Ist dies Ihre neue Dialogkultur? Noch bevor Gewerkschaften und Interessenverbände überhaupt eine Stellungnahme zu Ihrem Entwurf abgeben können, setzen Sie diesen bereits um.

Die **Unterrichtung** über den Gesetzentwurf mit der Nummer **18/37** ist auf den 27. März 2013 datiert, eine Woche nach der Veröffentlichung der Pläne durch den Herrn Ministerpräsidenten Albig, sechs Tage nach der **Anweisung** an das **Finanzverwaltungsamt**.

Treffender als die Finanzministerin kann ich es gar nicht zusammenfassen:

„Wir müssen nicht verhandeln, wir können auch beschließen.“

Dass Sie dies nicht müssen, haben die **Haushaltsberatungen** gezeigt. Dazu bedarf es nicht einmal dem Aktenvorlagebegehren der CDU. Dieses war natürlich sehr aufschlussreich - ohne Frage -, dennoch zeigt bereits der Haushaltsentwurf für 2013, dass Sie nie ein Interesse daran hatten, den Tarifabschluss zu übernehmen.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Sie hatten 1,5 % für Besoldungs- und Tariferhöhungen vorgesehen, und Sie wussten auch schon damals, dass das nie für eine volle Übernahme reichen wird.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Ihr Argument in den Haushaltsberatungen war: Wir wollen die Verhandlungsposition der Länder stärken, nicht zu viele Mittel bereitstellen. - Die Wahrheit sieht ganz anders aus. Die Planungen Ende letzten Jahres sahen lediglich einen Puffer von 9,3 Millionen € für den Landeshaushalt vor. Zusätzliche Ausgaben hätten die Ausgabengrenze gerissen, womit unser Haushalt verfassungswidrig gewesen wäre. Sie hatten nie vorgesehen, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Erkenntnis, dass die Mittel im Haushalt nicht reichen, hatten Sie schon im Oktober 2012 als Sie sich für ein „Kaminzimmersgespräch“ der Ministerpräsidenten vorbereitet haben. Wenn Sie gewollt hätten, wäre noch genug Zeit gewesen, das über die Nachschiebeliste im Haushalt zu korrigieren.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Seit Wochen vernehme ich nun die gleichen Stimmen: Das Land muss sparen; wir haben kein Geld.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen Sie in anderen Debatten auch!)

Die Finanzministerin interpretiert die Schuldenbremse gar als eine Einkommensgrenze für die Landesbeamten.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei der FDP-Fraktion bedanken, dass sie uns das von ihr in Auftrag gegebene Gutachten des **Wissenschaftlichen Dienstes** zur Verfügung gestellt hat. Wie dieses zeigt, gilt Ihre Argumentation, sehr geehrte Frau Ministerin Heinold, gerade nicht zur Rechtfertigung Ihres Besoldungsdiktats.

Ich zitiere aus dem Gutachten:

„Der Gesetzgeber darf die Beamtenbesoldung nicht ohne spezifische, im Beamtenverhältnis wurzelnde Gründe von der allgemeinen Wirtschafts- und Einkommensentwicklung abkoppeln.“

Sollte sich ergeben, dass der Gesetzentwurf eine partielle Abkopplung der Beamtenbesoldung von der allgemeinen Wirtschafts- und Einkommensentwicklung bewirkt, so wären dafür - ich zitiere -:

„finanzielle Erwägungen und das Bemühen, Ausgaben zu sparen, für sich genommen grundsätzlich als Rechtfertigung nicht ausreichend“

Die Landesregierung bewegt sich mit dem vorliegenden Gesetz nun vielmehr auf einem **verfassungsrechtlich** dünnen Eis. Vonseiten der Koalition müssen wir uns als Opposition immer wieder

(Torge Schmidt)

anhören, wir hätten keine Gegenfinanzierung und wollten strukturelle Kosten durch einmalige Kürzungen von Projekten gegenfinanzieren.

Wenn ich so Haushalte wie Sie, schaffe ich es auch, jeden Haushalt mit Einmalprojekten und Sondervermögen zu überlasten, bis für die wirklichen Kernaufgaben wie dem Personal kein Geld mehr zur Verfügung steht.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Seit Monaten gibt Ihnen der **Landesrechnungshof** die Lehrformel vor: Sparen Sie an Personal, aber nicht am Personal. - Wie wollen Sie das Land mit demotivierten Beamtinnen und Beamten in Zeiten von Haushaltskonsolidierung regieren? Arbeitsverdichtung, weniger Kohle und - ja - die Klappe halten?

Betrachten wir nur die zusätzlichen Mittel, die über die bereits eingestellten **Besoldungs- und Versorgungserhöhungen** von 1,5 % hinausgehen, so fehlen dem Landeshaushalt im Jahr 2013 31 Millionen €. 2014 werden bei gleicher Planung zusätzliche 40 Millionen € obendrauf kommen. Das ist die von der Ministerin oft zitierte zusätzliche Belastung des Landeshaushalts in Höhe von 72 Millionen €.

Entgegen aller Behauptungen ist es gerade nicht so, dass kein Geld da ist, im Gegenteil. Die Landesregierung setzt nur **andere Prioritäten**. PROFI: 50 Millionen €; Standortmarketing: 460.000 €; Schaffung einer zweiten Stelle für einen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium: 110.000 €; Sondervermögen Hochschulanierung: 40 Millionen €; Sondervermögen energetische Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen: 11,5 Millionen €. Sobald sich die Chance ergab, haben Sie sich an den Töpfen bedient und **Einmalprojekte** oder **Sondervermögen** gegründet. Es ist mir klar, dass dann kein Geld mehr für die Kernaufgaben bleibt. Der Landesbeamte an sich lässt sich nur schwer energetisch sanieren.

(Beifall PIRATEN)

Der Änderungsantrag der FDP erfährt unsere Zustimmung. Wie es zu finanzieren ist, haben wir Ihnen gezeigt. Die operative Ausgestaltung obliegt nun dem Finanzministerium.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein bisschen unkonventionelle Ideen haben! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben wir ja! - Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lars Harms für die Abgeordneten des SSW.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute liegt Ihnen ein Gesetzentwurf zur zukünftigen Beamtenbesoldung vor, der die Anforderungen der **Schuldenbremse** auf der einen Seite und die **sozial ausgewogene Erhöhung der Besoldung** für unsere Beamtinnen und Beamten auf der anderen Seite berücksichtigt.

Ich erlaube mir hier zuallererst den Hinweis, dass wir trotz allem für alle Beamten über eine Erhöhung ihrer Bezüge reden. Der öffentliche Eindruck ist manchmal, dass es hier womöglich um eine Senkung der Bezüge geht.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht der Fall, im Gegenteil. Es geht um ein Mehr für unsere Beamten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Real schon!)

Der zweite Punkt, lieber Kollege Kubicki, den ich vorausschicken möchte, ist, dass sich jede Erhöhung der Bezüge natürlich extrem auf den **Landeshaushalt** auswirkt. Insgesamt machen die Personalausgaben 3,6 Milliarden € aus. Davon sind 2,3 Milliarden € für die derzeit Beschäftigten und 1,3 Milliarden € für die ehemaligen Beamten, die jetzt Versorgungsbezüge als Pensionäre erhalten. Die Pensionsausgaben haben im Übrigen eine stark steigende Tendenz. Somit sind jetzt schon 37 % der Landesausgaben als Personalausgaben gebunden, wie gesagt, nicht nur wegen der Tarifsteigerung, sondern insbesondere auch wegen der Pensionszahlungen mit jährlich stark steigender Tendenz.

So gesehen, meine Damen und Herren, ist der Druck auf das **Personalbudget** auch eine Last der Einstellungspraxis der vergangenen Jahrzehnte. Da nehmen wir keine Regierung aus. Im Übrigen nehmen wir auch kein Bundesland aus, weil es in den anderen Bundesländern nicht anders ist als hier.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Harms [SSW]:

Gern.

(Lars Harms)

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, lieber Kollege Harms. Da Sie genauso wie ich seit dem Jahr 2000 diesem Landtag angehören und ich weiß, dass Sie ein exzellenter Kenner der Landeshaushalte in den vergangenen Legislaturperioden waren, frage ich Sie, wie das, was Sie bis jetzt ausgeführt haben, mit Ihrer Aussage 2012 zusammenpasst, Tarifabschlüsse müssen selbstverständlich zeit- und inhaltsgleich auf die Lehrkräfte im Land übertragen werden. Hieran kann es aus Sicht des SSW keinen Zweifel geben. Ich frage Sie: Welche Zweifel haben Sie auf einmal überkommen?

- Diese Zweifel werde ich Ihnen am Ende noch nennen, weil ich auf dieses genau eingehen werde. Ich weiß genau, dass die Öffentlichkeit selbstverständlich einen Anspruch darauf hat, eine Antwort von uns zu erhalten. Bitte erlauben Sie mir, dies am Ende zu tun. In meiner Rede wird am Ende dazu noch etwas ausgeführt, sodass Sie die Antwort genauso wie die Öffentlichkeit zu diesem Thema von mir bekommen.

Drittens. Es geht heute nicht um alle Beamten, sondern nur um einen **Teil der Beamten**. Ungefähr ein Viertel der Beamtinnen und Beamten im Landesdienst bekommen nach dem Gesetzentwurf in den nächsten beiden Jahren eine geringere Erhöhung der Bezüge, die nicht an die Tarifierhöhung im Angestelltenbereich angelehnt ist. Diese geringeren Steigerungen werden bei den **höher besoldeten Beamten** vorgenommen, bei denen die allgemeine Preisentwicklung nicht so stark durchschlägt wie bei den niedrigeren Besoldungsgruppen. Wir glauben, dass dies **sozial vertretbar** ist, meine Damen und Herren.

Viertens. Die meisten **anderen Länder** übernehmen ebenfalls nicht den Tarifabschluss für die Angestellten. Alle diese Länder haben genau die gleichen Probleme wie wir. Wir haben einen **Stellenabbaupfad**, der besagt, dass wir mehr als 5.300 Stellen bis 2020 abgebaut haben wollen und müssen. Meine Damen und Herren, 1 % Tarifsteigerung, nur um es einmal darzustellen, kostet ungefähr 30 Millionen € jährlich oder umgerechnet 600 Stellen. Ich glaube, jeder wird eingestehen, dass ein weiterer Stellenabbau unrealistisch ist. In den anderen Bundesländern sieht man solche Szenarien ähnlich und kommt zu ähnlichen Lösungen.

Fünftens. Immer wieder wird der Vorwurf erhoben, dass diese Koalition einfach neu **beschlossene Maßnahmen** zurücknehmen könnte, denn diese erfolgten auf dem Rücken der Beschäftigten. Das ist

natürlich auch falsch. Insgesamt sind die meisten Maßnahmen unsererseits durch Umschichtungen in den Budgets erwirtschaftet worden. Das heißt, alte inhaltliche Prioritäten sind eingesammelt worden und man hat neue gesetzt, ohne mehr Geld auszugeben.

Hinzu, meine Damen und Herren, kam der **Ausbau der Kindertagesstätten**, um den Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren zu gewährleisten. Wir haben eine Vereinbarung mit den Kommunen getroffen, die für beide sinnvoll ist. Der Kern ist aber, dass wir ohnehin verpflichtet waren, diese Gelder weiterzuleiten. Auch eine Regierung anderer Couleur hätte dies tun müssen.

Es gibt nur einen Unterschied: Sie, meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb wären in einen Konflikt mit den Kommunen hineingelaufen, der noch teurer für das Land geworden wäre und die Spielräume noch enger gemacht hätte. Das haben wir verhindert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir hätten dann noch das Programm **PROFI**, das manches Mal, gerade auch von meinem Vorredner, zur Gegenfinanzierung genannt wird. Hier handelt es sich aber um einmalige investive Ausgaben. Für eine strukturelle dauerhafte Erhöhung der Personalausgaben, die in die Zukunft wirken, kann man diese einmalig zur Verfügung stehenden Mittel auch nicht nehmen.

Bleiben von den großen Blöcken nur noch die Schaffung von Plätzen in der Altenpflegeausbildung, die Erhöhung der Zuschüsse für die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen, die verbesserte Förderung von dänischen Schulen und den anderen freien Schulen und die Wiedererhöhung des Blindengeldes. Wenn man alles zusammenrechnet, kommt man in diesem Jahr vielleicht auf 10 Millionen €, die diese **politischen Prioritäten** kosten. Vor diesem Hintergrund kann jeder ersehen, dass auch Streichorgien bei den politischen Prioritäten dauerhaft nicht helfen werden.

Mir war es wichtig, diese Vorbemerkung erst einmal vorzuschicken, damit man überhaupt weiß, worüber man redet und in welcher Situation sich das Land befindet. Ich weiß, dass wir alle gesagt haben - nun komme ich zu dem, was ich dem Kollegen Garg gerade auch gesagt habe -, dass eine zeit- und wirkungsnaher Übernahme des Tarifabschlusses eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Ich bedaure sehr für den SSW, dass wir genauso wie

(Lars Harms)

die anderen Bundesländer nicht in der Lage sind, dieses einhalten zu können.

Wir haben uns den Tarifabschluss genau angesehen und werden versuchen, das herauszuholen, was geht. Deshalb haben wir die **soziale Staffelung** vorgenommen und noch einige andere Dinge mit eingebaut, die sich positiv für die einzelnen Betroffenen auswirken. Es ist deshalb auch wichtig, dass wir in diesem Gesamtpaket auch noch über die **Zulagen** reden. Wir gewähren Zulagen für die Feuerwehr und für Außendienstmitarbeit. Wir gewähren wieder eine Jubiläumszulage, und wir schauen, dass die **Beihilfe** in Bezug auf den Wegfall der Praxisgebühr entsprechend angepasst wird. All dies wird ebenfalls in den Topf hineingenommen.

Auch das ist Ausfluss der Beratungen mit den Gewerkschaften, mit dem Beamtenbund, die genau diese Bereiche immer moniert haben - nicht mehr in Bezug auf die Besoldungsanpassung, sondern auch schon vorher. Insofern ist dieses **Gesamtpaket** auch nicht so schlecht, meinen wir.

Wir haben vorgehabt, den Beamtinnen und Beamten Sicherheit in Bezug auf das zu geben, was sie in den nächsten Jahren gehaltsmäßig zu erwarten haben. Deshalb wollten wir ursprünglich **per Gesetz** eine **Garantie** dafür geben, dass auch in den nächsten Jahren eine Besoldungserhöhung um jeweils mindestens 1,5 % festgeschrieben wird.

Gewerkschaften und Beamtenbund haben uns mitgeteilt, dass sie dies als eine **Vorfestlegung** ablehnen und lieber nur für die Jahre 2013 und 2014 Regelungen geschaffen sehen wollen. Dies hat die Landesregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf berücksichtigt. Insofern sehen Sie, meine Damen und Herren, dass der Dialog auch im Gesetzgebungsverfahren nicht endet.

Wenn Sie den konkreten Gesetzentwurf betrachten, werden Sie auch feststellen, dass das sogenannte **Abstandsgebot** zwischen den einzelnen Besoldungsstufen gewahrt bleibt. Die Landesregierung hatte daher die gleiche Aufgabe wie schon die weit überwiegende Zahl der anderen Landesregierungen. Alle haben ihre Regelungen für die Beamten modifiziert und so angepasst, dass dieses Abstandsgebot auch eingehalten wird, sodass ich wenig Sorge habe, dass das Ergebnis, das Ihnen heute vorliegt, erfolgreich beklagt werden kann.

Im Übrigen erlaube ich mir den Hinweis, dass nicht alle Länder gleich hohe, sondern teilweise niedrigere Anpassungen bei der Beamtenbesoldung durchführen als wir in Schleswig-Holstein. Das Beispiel Rheinland-Pfalz ist schon genannt worden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines abschließend ansprechen. Wir werden noch in die **Ausschussberatungen** einsteigen, in der das Gesetz vielleicht noch verbessert werden kann. Dort wird es auch noch eine Beteiligung formaler Art geben. Dann werden uns möglicherweise auch die Gewerkschaften und der Beamtenbund deutlich machen, wie sie dazu stehen und Vorschläge machen, wie man das Gesetz noch konkret verbessern kann. Und das ist auch in Ordnung so.

Möglicherweise wird dieses Gesetz mit Modifizierungen aus dem Verfahren herauskommen. Diese Offenheit besteht, weil diese Offenheit immer in der Politik besteht. Insofern gehen wir offen in die Ausschussberatungen und werden das Gesetz dort, wo noch Ergänzungen notwendig sind, ergänzen. Unser gemeinsames Ziel ist es, hier soviel wie möglich für die Beamtinnen und Beamten möglich zu machen. Ich habe die Hoffnung, dass am Ende ein gutes Ergebnis steht, das sich auch im Vergleich aller Bundesländer gut sehen lassen kann. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU erteile ich dem Abgeordneten Tobias Koch das Wort. Er hat sich vermutlich nicht zu einem Dreiminutenbeitrag gemeldet, sondern er möchte die Restredezeit, die Kollege Callsen übrig gelassen hat, nutzen. Das sind nach unserer Berechnung 7 Minuten.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 20. März 2013 hat der Ministerpräsident hier in diesem Haus dem Landtag seinen **Besoldungsvorschlag** unterbreitet. Bevor das entsprechende **Gesetz** überhaupt im Landtag beraten wurde, musste es von der Landesregierung schon nachgebessert werden. Kaum war dies geschehen, kündigte der SSW-Fraktionsvorsitzende bereits weitere Gesetzesänderungen an.

Der Entwurf der Landesregierung ist offenbar so schlecht, dass er substanzieller Änderungen bedarf. Herr Dr. Stegner, bringen Sie zukünftig alle Gesetzentwürfe gleich selber ein! Dann ersparen Sie es uns, uns mit solchen unzureichenden Gesetzentwürfen dieser schwachen Regierung auseinanderzusetzen zu müssen.

(Beifall CDU und FDP)

(Tobias Koch)

Was ist das für eine unwürdige Salomitaktik, bei der sie immer nur gerade nur soweit von der eigenen Position abrücken, wie Sie durch öffentlichen Druck dazu gezwungen werden? Aber das kommt natürlich dabei heraus, wenn man keinen ergebnisoffenen Dialog führt, sondern wenn das Ergebnis bereits vorher feststeht.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entscheiden ist auch falsch! Was sollen wir denn machen?)

Selbstverständlich ist es das gute Recht der Finanzministerin, **Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung** zu unterbreiten. Sie darf selbstverständlich auch gern verschiedene Varianten durchrechnen. Was sich aber in den Akten des Ministeriums findet, das sind keine Vorschläge, das sind politische Zielvorgaben, meine Damen und Herren. Es war von vornherein die erklärte Absicht der Finanzministerin, einen Konsolidierungsbeitrag zu Lasten der eigenen Mitarbeiter zu erwirtschaften.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Ja, wenn Sie mich so abrupt unterbrechen, dann gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Es ist, um es einmal deutlich zu sagen, nicht immer möglich zu sehen, ob Sie einen Satz anfügen wollen, ob das ein Komma oder ein Punkt war. Deshalb ist es vielleicht manchmal kontraproduktiv. Wenn Sie einen Satz zu Ende sprechen wollen, den Sie angefangen haben, oder den Gedanken zu Ende bringen wollen, dann können Sie das jederzeit tun. - Dann hat, wenn ich es richtig verstanden habe, mit Ihrer Erlaubnis der Kollege Stegner das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Koch! Darf ich Sie ganz bescheiden fragen, ob Sie sich heute noch entscheiden könnten, ob Sie entweder der Regierung vorhalten wollen, sie führe einen Dialog, der nicht ergebnisoffen sei, oder ob Sie sich darüber beklagen wollen, dass dieses Parlament im parlamentarischen Verfahren noch Verän-

derungen durchführt.

Wenn Sie uns freundlicherweise sagen würden, zu welcher der beiden Varianten Sie mehr tendieren, sodass wir wissen, was Sie aus Ihrem Aktenstudium an Erkenntnissen gewonnen haben, um davon profitieren können.

- Lieber Herr Kollege Stegner,

(Zurufe Johannes Callsen [CDU] und Dr. Kai Dolgner [SPD] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lassen Sie ihn antworten!)

wenn Sie sich zunächst entscheiden würden, ob Sie einen ergebnisoffenen Dialog hätten führen und die Entscheidung erst nach dem Tarifabschluss hätten treffen wollen, oder ob Sie bereits im Vorfeld Ihre Entscheidung getroffen hatten. Wenn Sie in Ihrem eigenen Handeln einen roten Faden hätten erkennen lassen, wäre es für uns einfacher zu argumentieren. Da Sie aber genau dieses vermissen lassen, fällt beides entsprechend auf Sie zurück.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Ich denke, die Frage ist damit ausreichend beantwortet, und ich würde gern fortfahren. Der Kollege Dr. Stegner wird sicherlich an späteren Stellen weitere Zwischenfragen haben. Da wird noch einiges an Erhellendem auf Sie zukommen.

(Zuruf: Es lebe der Konjunktiv!)

Während diese Vorfestlegung längst getroffen war, wurde öffentlich - und das ist der Kritikpunkt, Herr Dr. Stegner - weiterhin der Eindruck erweckt, es sei noch alles offen, entschieden würde erst, wenn die Tarifabschlüsse vorlägen, und auch dann würde selbstverständlich zunächst mit den Gewerkschaften darüber gesprochen werden. Und tatsächlich: Es wurden dann drei **Gesprächsrunden** mit den **Gewerkschaften** vereinbart, nach der zweiten war aber trotzdem schon Schluss, und zwar ohne, dass den Arbeitnehmervertretern auch überhaupt nur ein Vorschlag der Landesregierung präsentiert worden wäre.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Tobias Koch)

- Ich habe Akteneinsicht genommen, Frau Kollegin.
- Im Gegenteil: Bereits vor der zweiten Gesprächsrunde stand schon fest, dass es keine dritte geben werde und zwar unabhängig vom Ausgang der zweiten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist es!)

Weil die Rede des Ministerpräsidenten bereits fertig geschrieben war. Sie war auch schon für den Mittwoch geschrieben, nachdem das Gespräch gerade am Dienstagabend stattgefunden hatte.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich lag mit meiner Vermutung richtig.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich gehe jetzt davon aus, dass Sie den Redewunsch von Herrn Stegner stattgeben möchten.

Tobias Koch [CDU]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann ist der Herr Kollege Dr. Stegner mit einer Zwischenbemerkung oder Frage am Zug.

Tobias Koch [CDU]:

Sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Koch, könnten Sie mir erstens vielleicht darin zustimmen, dass völlig unabhängig von dem, was Sie bei Ihrem Aktenstudium gelernt haben, die Behauptung, die Sache sei schon längst entschieden gewesen, allein schon deswegen nicht stimmen kann, weil die Entscheidung in diesem Parlament in der zweiten Lesung des Landesbeamtengesetzes im Juni fällt?

Würden Sie mir zweitens vielleicht auch noch zustimmen, dass der Herr Ministerpräsident, wenn er vor diesem Haus redet, das Denken nicht einstellt, nur weil vorher irgendwelche Redeentwürfe gefertigt worden sind, sondern selbstverständlich hier auch seine Meinung äußert? Das ist das, was Politiker normalerweise tun, wenn sie hier reden. Wie ich unseren Ministerpräsidenten kenne, tut er das auch. Ich würde mir sehr wünschen, dass gelte sogar für Sie, wenn Sie jetzt meine Frage beantworten, dass Sie das Den-

ken nicht eingestellt haben, sondern mir jetzt freundlicherweise in der Sache antworten.

- Lieber Herr Kollege Dr. Stegner,

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

die **Entscheidung der Landesregierung** war bereits gefallen, bevor die Gespräche abgeschlossen waren. Die Entscheidung der Landesregierung war gefallen, nicht die dieses Parlaments.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht aus den vorgelegten Akten nicht hervor!)

Es stand schon vor dem zweiten Gespräch fest, dass die Landesregierung kein drittes Gespräch führen wird,

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht! Das ist eine falsche Darstellung!)

dass der Ministerpräsident stattdessen am Mittwochmorgen eine Erklärung abgeben werde. Es stand auch fest, was er erklären wird.

Lieber Kollege Dr. Stegner, dass Sie selber lieber gern Ministerpräsident wären und es sich deshalb vorbehalten, natürlich jeden Gesetzentwurf dieser Regierung noch einmal grundlegend zu überarbeiten, gestehe ich Ihnen gern zu.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestehen Sie dem Kollegen Dr. Stegner auch einen weiteren Wortbeitrag zu?

Tobias Koch [CDU]:

Das war gerade so schön, ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr verehrter Herr Kollege Koch, da mir persönlich eine solche Entscheidung der Landesregierung nicht bekannt ist, wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie diesem Hohen Hause den Kabinettsbeschluss, den Sie sicherlich nachgelesen haben - ein Kabinettsbeschluss ist nämlich eine Regierungsentscheidung - mitteilen könnten, bei dem die Regierung beschlossen hat, etwas anderes zu tun als sie im Parlament gesagt hat. Wenn Sie den finden

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

und mir zeigen, dann schlage ich Sie für den Pulitzer-Preis vor.

Tobias Koch [CDU]:

Lieber Herr Kollege Dr. Stegner, dafür, dass wir als CDU eine so schwache Opposition sind, machen Sie sich ganz schön viel Mühe, hier auf unsere Redebeiträge einzugehen.

(Lachen Birgit Herdejürgen [SPD] - Zurufe Peter Eichstädt [SPD] und Serpil Midyatli [SPD])

Würden Sie mir zustimmen, dass eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, die ausformuliert am Montag vorliegt, einer gewissen Entscheidungsgrundlage der Regierung bedarf,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei der SPD nicht!)

dass dieser Ministerpräsident nicht ohne irgendeine Abstimmung in der Regierung gehandelt haben wird, sondern diesem einen Entscheidungsprozess in der Regierung zugrunde liegen muss? - Oder hat er eigenmächtig gehandelt?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Erst wenn Stegner das gelesen hat! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ohne ihn zu fragen? - Unerhört!)

Oder war es nicht vielmehr so, dass Sie an dem Dienstag, bevor das **Gespräch** mit den **Gewerkschaftsvertretern** war, selber zu einer Runde der Fraktionsvorsitzenden zusammengekommen sind, wo Sie vermutlich genau diese Ergebnisse, genau diese Entscheidungen, mitbeschlossen haben? War das so?

(Lachen Birgit Herdejürgen [SPD] - Zurufe Peter Eichstädt [SPD] - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Koch, Herr Dr. Stegner bittet um die Möglichkeit, eine weitere Zwischenbemerkung machen zu können. Herr Koch, ich frage Sie jetzt, ob Sie diese noch einmal zulassen. Dann möchte ich vorschlagen, dass Sie sich vielleicht darauf verständigen, möglicherweise nacheinander zu reden. Vor allem auch diejenigen, die gern Zwischenkommentare machen, möchten sich vielleicht zu Wort melden und dies von hier vorn aus tun. Ich glaube, das wird für alle einfacher.

Herr Koch, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Kollegen Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Ich würde eine Antwort auf meine gerade gestellte Frage jetzt zulassen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Oder eine Antwort. - Herr Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich versuche einmal beides in einem, lieber Herr Kollege Koch, und ich verspreche Ihnen, dass das die letzte Bemerkung ist, die ich zu Ihrer Rede mache. Ich will das nicht überstrapazieren.

Tobias Koch [CDU]:

Warten Sie ab, warten Sie ab!

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aber ein Ondit aus der Region, aus der Sie kommen, sagt, Sie hätten sich öffentlich geäußert, Ihr Traum sei, Finanzminister zu werden. Wenn ich Sie hier so erlebe, würde ich Ihnen einen anderen Rat geben, nämlich ob Sie nicht vielleicht umschulen und Staatsanwalt versuchen sollten, dann allerdings mit überzeugenderen Pladoyers, als Sie es hier versucht haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür braucht man bestimmte Voraussetzungen, die erfüllen Sie auch nicht!)

- Ich glaube, dieser Wortbeitrag bedarf keinerlei Antwort.

Meine Damen und Herren, Stilfragen und Umgangsformen sind das eine, die Täuschung von Parlament und Öffentlichkeit ist das andere.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

- Sie haben sich zu früh gesetzt, Herr Dr. Stegner.

Mit Pressemitteilung vom 12. März 2013 stellt die Finanzministerin öffentlich dar, dass für Tarif- und Besoldungssteigerungen in den Jahren 2013 und 2014 insgesamt 105 Millionen € zur Verfügung stehen würden - **105 Millionen €** In den Akten des Finanzministeriums findet sich unterdessen eine entsprechende Tabelle mit einem Wert von insgesamt **132,5 Millionen €** Diese Tabelle wurde auch an die Staatskanzlei übermittelt und führte dazu, dass in Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, zunächst der Satz vorgesehen war - Zitat -: Im Haushalt 2013 sind für die Besoldungsanpassungen 44 Millionen € und 2014 88,5 Millionen € veranschlagt. - In der Summe sind das die genannten 132,5 Millionen €.

(Tobias Koch)

Was passiert dann? - Daraufhin interveniert die Pressestelle des Finanzministeriums, weil dieser Satz in der Rede des Ministerpräsidenten unliebsame Fragen aufwerfen könne.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Durch die Pressestelle!)

Was passiert als nächstes? - Der Satz wird aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gestrichen. Die der Staatskanzlei vorliegende Zahl über die tatsächlich verfügbaren Haushaltsmittel wird dem Parlament nicht deswegen vorenthalten, weil sie falsch wäre, sondern weil sie im Widerspruch zur Pressemitteilung der Finanzministerin steht.

(Zuruf Ministerin Monika Heinold)

- In der Tat, ich finde das ist ein Skandal. Damit aber nicht genug: Denn die zugrunde liegende Tabelle des Finanzministeriums war keineswegs der letzte Entwurf.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wahnsinn, die haben noch weiter gearbeitet! Sogar nach 19 Uhr!)

Das war ein erster Entwurf. In diesen Akten findet sich eine weitere Tabelle - als sogenannte überarbeitete Fassung betitelt -, und darin werden verfügbare Haushaltsmittel von **144,5 Millionen €** ausgewiesen. Auch damit ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Es gibt diese Tabelle auch in einer dritten, und zwar in einer endgültigen Fassung. Frau Ministerin, Sie werden Ihre eigenen Akten kennen. In der endgültigen Fassung sagt das Finanzministerium, es stünden Haushaltsmittel von sage und schreibe **164,4 Millionen €** zur Verfügung.

Auf Basis der eigenen Zahlen des Finanzministeriums könnten die 177 Millionen € für die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses nahezu vollständig aus den vorhandenen Haushaltsmitteln beglichen werden,

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

und zwar ohne, dass dabei das strukturelle Defizit erhöht oder die Einhaltung der Schuldenbremse in irgendeiner Weise gefährdet würde.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Herr Stegner, jetzt hören Sie gut zu!

(Lachen SPD - Zurufe SPD)

Das ist ein spannender Punkt, der Sie interessieren wird. Diese beiden **Tabellen**, von denen ich gerade sprach, befinden sich ausschließlich in den **Akten**

des **Finanzministeriums**, nicht in den **Akten** der **Staatskanzlei**.

(Zurufe SPD: Oh! - Peter Eichstädt [SPD]: Das riecht nach Untersuchungsausschuss! - Christopher Vogt [FDP]: Nicht einmal Ablage können Sie machen!)

Ich halte es durchaus für vorstellbar - ich wollte Ihnen da jetzt entgegenkommen -, dass Ihnen, der SPD-Fraktion und dem Ministerpräsidenten, diese Zahlen genauso vorenthalten wurden wie dem gesamten Parlament und der Öffentlichkeit.

(Zurufe)

- Wahrscheinlich, weil der Kollege Andresen ebenfalls Akteneinsicht genommen hat.

Herr Kollege Dr. Stegner, wenn Sie aber in Kenntnis dieser Zahlen eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses weiter ablehnen, wenn Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die vorhandenen, **verfügbaren Haushaltsmittel** weiter vorenthalten und einen Gesetzentwurf beschließen wollen, mit dem Sie lediglich 94 Millionen € aufwenden wollen, also noch einmal weniger, als von der Ministerin öffentlich eingeräumt worden ist, dann brauchen Sie sich in den nächsten Jahren bei den Gewerkschaften nicht mehr sehen zu lassen, und dann trage ich den Titel des Arbeiterführers, den Sie mir schon mehrfach anheften wollten, irgendwann zu Recht.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, kommen Sie zur Einsicht! Es gibt keinen Grund, den Beamtinnen und Beamten eine faire Teilhabe an der Einkommensentwicklung vorzuenthalten, außer Ihrer eigenen politischen Schwerpunktsetzung. Ändern Sie Ihren Gesetzentwurf signifikant, gravierend in den wesentlichen Kernelementen, oder stimmen Sie einfach dem FDP-Gesetzentwurf zu!

Ich beantrage für die CDU-Fraktion, beide Gesetzentwürfe federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Danach kann nichts mehr kommen!)

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

sehe ich nicht, und deshalb schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Gesetzentwürfe, Drucksachen 18/816 und 18/820, federführend dem Finanzausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung des Glückspiels

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 18/508 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/856

Ich erteile das Wort der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Simone Lange, die das in Vertretung für die Kollegin Ostmeier tut, die zurzeit ein anderes Amt innehat.

(Zurufe)

- Wir kriegen das gut selber hin ohne „Herrenzwschenrufe“.

(Beifall)

Frau Kollegin, die Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Barbara Ostmeier, ist zurzeit Schriftführerin. Deshalb bitte ich Sie als Ihre Stellvertreterin, kurz Bericht zu erstatten oder gegebenenfalls auf die Vorlage zu weisen.

Simone Lange [SPD]:

Dann verweise ich auf die Vorlage.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herzlichen Dank, Frau Berichterstatterin.

Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort Frau Abgeordneter Petra Nicolaisen von der CDU-Fraktion. - Bitte schön, Frau Kollegin!

Petra Nicolaisen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die spürbaren Folgen des demografischen Wandels, Schwierigkeiten bei der Tagesalarmierung oder die Akzeptanz des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr sind Themen, denen die Feuerwehren in Zusammenarbeit mit dem **Landesfeuerwehrverband** in Form von **Öffentlichkeitsarbeit** und **Mitgliedermarketing** entgegentreten müssen. Für die Imagepflege und die Nachwuchsgewinnung brauchen die Feuerwehren ein professionelles Marketing.

Feuerwehr geht uns alle an. Die Wehren sind ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur und des Gemeinwohls in Schleswig-Holstein. Sie sind verantwortlich für 2,8 Millionen Schleswig-Holsteiner, 15.800 km², 57 Städte und 1.127 Gemeinden, getreu nach dem Motto: einer für alle, alle für einen. Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner verdienen unsere Anerkennung, aber nur mit ideeller Unterstützung ist es nicht getan. - Die Uhr läuft hier nicht, aber ich bleibe unter fünf Minuten.

Die **Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss** hat bei den regierungstragenden Fraktionen ein Umdenken herbeigeführt, bei der grünen Fraktion sogar eine Rolle rückwärts, wenn ich an die Rede von Rasmus Andresen aus der Februar-Tagung denke. Er fragte sich, ob eine Mitgliederwerbekampagne der richtige Weg sei, um Menschen für dieses Ehrenamt zu aktivieren,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

stellte somit die Aktivitäten des Landesfeuerwehrverbands zur Nachwuchsgewinnung infrage und wollte dies in den entsprechenden Fachausschüssen beraten.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben wir auch!)

Er begründete das Nein damit, dass laut Glücksspielgesetz vor allem die Schuldnerberatung und Suchthilfe gefördert werden sollen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das ist so! Das habe ich nicht gefordert!)

- Das können Feuerwehren schon gut selber entscheiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin erfreut über den Sinneswandel in der Koalition im Hinblick auf die Beteiligung des Landesfeuerwehrverbands an der Glücksspielabgabe, auch wenn der

(Petra Nicolaisen)

Schritt zur Vernunft in der Koalition sicherlich nicht ganz freiwillig war.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sondern?)

Die CDU-Fraktion hat sich von Anfang an dafür starkgemacht, die Mittel aus der Glücksspielabgabe zur Verfügung zu stellen. Dies habe ich auf der Landesfeuerwehrversammlung in Kummerfeld so mitgeteilt und dafür geworben.

(Unruhe)

- Ich habe das Gefühl, ich befinde mich hier im Hühnerstall. Entschuldigung.

(Zurufe)

Somit hätte die Möglichkeit bestanden, die Entscheidung über die Beteiligung des Landesfeuerwehrverbands bereits in der letzten Landtagstagung zu treffen. Stattdessen spielten die regierungstragenden Fraktionen auf Zeit und ließen die Feuerwehr im Regen stehen.

Angesichts der im Jahr 2015 wirksam werdenden **Umsatzsteuerveränderung bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen**

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- danke schön, Frau Präsidentin - innerhalb Europas fordere ich die Regierungsfaktionen auf, ihre ablehnende Haltung gegen die in Schleswig-Holstein geltende Glücksspielgesetzgebung zu überdenken. Dann wird die Steuer nicht mehr im Land des Leistungsempfängers fällig, sondern im Sitzland des dienstleistenden Unternehmers.

Dies war der Grund dafür, dass wir die Anbieter in Schleswig-Holstein ansiedeln wollten und das auch getan haben: 26 Sportwettunternehmen und 25 Casinospielanbieter. Diese Dienstleistungen werden in Schleswig-Holstein erbracht, die Steuereinnahmen bleiben hier.

Die CDU-Fraktion stimmt dem geänderten Gesetzentwurf zu, dem Ursprungsgesetzentwurf der FDP - der hätte eigentlich auch von uns kommen können - in der geänderten Fassung der Beschlussempfehlung. Ein Drittel der Einnahmen erhält der Landessportverband zum Zwecke der Förderung der Integration, 5 % der Einnahmen aus der Glücksspielabgabe erhält jeweils der Landesfeuerwehrverband, zur Finanzierung der Suchtarbeit werden ebenfalls 5 % verwendet, und auch die Friesenstiftung erhält Geld sowie die Schuldner- und Insolvenzberatung.

Um eine **langfristige Finanzierungsstruktur** des **Landesfeuerwehrverbands** im Bereich des Marketings zu gewährleisten, gilt es, sich bereits jetzt Gedanken über weitere Finanzierungsmöglichkeiten **nach 2015** zu machen. Dazu fordere ich die Regierungsfaktionen auf und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Nicolaisen, Herr Kollege Dolgner möchte gern eine Zwischenbemerkung oder -frage stellen. Lassen Sie die noch zu?

Petra Nicolaisen [CDU]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann ist jetzt Herr Dolgner dran.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Frau Nicolaisen, ist Ihnen bekannt, dass wir den Passus zum Thema Glücksspielabgabe und damit auch das Auslaufen der Einnahmen 2015 in keiner Weise geändert haben, wir also nicht die Verursacher dafür sind, dass man den Feuerwehrverband nicht länger als 2015 daraus fördern kann?

Petra Nicolaisen [CDU]:

Ja.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Danke. Das wollte ich nur einmal klarstellen.)

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Die Umsatzsteuerpflicht haben weder Sie noch wir verursacht! Das wissen Sie auch! - Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt die Kollegin Beate Raudies das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Sie müssen nicht immer alles nachquatschen, was Ihr Vorsitzender sagt! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Der ist doch gar nicht da! - Weitere Zurufe)

- Das Wort hat die Kollegin Raudies und nicht die Herren auf den hinteren Bänken.

Beate Raudies [SPD]:

Ich kann aber gern warten, bis die Herren fertig sind.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Dr. Dolgner, das Wort hat die Kollegin Raudies und nicht Sie. Okay?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Holen Sie ihn doch nach vorn! - Weitere Zurufe)

- Ich bitte um Aufmerksamkeit für Frau Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Ich versuche es einmal. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über die **Bedeutung** der **Freiwilligen Feuerwehren** und Ihren Beitrag zur Sicherheit im Land Schleswig-Holstein ist in diesem Haus schon häufig debattiert worden. Die Kollegin Nicolaisen hat in ihrem Beitrag eben ausdrücklich noch einmal die Rolle und Bedeutung der Feuerwehren hervorgehoben.

Der Landesfeuerwehrverband erhält zur Unterstützung seiner Arbeit bereits Geld aus dem Landeshaushalt, wünscht sich aber weitere Mittel, um die **Öffentlichkeitsarbeit** und die **Mitgliederwerbung** verstärken zu können. Wir haben große Sympathie für diesen Wunsch der Feuerwehr und unterstützen ihn. Das habe ich bereits bei meiner ersten Rede zu diesem Gesetzentwurf im Februar gesagt. Frau Nicolaisen, wenn Sie sich nun sehr erfreut oder positiv überrascht darüber zeigen, dass unsere Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmt, dann haben Sie mir im Februar vielleicht nicht ganz so genau zugehört.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zuruf Johannes Callsen [CDU]: Das klang im Februar ganz anders!)

- Herr Callsen, wir können das gern noch einmal nachlesen. Ich habe das getan.

Die Opposition hat uns außerdem gerade vorgeworfen, wir hätten durch zögerliches Verhalten die Feuerwehren vor den Kopf gestoßen, ja wir ließen sie im Regen stehen. Das ist übrigens ein schönes Bild: Die Feuerwehr steht im Regen. Das kriegen die aber super hin. Das habe ich gerade beim Pfingstzeltlager meiner Jugendfeuerwehren im Kreis erlebt. Das kriegen die auch organisiert.

Ja, wir haben uns für die **Beratung** des Gesetzentwurfs **Zeit genommen**. Selbstverständlich hat es in dieser Zeit aber auch Gespräche mit dem Landes-

feuerwehrverband gegeben, in denen das Verfahren und die zeitlichen Abläufe erläutert wurden. Wohlweislich verschweigt die Opposition auch den Grund für unser Zögern. Denn die **Höhe** der eventuell **zur Verfügung stehenden Mittel** war bei Einbringung des Gesetzentwurfs vollkommen unklar. Erst die Mitteilung des Finanzministeriums im Finanzausschuss am 11. April 2013 hat hier Klarheit gebracht. Im ersten Quartal 2013 betrug das Aufkommen der in Rede stehenden Glücksspielabgabe rund 250.000 €. Hochgerechnet auf das Jahr - unter der Voraussetzung, dass die Abgabe gleichmäßig fließt - ergibt das Einnahmen in Höhe von rund 1 Million €. 5 %, die dem Landesfeuerwehrverband zugedachte Summe, entsprechen dann circa 50.000 €. Das ist sicher kein Spielgeld, wie es in einer Presseveröffentlichung hieß, sondern ein Betrag, mit dem die Feuerwehr arbeiten kann.

Der Landesfeuerwehrverband hat hinlänglich deutlich gemacht, wozu er diese Mittel benötigt und wie er sie verwenden will. Ich habe keine Zweifel, dass die rührigen Herren aus dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit eine Menge guter Ideen haben, wo das Geld sinnvoll eingesetzt werden kann.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Der **Feuerwehrmarketingkongress** Anfang dieses Monats hat gezeigt, was im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung möglich ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage?

Beate Raudies [SPD]:

Gleich. - Die Feuerwehren tun ja schon einiges, aber angesichts stetig zurückgehender Mitgliederzahlen und steigender Einsätze ist es wichtig, dass die Wehren gezielt Nachwuchswerbung betreiben und die Ausbildung junger Menschen in ihren Reihen forciert. - So, jetzt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Nicolaisen, bitte schön.

Petra Nicolaisen [CDU]: Frau Kollegin, würden Sie mir recht geben, wenn ich behaupte, dass die Höhe der Mittel nicht unklar war. Sie stand mit 5 % fest, und 5 % sind 5 %. Darauf kann sich der Feuerwehrverband dann einlassen. Der Prozentsatz in Höhe von 5 % stand fest, ob von 1 Million € oder von 250.000 €.

Beate Raudies [SPD]:

Es stand fest, dass es 5 % von einer Summe x sind, denn die Summe kannten wir ja noch nicht. Da Sie uns ja vorhin vorgeworfen haben, wir könnten nicht rechnen, waren wir der Meinung, dass 5 % von null oder 5 % von 100 schon einen Unterschied ausmachen. Deswegen wollten wir diese Zahl gern kennen, bevor wir darüber entscheiden.

Dabei gilt es, unterschiedliche Anforderungen zu bedenken: Nicht nur Lage und Größe der Kommune, die Organisation der Schulen und das konkurrierende Freizeitangebot, auch die Größe der örtlichen Wehr und ihre Belastung durch Einsätze. Daraus folgt: Maßnahmen und Projekte müssen vielfältig sein, angepasst an die unterschiedlichen Herausforderungen. Was in Rendsburg funktioniert, kann sich in Elmshorn als Flop erweisen. Was im Kreis Nordfriesland nicht klappt, kann für den Kreis Stormarn die Patentlösung sein. Es gilt, vieles auszuprobieren und beim ersten Misserfolg nicht gleich aufzugeben. Dafür sind die Freiwilligen Feuerwehren für unsere Gesellschaft viel zu wichtig. Mit den finanziellen Mitteln, die wir heute zur Verfügung stellen, schaffen wir eine kleine Möglichkeit dazu.

Frau Nicolaisen, ich habe Ihren Redebeitrag vorhin so verstanden, dass Sie bereit sind, sich gemeinsam mit uns Gedanken zu machen, wie wir die Feuerwehren künftig finanziell in die Lage versetzen, diese Arbeit auch **über das Jahr 2014** hinaus zu finanzieren. Das ist ein Beschluss, den wir gemeinsam fassen sollten, bei dem wir zu einer großen Konsenslösung kommen sollten. Denn die Feuerwehr - das haben Sie selber so schön gesagt - geht uns alle an. Deswegen wäre es gut, wenn diese Beschlüsse auch von einer großen Mehrheit hier im Haus getragen werden könnten. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kollegen Eichstädt und Baasch, ich freue mich ganz besonders, dass ich mit den Kreuzfahrtschiffen konkurrieren kann.

Sehr geehrter Herr Schütt, Sie warten jetzt ja schon ziemlich lange auf diese Debatte am heutigen Tag. Für uns Grüne war die Debatte um die **Online-Glücksspielabgabe** und dessen Verwendungszweck weder schwarz noch weiß, sondern hatte unterschiedliche Dimensionen. Wir haben bei der Feuerwehr immer einen Bedarf gesehen, wollten uns aber gleichzeitig nicht strukturell haushalterisch binden. In der Anhörung sind wir dann auch alle noch ein bisschen schlauer geworden, sowohl was die Zahlen des Finanzministeriums - die Kollegin Raudies hat das ja gerade eben auch schon erklärt - angeht, als auch über den Zeitraum. Die Online-Abgabe wird nur noch zwei Jahre fließen. Danach unterliegen alle Glücksspiele der Umsatz- und Sportwettensteuer.

Daher war der Antrag der Opposition interessant. Entweder haben Sie diesen Aspekt vorher selbst nicht berücksichtigt, schließlich sprach Ihr Antrag ja von einer institutionellen Förderung und nicht von einer Beschränkung auf zwei Jahre oder Sie wussten dies und haben probiert, falsche Tatsachen in dieser Debatte vorzutäuschen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist das, was uns vorgeworfen wird!)

Wie dem auch sei, heute debattieren wir relativ geeint über die **Zukunft** der **Feuerwehren**. Das ist ein gutes Signal. Genau darum geht es. Wir haben durch ein Gesetz, das wir als Koalition nicht wollten, plötzlich Mehreinnahmen über einen Zeitraum von zwei Jahren. Es geht eben nicht darum, im Nachhinein - wie Sie, Frau Kollegin Nicolaisen, es am Schluss Ihrer Rede auch getan haben - Ihre fehlgeleitete Glückspolitik mit Finanzgeschenken zu legitimieren, sondern es geht darum, der Feuerwehr eine Perspektive in der **Mitgliederwerbung** zu geben.

Die **Befristung** der Mittel passt aus unserer Sicht genau zu dem Bedarf, den der Feuerwehrverband in der Anhörung und auch in zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der Grünen-Fraktion und sicherlich auch anderen Fraktionen angemeldet hat. Es geht nämlich um Mitgliederwerbung. Wir begrüßen, dass die Feuerwehr rechtzeitig den Bedarf erkennt und mehr Mitglieder erreichen will. Die Zahlen ergeben, dass bereits in den letzten zehn Jahren mehrere tausend Mitglieder für die Feuerwehren verloren gegangen sind, und dass das Durchschnittsalter in den Wehren immer weiter ansteigt. Die Feuerwehren vor Ort machen wichtige Arbeit und gehören als integraler Bestandteil zur Dorfgemeinschaft.

(Rasmus Andresen)

Wir begrüßen und fordern, dass sich die Landesfeuerwehr vor allem weitere Ideen und Konzepte überlegt, um **neue Zielgruppen** anzusprechen. Wir denken unter anderem an junge Mädchen oder Frauen, an junge Menschen mit Migrationshintergrund, an Menschen mit Behinderung oder an Arbeitsuchende.

Ich begrüße es außerordentlich, dass die Feuerwehr die Not zur Tugend macht und den Mitgliederschwund selbst - das ist in den Gesprächen deutlich geworden - zum Anlass nimmt, sich **gesellschaftlich weiter zu öffnen**. Die Vielfalt in unserer Gesellschaft soll sich in allen öffentlichen Institutionen widerspiegeln. Das ist eine zentrale grüne Forderung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ergibt in einigen Wehren das Spiegelbild der Gesellschaft Sinn, so wurde uns vereinzelt berichtet, dass es manchmal durchaus auch leichte Probleme mit rechten Stammtischparolen gibt. Wir glauben, dass wir dieses Problem durch eine solche Öffnung angehen können und werden. Solche Ansätze sind auf alle Fälle Erfolg versprechender. Deswegen hatten wir am Anfang auch Skepsis, als einfach nur das Produzieren von Werbebannern oder Plakatawänden geplant waren, die vielleicht einzeln auch von Bedeutung sein können, aber aus unserer Sicht nicht grundsätzlich die Mitgliederproblematik lösen werden.

Wir wollen die Feuerwehren unterstützen, um auch neue Kreativität zu entfalten. Das werden wir tun. Finanzpolitisch kann und ist es aus unserer grünen Sicht sehr sinnvoll. Denn wenn wir überall dort, wo es freiwillige Feuerwehren gibt, Berufsfeuerwehren entstehen lassen müssten, müsste die öffentliche Hand viel mehr Geld in die Hand nehmen als sie es jetzt tun wird. Dann würden wir über Kosten in Höhe von mehreren hundert Millionen € reden.

Es ist uns gelungen, in dem Gesetzentwurf die **Konsolidierungsanforderung** des Landes nicht zu sehr zu vernachlässigen und gleichzeitig konkret den Freiwilligen Feuerwehren im Land zu helfen und diese beiden Ansprüche, die die grüne Fraktion von Anfang an hatte, unter einen Hut zu bringen. Das ist ein gutes Zeichen für das Engagement vor Ort. Wie erfolgreich diese Ergebnisse sein werden, werden in einigen Jahren sicherlich die Fachpolitiker im Fachausschuss, aber auch wir im Finanzausschuss, beraten und evaluieren.

Das ist der Grund, warum wir uns nicht auf einen Vorschlag der PIRATEN eingelassen haben, jetzt

schon strukturell auch die Folgejahre zu regeln. Wir wollen erst einmal evaluieren und gucken, was in den nächsten zwei Jahren passiert. Dann setzen wir uns noch einmal zusammen und gucken, welche Herausforderungen die Feuerwehren dann haben, was für einen Bedarf sie dann haben, und was wir für diesen Bedarf gegebenenfalls tun können - Schönen Dank.

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Rasmus Andresen, ich lege Wert darauf, dass ich den Namen wieder richtig ausgesprochen habe. Das habe ich übrigens immer getan.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vorbildlich!)

- Vorbildlich! - Nicht so Vorbildlich war Ihr Umgang mit unserem ursprünglichen Gesetzentwurf. Sie wissen ganz genau: Das, was Sie heute erzählt haben, war ziemlich weichgespült. Geben Sie doch einfach zu, dass Sie am Anfang nicht nur skeptisch waren, sondern es an sich nicht wollten! So viel Mut muss man dann auch einmal aufbringen, zu sagen:

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Okay, ihr habt recht gehabt, ich habe mich geirrt. Das würde in der einen oder anderen Debatte auch nicht schaden.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Anstatt dazwischenzuquatschen, hätten Sie sich hier hinstellen und sagen können: Ihr habt recht gehabt, die Feuerwehren leisten unverzichtbare Arbeit.

Übrigens habe ich den **Landesfeuerwehrverband** schon zu Zeiten kennen gelernt, da waren Sie noch nicht in diesem Parlament. Er hat keine grünen Belehrungen darüber gebraucht, sich neuen gesellschaftlichen Gruppen zu öffnen. Das hat der Landesfeuerwehrverband nämlich schon längst getan.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wozu brauchen sie Geld, wenn alles perfekt läuft?)

- Lieber Kollege Andresen, ich will gar nicht Ihre Aussagen über bestimmte Konsumartikel zitieren, die auch zugunsten der Feuerwehr verkauft werden, bei denen Sie schlankweg gesagt haben: „Dann können wir doch einfach mehr davon verkaufen“, und: „Da könnte ja jeder daherkommen und noch mehr beanspruchen“.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nicht gesagt!)

Komischerweise kam ausgerechnet Ihr Koalitionspartner und sagte: Na ja, wenn die noch etwas bekommen, wollen wir auch noch ein bisschen was haben. Ich finde das übrigens völlig in Ordnung. Wie Sie mitgekriegt haben, tragen wir auch das mit.

Ich glaube, insgesamt ist das heute ein guter Tag für die Feuerwehren. Ich glaube, dass man das - Frau Raudies, da bin ich anderer Meinung als Sie -, schon viel früher hätte beschließen können. 5 % war eine klare Ansage, ob das 5 % von 100.000 € oder 5 % von 1 Million € gewesen wären, macht in der Summe natürlich einen Unterschied. Das klare politische Bekenntnis, man möchte die Arbeit des Landesfeuerwehrverbands zur Mitgliederwerbung unterstützen, hätte man früher abgeben können.

Wir haben im Übrigen sogar bei den **Haushaltsberatungen** - darauf weise ich bescheiden hin - bereits entsprechend Mittel eingestellt, um diesen politischen Willen finanzpolitisch zu untermauern. Ich freue mich für den Landesfeuerwehrverband. Ich weiß, dass seine Mitgliederwerbung eine gute Sache ist und übrigens auch sehr erfolgreich ist. Ich freue mich darüber, dass es Kolleginnen und Kollegen in den regierungstragenden Fraktionen gibt, die das genauso sehen - wenn auch nicht alle. Ich weiß, Lars Harms, das ist manchmal so in einer Koalition. Da würde man manchmal gern anders als man kann. Ich freue mich darüber, dass wir das heute hier gemeinsam beschließen können.

(Zurufe Christopher Vogt [FDP] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Deswegen habe ich Lars Harms extra angesprochen. Herr Kollege Harms, Sie wissen ganz genau, dass das, was dem Landesfeuerwehrverband zur Verfügung gestellt wird, genau die richtige Antwort auf den **demografischen Wandel** ist.

Was uns tatsächlich bevorsteht, ist die Antwort auf die Frage - daraus hat auch nie jemand ein Geheimnis gemacht -: Wie geht es **nach den zwei Jahren**

weiter? Auch dann brauchen die Landesfeuerwehren junge, engagierte Mitglieder. Auch dann brauchen sie Mittel dafür, um Mitgliederwerbung zu betreiben. Anders als der Kollege Andresen uns hier glauben machen wollte, ist das eine Daueraufgabe. Wir müssen uns pausenlos und permanent

(Christopher Vogt [FDP]: Nachhaltig!)

- von mir aus auch nachhaltig -, auch über die zwei Jahre hinaus, darum kümmern, dass es junge Menschen gibt, die bereit sind, sich zu engagieren, und zwar unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben, unabhängig davon, ob es Männer oder Frauen sind, unabhängig davon, ob es Menschen mit oder ohne Handicap sind. Wir brauchen alle. Wir wollen alle. Ich glaube, der Landesfeuerwehrverband spricht alle richtig an. - Herzlichen Dank, dass Sie diesem Gesetzentwurf heute zustimmen.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt.

(Lars Harms [SSW]: Der große Vorsitzende!)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Danke, Lars Harms! - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schütt! Wir alle sind in Kenntnis über die dramatische Situation des Landesfeuerwehrverbandes. Seit 1999 sind die **Mitgliederzahlen der Freiwilligen Feuerwehren** um über 6 % gesunken. Die Altersstruktur lässt insbesondere erkennen, welche gravierenden Einschnitte in der Verfügbarkeit von Einsatzkräften in der Tagesalarmierung auf das Land Schleswig-Holstein in der nächsten Dekade zukommen werden. Zwischen 30 und 40 % der Mitglieder werden in den nächsten Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheiden.

Wir alle wissen, dass die **Feuerwehren** für Schleswig-Holstein nicht nur für den **Brandschutz** unersetzbar, sondern auch einer der wenigen **Kulturträger** in der Fläche sind. Es gilt, frühzeitig alle Anstrengungen zu unternehmen, die Attraktivität der Jugendfeuerwehren zu erhalten und das Bewusstsein für ein Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr zu stärken. Dazu gehört die Öffentlichkeitsarbeit und damit auch die Bereitstellung finanzieller Mittel.

(Torge Schmidt)

In dem Verfahren, das sich bereits auf die Haushaltsberatungen erstreckte, kursierten Zahlen von 100.000 € bis zu mehreren Millionen €. Wir PIRATEN wünschten uns erst einmal eine objektive Bestandsanalyse über die benötigten Mittel und mussten im Ausschuss erfahren, dass dies nur wenig gewünscht war.

(Beifall PIRATEN)

Über den Innen- und Rechtsausschuss erhielten wir diese dann trotzdem. Sie können die Kalkulation des Landesfeuerwehrverbandes über 800.000 € als utopisch oder unrealistisch abtun, aber eines können Sie nicht, sich hier hinstellen und die Rettung der Feuerwehren verkünden. Sie sichern ihnen 50.000 € für die nächsten zwei Jahre zu, mehr nicht. Das sind nicht einmal 10 % des von der Feuerwehr ausgemachten Bedarfs. Wir brauchen eine langfristige Lösung. Die FDP titelte in ihrer Pressemitteilung vom 16. Mai 2013 gar: „Ein guter Tag für die Feuerwehren“.

Es hätte ein deutlich besserer Tag werden können, wenn Sie unserem Änderungsantrag gefolgt wären. Dieser sah eine zusätzliche **institutionelle Förderung** von jährlich 500.000 € durch Mehreinnahmen aus der Lotterieabgabe vor, ohne bisherige Zuwendungsempfänger schlechter zu stellen. Die Bemessungsgrundlage würde gedeckelt. Somit wäre sichergestellt, dass nicht zulasten bisheriger Empfänger umverteilt würde.

(Beifall PIRATEN)

Das wäre der akuten und der langfristigen Situation des Feuerwehrverbandes gerecht geworden - nicht die nächsten zwei Jahre auf Sparflamme.

Wir werden unseren Antrag noch einmal in den Landtag einbringen. Denn zumindest wir sind an einer langfristigen Förderung interessiert. Der vorgelegte Antrag erfährt unsere Zustimmung lediglich aus einem Grund: So werden wenigstens Bordmittel zur Verfügung gestellt. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Mensch, Torge, du hast die Friesen vergessen!)

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin froh, dass es uns allen hier im Haus gelungen ist, uns einstimmig auf die **zusätzliche Förderung** der **Friesen** und der **Feuerwehren** zu einigen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Das heißt jedoch nicht, dass in Zukunft Mittel für die Suchtarbeit, ihre Prävention sowie die Insolvenzberatung eingeschränkt werden. Das war für uns vom SSW, aber auch für die anderen Koalitionäre immer ein ganz entscheidender Faktor, denn schließlich geht es hier um die Einnahmen aus dem Online-Glücksspiel. Fest steht, dass der größte Teil der Einnahmen den sozialen Rubriken zugute kommen wird. Da genau dieses Anforderungskriterium gewährleistet ist, können wir mit dem Ergebnis gut leben.

Zur Situation der Feuerwehren im Land wurde ja nun schon einiges gesagt. Der Landesfeuerwehrverband Schleswig Holstein hat die Sachlage und die damit verbundenen Schwierigkeiten des Verbands ausführlich im Ausschuss beschrieben und klargestellt, wofür das Geld genutzt werden soll. Konkret geht es dabei um Imagekampagnen und langfristige, professionelle Öffentlichkeitsarbeit. Vom Verband wurde für diese Aufgabe ein jährlicher Betrag von 300.000 € genannt, der benötigt würde. Nun muss man dazu aber sagen, dass sich nicht alle Wünsche des Feuerwehrverbandes aus dieser Förderung realisieren lassen. Wie Minister Breitner schon sagte, handelt es sich hierbei nicht um einen Topf, aus dem Milch und Honig für die Feuerwehren fließen. Jedoch ist die hier geschaffene Hilfe ein durchaus guter Ansatz, Dinge anzuschieben. Dabei ist der Weg für die Feuerwehren in unserem Land hier noch nicht zu Ende.

Die **Freiwillige Feuerwehr** muss sich nun Gedanken machen, welche Projekte sie mit diesen begrenzten Mitteln realisieren kann. Meine Damen und Herren, wir müssen uns dafür über die **Zeit nach 2015** Gedanken machen, nämlich wie es dann für die Freiwilligen Feuerwehren weitergehen könnte.

(Beifall SSW und Beate Raudies [SPD])

Was vielleicht nicht jedem hier im Haus bewusst ist, ist, dass wir auch für die **Friesen** und **ihren Nachwuchs** eine Verantwortung haben. Darum müssen wir uns kümmern. Das geht am besten in Form von Projektarbeit, die ältere und jüngere Frie-

(Lars Harms)

sen gleichermaßen einbezieht. Dazu brauchen die jeweiligen Vereine, und das sind viele, das nötige Geld. Gerade Kleinprojekte fallen aber oft nicht unter die gängigen Förderrichtlinien. Hier hilft oft die **Friesenstiftung**, die beim Land eingerichtet ist.

Mit der Neuordnung des Glücksspielgesetzes werden wir nun die Rahmenbedingungen dieser Stiftung verbessern, sodass die Sprach-, Kultur- und Jugendarbeit für die friesische Volksgruppe effektvoller möglich werden kann. Für den befristeten Zeitraum, sprich in den kommenden zwei Jahren, werden wir den Grundstock der Friesenstiftung - derzeit sind das 500.000 € - um je 5 % der Glücksspielmittel erhöhen. Der Betrag beläuft sich somit auf voraussichtlich 50.000 € pro Jahr. Es sind also 100.000 € insgesamt. Hier heraus kommen dann die Zinsen, von denen die Projektarbeit nachhaltig profitieren kann, denn oftmals reichen schon ein paar Tausend Euro aus, um ein kleines Kulturprojekt im Sinne der Friesen auf die Beine zu stellen. Selbst diese Miniprojekte sind von größter Bedeutung für meine Landsleute, denn Nachhaltigkeit funktioniert nicht ohne Jugendarbeit. Daher zählt hier jeder Euro.

Alles in allem ist die Lösung ein guter Ansatzpunkt für die Arbeit der Friesen und für die Feuerwehren in unserem Land. Die Küstenkoalition hat einmal mehr bewiesen, dass **nachhaltige Minderheitenpolitik** nicht nur in ganz bestimmten und bekannten Bereichen angegangen wird, sondern in allen Lebensbereichen mit bedacht wird. Auch hier sehen wir: Die Minderheitenpolitik hat in Schleswig-Holstein endlich wieder den Stellenwert erlangt, der ihr zusteht.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Darüber hinaus leisten wir heute einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchsförderung der Feuerwehren. Wir sagen hierzu, dass wir ernsthaft darüber nachdenken, was nach diesen zwei Jahren passieren muss. Es nützt nichts, wenn man eine Öffentlichkeitsarbeit andenkt und dann alles wieder liegen lässt. Auch hierzu gehört **Nachhaltigkeit**. Diese werden wir in künftige **Haushaltsberatungen** einbeziehen. Beides - sowohl die Förderung der Feuerwehr als auch die Förderung der Friesen und ihrer Friesenstiftung - sind für unsere Koalition wichtige Ziele. Deshalb ist die Gesetzesänderung sehr gut. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Andreas Breitner das Wort.

Andreas Breitner, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der FDP unterstützt den Wunsch des Landesfeuerwehrverbandes, zum Zweck einer verbesserten Mitgliederwerbung jährlich einen Festbetrag in Höhe von 5 % des Aufkommens aus der Abgabe auf Glücksspiele, die als Online-Glücksspiele angeboten werden, zu erhalten. Ich habe dem Landesfeuerwehrverband bereits Ende April 2013 auf seiner Landesfeuerwehrversammlung in Kummerfeld meine Unterstützung bei der Erfüllung seines Wunsches zugesagt. Mit einer Änderung des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels soll diese nun umgesetzt werden. Ich freue mich über die Einigkeit in diesem Haus.

Zugleich wiederhole ich meine Warnung vor zu großen Erwartungen. Niemand kann verbindlich sagen, wie hoch die Einnahmen in 2013 und 2014 sein werden. Fest steht aber: Spätestens 2015 wird diese Quelle aufgrund rechtlicher Bestimmungen versiegt sein. Ebenso fest steht aber auch: Ein **dauerhaft funktionsfähiges Sicherheitssystem** sowie die Qualität des **Brand- und Katastrophenschutzes** können ohne umfangreiche Förderung nur sehr schwer aufrechterhalten werden, denn auch die Feuerwehr unterliegt dem demografischen Wandel der Bevölkerung. So werden in den nächsten zehn Jahren bis zu 40 % der Einsatzkräfte aus dem aktiven Dienst ausscheiden.

Umso wichtiger ist es, gerade die Jugendlichen für dieses Ehrenamt zu begeistern. Dies erfordert nicht nur Ideenreichtum bezüglich der Art und Weise der Werbung, sondern das kostet schlicht auch Geld.

Das Land unterstützt die Feuerwehren bereits jetzt. So erhält der **Landesfeuerwehrverband** neben einer institutionellen Förderung in Höhe von knapp 50.000 € jährlich weitere 10.000 € für **Projekte der Jugendfeuerwehr**. Außerdem erhielt das Jugendfeuerwehrzentrum bis zum Jahr 2012 eine jährliche Förderung in Höhe von 170.000 €, die ab dem Jahr 2013 sogar auf 185.000 € aufgestockt wurde. In Einzelfällen werden darüber hinaus weitere Projekte finanziell durch das Innenministerium unterstützt.

Ein weiterer finanzieller Beitrag von 5 % aus den Zweckabgaben gäbe dem Landesfeuerwehrverband

(Minister Andreas Breitner)

die Möglichkeit, unter anderem die dauerhaft angelegte Werbung für den aktiven Dienst in den freiwilligen Feuerwehren und die Stärkung der Jugendfeuerwehren zu finanzieren. Eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Bemühungen des Landesfeuerwehrverbandes in Bezug auf die **Nachwuchswerbung** ist somit für die gesamte Bevölkerung und deren Sicherheit von Bedeutung. Ich bin sicher, dass der Erfolg der zusätzlichen Förderung messbar sein wird. Sie löst nicht alle Probleme. Sie schließt nicht dauerhaft jede Finanzlücke, aber sie hilft an der richtigen Stelle. Sie ist zugleich eine Bestätigung und Anerkennung der Arbeit, die die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein bisher geleistet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit Herr Harms nicht der Einzige ist, der etwas zu den **Friesen** sagt, möchte ich zum Schluss hinzufügen:

(Zuruf)

- Nein, nicht auf friesisch. Durch die Gesetzesänderung soll auch das Kapital aufgestockt werden, das die Kulturstiftung treuhänderisch für die Kulturarbeit der Friesen verwaltet. Das Kapital wird gewinnbringend angelegt, die Erträge kommen auf Antrag der friesischen Volksgruppe zu. Wir verstehen diese Erhöhung als einen kleinen, aber mehr als symbolhaften Beitrag zur Förderung der friesischen Minderheit in unserem Land. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung. Ich lasse über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP, Drucksache 18/508 (neu), in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Gesetzentwurf einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben mir mitgeteilt, dass sie heute nicht mehr den Tagesordnungspunkt 12 debattieren möchten. Er wird morgen in die Tagesordnung eingereiht. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Abend. Ich freue mich auf ein Wiedersehen morgen früh um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:47 Uhr